

**Die
„Evangelische Politik“
des Basler Historikers
Hermann Bächtold
(1882—1934)**

Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von
Max Ammann
von Zürich

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt

Zürich 1954

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern a. A.

*„Tuond umb Gotzwillen etwas Dapfers!
Stond fest by Gott, gebend nützig umb Flennen,
bis das Recht ufgericht ist!“*

(Zwingli)

Die „Evangelische Politik“ des Basler Historikers
Hermann Bächtold

(1882—1934)

Meiner lieben Frau



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die
„Evangelische Politik“
des Basler Historikers
Hermann Bächtold
(1882–1934)

Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

Max Ammann

von Zürich

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt

Zürich 1954

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern a. A.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	IX
Kapitel 1: Hermann Bächtold und die Evangelische Volkspartei .	1—46
1. Die wichtigsten Daten aus Hermann Bächtolds Leben . . .	1
2. Die Vorgeschichte der evangelischen Politik in der deutschen Schweiz	1
Jede evangelische Politik gegründet auf Evangelium und Reformation S. 2. Umgestaltung des Menschen und der Welt S. 2. Pietismus und asketischer Protestantismus S. 3. Der Eidgenössische Verein S. 4. Soziale Tätigkeit der Kirchen, Innere Mission, christliche Jungmännerbewegung S. 5. Stöcker, Naumann, evangelisch-soziale Arbeitervereine S. 6. Evangelische Gewerkschaft, SVEA S. 8	
3. Die Gründung der Evangelischen Volkspartei (EVP) . . .	10
Vorläufer in den Kantonen Zürich und Bern S. 10. EVP der Schweiz S. 11. EVP Basel-Stadt S. 12. Flugblatt für Großratswahlen, Allgemeine Richtlinien S. 14. Bächtold in dieser «pietistischen» Partei S. 15.	
4. Hermann Bächtolds Entwicklung	16
Harte Jugend, naturalistische Periode Bächtolds S. 17. Wandlung zur christlichen Geschichtsauffassung, Georg von Below Bächtolds geistiger Vater S. 18. Friedrich Meinecke S. 19. Wirtschaftshistoriker, dann Verschiebung seiner Interessen, Bächtold wird entschiedener Christ S. 19. Seine Schrift: «Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz» S. 20. Seine Auffassung von den «sozialpolitischen» Wirkungen der Reformation, sein Entschluß zur Tagespolitik S. 22, zur EVP S. 24.	
5. Bächtold als Redaktor	25
Bedenken S. 25. Die Evangelische Volkszeitung, der erste Leitartikel S. 26. Verbrauchssteuer, Sozialpolitik S. 28. Bächtolds «Sozialpolitische Richtlinien» S. 30. Heterogene Zusammensetzung der EVP S. 37. Kampf um die «Richtlinien» S. 38. Bächtold Führer des linken Parteiflügels, Opposition gegen seinen Kurs S. 41. Sein Rücktritt von der Redaktion S. 45.	

	Seite
Kapitel 2: Hermann Bächtolds evangelische Politik	47—101
1. Bächtolds grundlegende evangelisch-sozialen Ideen	47
Geistig-religiöse Krisis der Zeit und persönliche Krisis S. 47. «Reformatorische» Grundlage von Bächtolds Politik. Sünde, Gnade, Liebe S. 48. Politische Verantwortung des Christen, Gehorsam S. 49. Betonung des Diesseits, der Christ als Werk- zeug, Reich Gottes S. 50. Leonhard Ragaz und Bächtold S. 52. Hermann Kutter. Bächtold unabhängig von den Reli- giös-Sozialen S. 54. Seine «Realpolitik» hat das Ziel der «Gesamtgerechtigkeit» S. 55.	
2. Sozialpolitik	57
Opfer S. 57. Primat des Sozialen vor dem Wirtschaftlichen S. 59. Arbeiterschutz, Arbeitslosigkeit S. 60. Arbeitszeit S. 61. Arbeitszeit und Freizeit S. 62. Die 48-Stundenwoche S. 64. Arbeitslohn S. 65. Sozialversicherung S. 67.	
3. Finanzpolitik	71
Steuerpolitik S. 71. Direkte Steuern. Verbrauchssteuer S. 72. Vermögensabgabe S. 74. Indirekte Steuern S. 75. Zollpolitik S. 76.	
4. «Bürgerliche» Politik?	78
Links oder rechts? S. 78. Bächtold zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie S. 79. Kritik am Bürgertum S. 80. Kritik am Sozialismus S. 83. Kapitalismus S. 84. Bächtolds Politik und die Bauern S. 85.	
5. Erziehung	87
Bächtold als Erzieher S. 87, als Vorkämpfer der Freischul- bewegung S. 88. Die Freischulinitiative S. 93. Die «Oeffent- lichkeit» S. 96. Kino, Presse S. 97. Vergnügen, Feste S. 99. Der 1. August S. 101.	
Kapitel 3: Tragik und Problematik	102—144
1. Bächtolds letzte politische Tätigkeit. — Sein Tod.	102
Die «Sozialpolitischen Richtlinien» und das Parteiprogramm der EVP von 1926 S. 102. Letzte politische Tätigkeit, Rektorat S. 106. Krankheit und Tod S. 107.	
2. Bächtolds «Ganzheit»	108
Autoritäre Art, «Asket» S. 109. Einheit von Glaube, Leben und Werk. Bächtold als Historiker S. 110. Sein Verpflichtet-	

sein überall S. 112. Bächtold im Blauen Kreuz S. 113, in der Kirche S. 114. Hinauswachsen über die EVP S. 115.

3 Die wesentlichen Schwierigkeiten der EVP 116

Schwierigkeiten jeder politischen Neugründung in der Schweiz S. 116. «Sektenpartei» als wesentliche Schwäche der EVP S. 117. Reformierter Radikalismus: Sekten, Calvinismus, Pietismus S. 119. Der Methodismus S. 120. Die EVP beinahe selbst eine Sekte S. 122: Quietismus S. 123, Puritanismus, Calvinismus S. 124, Christlicher Radikalismus S. 125. Heterogene Zusammensetzung der Partei S. 127. Abklärung ewig vertagt. Opportunismus S. 128. Keine klare Linie S. 130. Lähmung. Bedeutung der EVP S. 131.

4. Die Problematik jeder evangelischen Politik 133

Dem Protestanten fehlen die wesentlichen Elemente S. 133. Politische Mitverantwortung S. 134. Vergleich Bächtolds mit Zwingli, Max Huber und Emil Brunner S. 134. Max Huber S. 136. Ist eine evangelische Politik überhaupt möglich? Hauptproblem einer solchen S. 138. Die Verantwortung des Christen S. 139. Seine politischen Möglichkeiten in unserer Demokratie S. 140. Bächtold unser Vorbild S. 143. Schluß S. 144.

Quellen	145
Literatur	146
Lebenslauf	148

Vorwort

Politik . . . !

Mächtig ergriff mich im Kriegsjahr 1940 das Gefühl einer unausweichlichen, wenn auch schwer definierbaren politischen Mitverantwortlichkeit. Panik und Defaitismus — auch unter meinen Unteroffizierskameraden — Unzufriedenheit mit den politischen und sozialen Zuständen in unserm Lande: Konnte ich mich damit beruhigen, „unschuldig“ daran zu sein, jene Stimmung nicht zu teilen, diese Zustände nicht mitgeschaffen zu haben? War nicht letztlich jeder mitschuldig, der sich nicht nach Kräften mitbemüht hatte, in unserer Volksgemeinschaft Freiheit, Gerechtigkeit und Sauberkeit hochzuhalten und weiter zu fördern?

So führte mich der Krieg in meinem 26. Altersjahr zur politischen Mitarbeit in Gemeinde und Kanton. Sechs Jahre politischer Erfahrungen aber ließen mein altes Bedürfnis nach gründlicher Vertiefung in die Historie und damit auch in die große und „kleine“ Politik der Vergangenheit mit ganz neuer Dringlichkeit wieder erwachen.

Schon im ersten Semester meiner historischen Studien machten mich die Literaturangaben Herrn Professor von Muralts auf Hermann Bächtolds Arbeiten zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges aufmerksam.

Mit innerer Notwendigkeit führte mich dann die Lektüre der Gesammelten Schriften des Basler Historikers dazu, diesen Gelehrten und seine „Evangelische Politik“ als Gegenstand meiner Dissertation zu wählen.

Die Alltags-Politik hatte mich ja eines vor allem gelehrt: Politische Betätigung mit ihren unvermeidlichen Opfern an Zeit und Kraft kann nur als „wertvoll“ gelten, wenn sie sich nach höhern, letztlich nach ewigen Werten ausrichtet.

Hermann Bächtolds Persönlichkeit, die Tragik seines leidenschaftlichen Suchens und Kämpfens, schließlich seines frühen Todes, packten mich. So kam ich auch dann nicht mehr von meinem Thema los, als sich vorerst die Beschaffung der nötigen Quellen als fast aussichtsloses Unterfangen erwies. Bächtolds Nachlaß ist zum weitaus größten Teil verloren. Seine Notizen, Entwürfe, Kartotheken und Manuskripte hatten sich als unleserlich herausgestellt und waren deshalb anfangs des letzten Krieges einer Altstoffsammlung geopfert worden. So konnte Eduard Vischer mit vollem Recht darauf hinweisen, daß er, der den leserlichen Teil des Nachlasses gerettet hatte, in seiner Edition von Bächtolds Gesammelten Schriften bereits ausgewertet habe, was auszuwerten war.

Briefe politischen Inhaltes liegen von Bächtold nur wenige vor. Ich war somit vor allem auf seine Schriften und Zeitungsartikel angewiesen, dann auf Reden und Diskussions-Voten, soweit sich darüber in den Akten der Evangelischen Volkspartei Berichte fanden.

In der Folge kamen mir der Sekretär der Schweizerischen Evangelischen Volkspartei, Herr Dr. Otto Hürlimann, und einzelne Mitglieder des Zentralvorstandes dieser Partei außerordentlich entgegen. Als besonders großzügig aber erwiesen sich der einstige Basler Parteipräsident, Herr Dr. Paul Roth, und Herr Dr. Eduard Vischer in Glarus. Beide ließen mich die in ihrem Besitz sich befindenden Akten jahrelang in meiner Wohnung benützen.

So ging mein Wunsch doch in Erfüllung: Das „Material“ reichte schließlich aus.

Bald hatte ich eher mit den entgegengesetzten Schwierigkeiten zu tun. Ich konnte mich nicht entschließen, auf sehr zahlreiche von mir vorgesehene Zitate aus Bächtolds Artikeln zu verzichten. Der Mann, dem ich nur immer tiefere Achtung entgegenbrachte, sollte selbst ausführlich zu Worte kommen.

Auch die ganze Problematik einer evangelischen Politik beschäftigte mich stets drängender, sodaß ich schwer hatte, die nötigen Grenzen zu ziehen. Im dritten Kapitel meiner Arbeit zog

ich immer wieder protestantische Denker im Wortlaut heran, weil mir ihre eigenen Worte als zu wertvoll und zu konzentriert erschienen, als daß ich Anfänger sie noch weiter hätte komprimieren wollen.

Da ich aber doch aus mancherlei Gründen meine Arbeit nicht allzu umfangreich durfte werden lassen, erscheint sie mir heute als Stückwerk. Möge sie, besonders in den bescheidenen Versuchen des dritten Kapitels, dem einen oder andern Kommilitonen wenigstens zur Anregung werden!

Verzichten mußte ich vor allem auch auf die Darstellung Hermann Bächtolds als Historiker. Diese Aufgabe hatte Eduard Vischer schon erschöpfend gelöst, soweit die Möglichkeit dazu eben bestand und besteht.

Bächtolds Leben und die Geschichte der Evangelischen Volkspartei stellte ich nur soweit dar, als es für mein eigentliches Thema unumgänglich notwendig war.

Neben den bereits erwähnten Herren Dr. Eduard Vischer, Dr. Paul Roth und Dr. Otto Hürlimann gilt mein herzlicher Dank auch Frau Prof. M. Bächtold-Rahm, ferner für ihr außerordentliches Entgegenkommen meinen lieben Kollegen im Schulamt und der Sekundarschulpflege Rüti. Im besondern Maße aber fühle ich mich zu Dank verpflichtet meiner lieben, tapferen Frau und meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Leonhard von Muralt, der mir als christlicher Historiker ein ständiger Ansporn, in seiner großzügigen und gewinnenden Art ein wertvoller Berater war.

Kapitel 1

Hermann Bächtold und die Evangelische Volkspartei

1. Die wichtigsten Daten aus Hermann Bächtolds Leben

Hermann Bächtold wurde 1882 im Schaffhauser Dorf Rammen geboren. Sein Vater war ein tüchtiger, äußerst pflichtbewußter Kantonspolizist, seine Mutter eine gemütvolle, fromme Frau. Hermanns Reallehrer vermochte die Eltern des begabten Fünfzehnjährigen zu bewegen, ihn unter schweren Opfern die Kantonsschule Schaffhausen besuchen zu lassen.

Als junger Primarlehrer wirkte er von 1901 bis 1904 in Beggingen, fühlte sich aber erst im folgenden Universitätsstudium glücklich. Er brachte ein Semester in Neuenburg zu, vier in Basel, vier weitere in Freiburg i. Br., wo er 1908 doktorierte. Ein letztes Semester studierte er noch in Berlin.

Seine Dissertation trug den Titel: „Der norddeutsche Handel im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert.“ Als Wirtschaftshistoriker kam Bächtold 1909 nach Basel und fand dort eine Lehrstelle an der Untern Realschule. 1912 wurde er Verwalter des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs in Basel und habilitierte sich an der Universität. 1915 erhielt er die a. o., 1920 die o. Professur für mittlere und neuere Geschichte. 1930 war er Rektor, von 1931 bis zu seinem Tode im Jahre 1934 o. Professor für allgemeine Geschichte.

2. Die Vorgeschichte der evangelischen Politik in der deutschen Schweiz

Eine evangelische Politik läßt sich nur auf die sittlich-religiösen Prinzipien des *E v a n g e l i u m s* begründen. Jede Bestrebung in dieser Richtung zeigt einen oft sehr deutlichen An-

schluß an die Reformation, stützt sich auf die Lehren der Reformatoren.

Nun berühren allerdings Evangelium und Reformation in erster Linie den Menschen, seine Seele, seine Gesinnung, seinen Willen. Wirtschaftliche und gar politische allgemeine Zustände werden vom Evangelium nur mittelbar tangiert. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat für den evangelischen Christen ursprünglich nur insofern eine Bedeutung, als eben die bestehenden Verhältnisse den „Unterbau“ für das Leben jedes einzelnen Christen darstellen. Dieser Unterbau freilich kann nun weitgehend ein christliches Leben in Glauben, Gehorsam und Werken erleichtern oder erschweren. Er kann auch in vielen Teilen Forderungen des Evangeliums nach Liebe und Gerechtigkeit metral entgegengesetzt sein. An solchen bestehenden Ungerechtigkeiten findet der Radikalismus der alten radikalen Sekten des Calvinismus, schließlich des asketischen Protestantismus seine Ansatzpunkte.

Wo nun, wie im asketischen Protestantismus, der asketische Charakter der christlichen Religion aus der Lehre von der Sündwahl und von deren alltäglichen Bewährung erwächst, wird das Evangelium zum ständig wirksamen Ferment einer unablässigen Bemühung um die Umgestaltung auch der „Welt“, nicht nur des Menschen.

Das Gebiet der deutschschweizerischen reformierten Kirche, mit dem es unsere Arbeit ja ausschließlich zu tun hat, steht nun allerdings nicht unter starkem direktem Einfluß des Calvinismus. Doch enthielt schon Zwinglis Reformation manche „aktive“ Elemente, vor allem in seiner Konzeption des Wohlfahrtsstaates.¹ Auch seine Auffassung von der ständigen Spannung zwischen göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, die den Christen nie zur (passiven) Ruhe kommen läßt, bereitete spätere Entwicklungen vor.²

Der schweizerische Pietismus des 18. Jahrhunderts hat zwar seinen Ursprung im deutschen, lutherischen, gewann aber

¹ Vgl. Meyer, Zwinglis Soziallehren, S. 105; auch von Muralt, Zwingli als Sozialpolitiker, S. 292.

² Vgl. Zwingli/von Muralt, Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, S. 46; und von Muralt, a. a. O., S. 296.

recht bald einen spezifisch reformierten Charakter und wurde zum „kirchlichen Präzismus“.³ Im 19. Jahrhundert traten dann verschiedene Freikirchen, vor allem die Methodistenkirche⁴, mit den schweizerischen Landeskirchen in einen Wettbewerb, der im Laufe der Zeit zu weitgehender gegenseitiger Annäherung führte.

Im Zuge dieser Entwicklung gewannen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die verschiedenen Gruppen des asketischen Protestantismus⁵ einen stets wachsenden Einfluß auf die reformierten Kirchen.⁶

Wir finden in unseren Kirchen jener Jahre recht deutlich zwei Elemente: Einerseits ist das freiheitlich-soziale Element der christlichen Ethik spürbar im Erstarken begriffen und wird auf dem Wege über den theologischen Liberalismus zum religiösen Sozialismus führen. Andererseits wiegt doch vor das Element der Weltverneinung, die Betonung der überweltlichen Interessen, des Heils der einzelnen Seele. Oft aber verschmelzen beide Elemente in den Kirchen wie in Freikirchen und „Gemeinschaften“, da die protestantische Askese „Ueberweltlichkeit“ und soziales Leben in Einklang bringt. So wird dann eine eigentliche Sozialpolitik mit völlig überweltlicher Zwecksetzung möglich⁷, ganz im Sinne des altcalvinistischen „Deo soli gloria“.

In unserem Lande standen bis 1890 die politischen Fragen weit im Vordergrund, wirtschaftliche und soziale Probleme einsteilen im Hintergrund.⁸

Die großen Aufgaben der Bundes-Ausgestaltung und der Verfassungsreform wurden noch vorwiegend vom höhern Bürgertum gefördert und gelöst. Die ausgeprägt evangelisch(-pietistisch!) orientierten Bürger gehörten politisch zum größten Teil den aristokratisch-konservativen Kreisen an.⁹ Politisch äußerst aktiv wurden manche dieser Männer in den 70er Jah-

³ Vgl. Troeltsch, Soziallehren, S. 789.

⁴ Siehe unten S. 120.

⁵ Vgl. Troeltsch, a. a. O., S. 949 f.

⁶ Ebenda S. 774.

⁷ Ebenda S. 959.

⁸ Vgl. Dürr, Wandlungen, S. 21 ff.

⁹ Vgl. Troeltsch, a. a. O., S. 989.

ren, als es galt, gegenüber den liberalen und radikalen die konservativen Ideen und Institutionen zu verteidigen.

In scharfem Gegensatz zu den zentralistischen Tendenzen der Radikalen und in betonter Ablehnung einer gewissen liberal-radikalen Christentums-Feindlichkeit kam es 1875 zur Gründung des Eidgenössischen Vereins, der ersten protestantisch-konservativen „Partei“ im Bundesstaat.¹⁰ Das christliche Element trat also in der Folge auf politischem Gebiet vor allem im Namen der Tradition auf, um alte politische, wirtschaftliche und religiöse Verhältnisse zu erhalten oder wieder einzuführen. Der Eidgenössische Verein blieb eine Partei der „Herren“, der „Verein ohne Volk“. Seine aktive Anhängerschaft beschränkte sich auf eine bescheidene Anzahl „intellektueller“ und begüterter Bürger, vorwiegend in den drei Städten Basel, Bern und Zürich. Aufs engste verbunden mit den alten Lebens- und Machtverhältnissen dieser einst regierenden Städte, errichteten die Mitglieder des „Vereins“ mit ihrer Politik eine heilsame Schranke gegen ein allzu stürmisches Tempo der liberal-radikalen zentralistischen Entwicklung. Doch ungeachtet ihrer sehr bedeutungsvollen Siege in vielen eidgenössischen Abstimmungen zwischen 1875 und 1896 vermochten sie jene Entwicklung selbst nicht aufzuhalten, in deren Zuge unser Bundesstaat ein modernes demokratisches Staatswesen von wesentlich bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsstruktur wurde. In politischen und wirtschaftlichen Dinge wirkten daher Denkweise und Haltung des Eidgenössischen Vereins immer mehr unzeitgemäß. Unter dem Majorzsystem blieb ihm zudem ein unmittelbarer Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung in Bund und Kantonen beinahe völlig verwehrt.

Der weit überwiegende Teil der betont christlichen Bevölkerungskreise stand abseits. In den Städten fehlte es dem „Verein“ an Verständnis für die soziale Frage, was den Anschluß der christlichen Elemente aus den mittlern und untern Volksschichten verhinderte. An seiner patriarchalischen Haltung in wirtschaftlichen, vor allem aber in sozialen Fragen ging der Eidge-

¹⁰ Für das Folgende siehe Rinderknecht, Der Eidgenössische Verein.

nössische Verein zugrunde, als diese Fragen gegen das Jahrhundertende die Politik zu beherrschen begannen.¹¹

Auf dem Lande erwachten besonders in den christlichen Kreisen politisches Interesse und Verantwortungsgefühl erst langsam. Nur von Fall zu Fall leisteten diese Kreise dem Eidgenössischen Verein Gefolgschaft, am aktivsten in der Schulvogtkampagne des Jahres 1883.¹² Einzig im Kanton Bern bildete sich eine starke protestantisch-konservative Partei. Diese „Volkspartei“ zerfiel aber um 1910.

In den andern Kantonen gelang es noch weniger, die „Stillen im Lande“, oft identisch mit den einfachen Leuten unter den „positiven“¹³ Christen, politisch zu organisieren. Stillschweigend galt die Politik noch als Privileg der höhern Stände. Wohl hatte die aufkommende Sozialdemokratie eine Bresche in diese Auffassung geschlagen. Das war aber vorderhand für die Beteiligung christlicher Kreise ohne Bedeutung. Diese Kreise wandten sich vorerst nur der rein sozialen, fürsorgenden Tätigkeit zu.

Die soziale Tätigkeit der Kirchen beschränkte sich bis nach dem ersten Weltkrieg „auf Minderung sozialer Nöte durch Handreichungen und materielle Gaben“¹⁴.

Seit der Erweckungsbewegung des Neu-Pietismus anfangs des Jahrhunderts bestanden abseits der Kirche viele sogenannte „Liebeswerke“. Die „Gemeinschaften“, vor allem die Methodistenkirche, folgten diesem Beispiel früher als die protestantische Kirche, in der sich erst durch die Innere Mission Wicherns eine langsame Umstellung anbahnte.¹⁵

Die Innere Mission machte allerdings mit den grundlegenden sozialpolitischen Anschauungen ihres Begründers nicht

¹¹ Ebenda S. 291.

¹² Ebenda S. 153.

¹³ Wir übernehmen die Definition Zieglers aus seiner Dissertation, S. 68: «Als ‚positiv‘ wird im schweizerischen Protestantismus die orthodoxe, streng bibelgläubige Richtung, die hauptsächlich von den Freikirchen vertreten wird, bezeichnet, im Gegensatz zur liberalen, humanistischen Richtung, die wohl größtenteils in den Landeskirchen, selten auch in den Freikirchen, ihre Vertreter hat.» — Besonders für die in dieser Arbeit dargestellte Zeit scheint uns diese Definition richtig zu sein.

¹⁴ Ziegler, Evangelisch-soziale Bewegung, S. 11.

¹⁵ Ebenda S. 15—18.

eigentlich ernst. Sie blieb eine religiöse Fürsorge-Institution und wagte sich nicht an die „Erneuerung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Kraft Christi“. Dieser soziale Reformversuch blieb dann der evangelisch-sozialen Bewegung vorbehalten.

Immerhin hatte sich nun die reformierte Kirche mit ihrer Bejahung der (deutschen) Innern Mission positiv gestellt zu sozialer Verantwortung und Tätigkeit in größerem Umfang. Einen Schritt weiter tat sie dann unter dem Einfluß der christlichen Jungmännerbewegung. Diese ging zurück auf die Jünglingsvereine am Ende des 18. Jahrhunderts¹⁶ und gliederte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich in die Christlichen Vereine Junger Männer (CVJM) landeskirchlicher Prägung und die Jünglings- und Männervereine der Bischöflichen Methodistenkirche. Diese Vereine trugen damals „neben ihrer religiösen Einstellung den Charakter einer sozialen Bewegung“, blieben aber in ihrer praktischen sozialen Tätigkeit von geringer Bedeutung.

Erst die gewaltigen sozialen Strömungen der zweiten Jahrhunderthälfte führten schließlich auch in der Schweiz zu dauerhaften Ergebnissen der christlichen sozialen Bewegung.

Wieder kamen aus Deutschland mächtige Impulse. Die christlich-soziale Bewegung Stöckers schien auch in der Schweiz Fuß zu fassen. Doch mißlangen zwei Versuche anfangs der achtziger und neunziger Jahre, in erster Linie wohl infolge der ausgeprägt konservativen Grundhaltung der Bewegung. „Die zu starke Anlehnung an die deutsche Bewegung, die über die spezifisch schweizerischen Verhältnisse fast ganz hinwegging, die schroffe Ablehnung nicht nur der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch der theologisch-reformerischen Geistlichkeit waren die Ursache des Scheiterns, wenn die Ideen Stöckers in der sich entwickelnden evangelisch-sozialen Bewegung der Schweiz auch fernerhin in Erscheinung traten.“¹⁷

Diese große Bewegung kam nun endlich mit ihrer dritten „Welle“ zu einem wenn auch bescheidenen Erfolg. Die neue Richtung, in Deutschland von Naumann geführt, ließ auch in unserem

¹⁶ Ebenda S. 21.

¹⁷ Ebenda S. 32.

Lande einige evangelisch-soziale Vereine entstehen. Ihnen folgten bald einzelne evangelisch-soziale Arbeitervereine: 1894 in Basel und Horgen, 1898 in Bern, dann in Zürich, Winterthur, Schaffhausen und schließlich 1909 in Sissach.¹⁸

Diese Vereine nahmen als erste mitten in der Arbeiterschaft den Kampf auf gegen deren antireligiöse und Klassenkampf-Orientierung. Ihrer Tätigkeit waren aber nur geringe Erfolge beschieden. Es fehlte ihnen eine klare Zielsetzung, was zu ewigen Kompromissen mit den mächtig erstarkenden sozialdemokratischen Gewerkschaften führte. Diese zweideutige Haltung rächte sich bald. Konservativ und „positiv“ eingestellte christliche Arbeiter ließen sich nicht gewinnen oder zogen sich wieder zurück, die radikalen Elemente aber wanderten in die religiös-soziale oder sozialistische Bewegung ab. Der Höchststand aller dieser Vereine betrug total rund 700 Mitglieder, wovon mindestens 500 auf Basel entfielen. Das Beispiel dieses einzigen lebensfähigen Arbeitervereins ist bezeichnend: Er wurde von Anfang an durch die Basler Liberalen stark gestützt und gelenkt, ging nie mit den Sozialdemokraten zusammen, überlebte so die andern Arbeitervereine bei weitem und existiert noch heute.

Der Hauptgrund für die Erfolglosigkeit dieser einst vielversprechenden Versuche lag bestimmt in der allzu lange festgehaltenen Betonung der „Reform des Menschen“¹⁹. Als 1907 sich endlich die Reform der äußern Verhältnisse als Ziel der Vereine in den Vordergrund schob, kam dies schon zu spät, wurde als „Links“-Kurs abgelehnt oder als zu wenig radikal und somit unbefriedigend empfunden.

So lösten sich mit Ausnahme des Basler Vereins alle evangelisch-sozialen Arbeitervereine zwischen 1910 und 1915 auf. Ihre Mitglieder wandten sich den verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu: zum kleineren Teil traten sie den katholischen Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie bei.

Soweit aber die evangelisch-soziale Bewegung in der Schweiz (1880—1915) nicht im Sand verlief, finden sich die Reste ihrer Mitglieder und viele weiter wirkenden Impulse dann wieder in

¹⁸ Ebenda S. 34 ff.

¹⁹ Ebenda S. 45.

der evangelischen Gewerkschaft (SVEA) und in der evangelischen politischen Partei (EVP).

Die Gewerkschaft als Selbstschutz- und Kampforganisation wurde in christlichen Kreisen stets eher negativ beurteilt: „Hat der evangelische Arbeiter auf Grund seiner Glaubensauffassung das Recht, sich zu organisieren?“²⁰ Diese Frage wurde jahrzehntelang ablehnend beantwortet. Die Stellung des nicht organisierten evangelischen Arbeiters gegenüber Arbeitgebern und organisierten Arbeitnehmern wurde aber mit der Verschärfung des Klassenkampfes und der Arbeitskämpfe immer schwerer.

Innerhalb der Methodistenkirche, deren Mitglieder überwiegend aus bescheidenen Verhältnissen stammten, stellte sich die Frage einer evangelischen Arbeitnehmerorganisation mit besonderer Dringlichkeit. So forderten die methodistischen Jünglings- und Männervereine des Kantons Zürich 1906 einen evangelischen gewerkschaftlichen Zusammenschluß und gründeten 1907 unter geringem außerkantonalen Zuzug die „Schweizerische evangelisch-soziale Unterstützungskasse (SESUK).“

Diese reine Unterstützungskasse für Lohnausfälle infolge von Streik, Unfall oder Arbeitslosigkeit genügte den wachsenden Bedürfnissen bald nicht mehr. Der Kampf um bessere Lohnbedingungen für ihre Mitglieder erwies sich als dringend notwendig. Der scharf marxistische Kurs des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,²¹ die Auflösung der evangelischen Arbeitervereine, das Generalstreikjahr 1918 und die sozialen Verhältnisse im Jahre 1919 führten zum Beschluß der Delegiertenversammlung vom 1. März 1919, die SESUK in eine eigentliche Gewerkschaft umzuwandeln. Am 10. Januar 1920 erfolgte dann die Gründung des „Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter (SVEA).“

Gleichzeitig mit der evangelischen Gewerkschaftsfrage kam auch die Frage einer eigenen politischen Partei der evangelisch-sozial Gesinnten zur Reife. Die maßgebende Delegierten-Ver-

²⁰ Ebenda S. 57.

²¹ Ebenda S. 66.

sammlung der SESUK trat nur eine Woche vor der entscheidenden Brugger Tagung zusammen, die am 8. März 1919 den Beschluß zur Gründung der Evangelischen Volkspartei der Schweiz faßte. Der Zusammenhang zwischen den beiden Gründungen kam dann besonders klar zum Ausdruck in der weitgehenden Uebereinstimmung der ersten programmatischen „Richtlinien“ dieser nahe verwandten Organisationen.

Hermann Bächtold verfaßte die „Sozialpolitischen Richtlinien“ der EVP²² und war Mitverfasser der „Sozialwirtschaftlichen Richtlinien“ des SVEA.²³ Die geistige Verwandtschaft der beiden Organisationen ging zurück auf die weitgehend übereinstimmenden Gründungsmotive und führte wiederum dazu, daß nicht nur führende Männer, sondern recht viele Mitglieder sowohl der Gewerkschaft als auch der Partei angeschlossen waren. Eine enge Zusammenarbeit erwies sich auch bald als wichtig, kam aber immer nur vorübergehend zustande.²⁴

Dem faktischen Erlöschen des Eidgenössischen Vereins in den 90er Jahren folgte 1902 der Untergang seiner Tageszeitung, der „Allgemeinen Schweizer Zeitung“, und 1914 der seines Wochenblattes, der „Freitagszeitung“.

Die formelle Auflösung des „Vereins“ zog sich noch bis 1913 hinaus.

Die Reste seiner Basler Sektion schlossen sich 1902 der Liberalen Partei an. Die „Basler Nachrichten“ traten an die Stelle der „Allgemeinen Schweizer Zeitung“. Entsprechend übernahm 1913 die Liberal-Demokratische Partei der Schweiz das geistige Erbe des Eidgenössischen Vereins.

Die protestantisch-konservative Partei hörte damit zu bestehen auf. Sie hatte ihre Aufgabe weitgehend erfüllt, ihre Opposition schien nicht mehr dringend notwendig zu sein²⁵, und sie konnte vor allem den unentbehrlichen Nachwuchs nicht mehr gewinnen.

²² Publiziert im Jan. 1921, siehe unten S. 29 und 102.

²³ In Auftrag gegeben am 10. Jan. 1920, gültig ab 29. April 1922.

²⁴ Siehe unten S. 130.

²⁵ Vgl. Rinderknecht, S. 275—279.

Ihr Untergang machte dann nach dem Kriege einen Anschluß der christlichen Kreise unmöglich, die in den Stürmen jener Jahre zu politischem Verantwortungsbewußtsein erwacht waren, aber infolge ihrer Einstellung den sozialen Problemen gegenüber unmöglich zu der Liberalen Partei in Basel oder zu den Konservativen in Bern stoßen konnten.²⁶ In Zürich fehlte eine protestantisch-konservative Partei.²⁷

So blieben die „Stillen im Lande“ ohne Organisation, bis die Einführung des Proporzwahlsystems 1917 im Kanton Zürich, 1919 auf eidgenössischem Boden die Aussichten für eine protestantische politische Neugründung gewaltig verbesserte.

3. Die Gründung der Evangelischen Volkspartei

„Da der Proporz auch Minderheiten die Möglichkeit verschafft, Vertreter in die Behörden hineinzubringen und damit an der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und der Leitung des Gemeinwesens Anteil zu nehmen“, befaßten sich kirchliche Männer im Kanton Zürich schon 1916 mit der Parteifrage. Sie gründeten am 4. März 1917 die „Protestantisch-kirchliche Partei“ des Bezirkes Uster, wenig später die Bezirkspartei Hinwil, in der „Ueberzeugung, daß es sich um eine Pflicht handle, der sich ein Christ nicht entziehen dürfe.“ Bei den Kantonsratswahlen des gleichen Jahres gewann die junge Partei in den beiden Bezirken schon je ein Mandat. Der Gründung einer Bezirkspartei Horgen folgte im Jahre 1918 die Entstehung der kantonalen Organisation unter der Bezeichnung „Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich“.

Der ehemalige Spottname des Eidgenössischen Vereins wurde von Gegnern sofort auf den neuen, unerwünschten Konkurrenten übertragen. Dieser aber kam „zur Ueberzeugung, daß die Partei nicht die ‚alte, frumbe, konservative Gesellschaft‘ sein dür-

²⁶ Siehe oben S. 5. — Die städtischen Reste der Volkspartei schlossen sich 1908 den Konservativen, die ländlichen Reste 1918 der neuen Bauern- und Bürgerpartei Mingers an.

²⁷ Teilweise daraus erklärt sich wohl für später die konservative Haltung der EVP in Stadt und Kanton Zürich.

fe, . . . sondern an der Schaffung neuer Verhältnisse tätigen Anteil nehmen müsse und nur in einem Punkte konservativ zu bleiben habe, da nämlich, wo es sich darum handle, unserm Volk die Lebens- und Segenskräfte des Evangeliums zu erhalten und für die christliche Welt- und Lebensanschauung einzustehen.“²⁸

In Bern bestand als letzter Ausläufer des Eidgenössischen Vereins und der Volkspartei eine „Politische Vereinigung christlicher Bürger“. Angeregt durch das Zürcher Beispiel und durch die ersten Proporzahlen des Nationalrats, die im Oktober 1919 fällig waren, ergriff die „Vereinigung“ die Initiative zur Gründung einer schweizerischen Partei. Sie lud auf den 8. März zu einer „Vertrauensmänner-Versammlung“ nach Brugg ein. Die Einladung erging an die den Initianten bekannten christlichen politischen Gruppen und an „positive“ christliche Kreise. Dreißig Männer beschlossen in Brugg fast einstimmig die Gründung der „E v a n g e l i s c h e n V o l k s p a r t e i d e r S c h w e i z“, die dann am 10. Mai 1919 in Zürich vollzogen wurde.

„Die erste Tagung in Brugg zeigte, daß in weiten Kreisen ernster Christen die Erkenntnis von der Notwendigkeit lebt, nicht nur zu beten für Volk und Regierung, sondern auch für sie zu arbeiten. Die Herzen waren durch den Krieg und die seitherigen Ereignisse in unserm Lande vorbereitet. Wir müssen deshalb über die Gründungsgeschichte der Partei schreiben: Die Evangelische Volkspartei verdankt ihre Entstehung nicht dem Willen eines Politikers, sondern einem Bedürfnis ernster Kreise und dem Willen Gottes.“²⁹

Das an der konstituierenden Versammlung gewählte Zentral-Komitee ließ einen „Aufruf an alle evangelischen Kreise“ in einer Auflage von 5 000 Exemplaren drucken und verschicken. In der Folge hielten einige Mitglieder dieses Zentralvorstandes (wie er später immer genannt wurde) Vorträge in Städten und Dörfern, z. B. in Basel, Bern, Zürich, Oberrieden, Zofingen, Rothrist, wo sich überall neue Ortsgruppen bildeten.

An den Nationalratswahlen im Oktober 1919 beteiligte sich nur die Zürcher Partei und erzielte einen besonders für die Geg-

²⁸ Zitate aus einem internen Informationszirkular der Zürcher EVP, 1919.

²⁹ Evangelische Volkszeitung (EVZ) vom Juli 1920.

ner überraschenden Erfolg. Ihr Spitzenkandidat, der religiöse Volksredner und Volksschriftsteller Dr. med. Hans Hoppeler aus Zürich, wurde gewählt. „Neben Leuten, die einfach Glieder der Landeskirche waren, befanden sich auf dem Wahlvorschlag Vertreter der verschiedenen Freikirchen, Männer der großen Blaukreuzgemeinde, der SESUK, der CVJM usf.“³⁰

Einem Entwurf zum oben erwähnten „Aufruf“ entnehmen wir einige Stellen, die als typisch gelten können für Entstehungsgeschichte und ursprüngliche Tendenz der Evangelischen Volkspartei:

„Die Frucht unseres materialistischen Zeitalters, der Weltkrieg“, hat auch unser Land an den Rand der Revolution gebracht. Ganze Bevölkerungsschichten verzweifeln an der Möglichkeit einer ehrlichen Versöhnung der verfeindeten Klassen. Viele evangelische Christen treibt es mehr denn je in das ernstliche Gebet für Volk und Land.“ —

„Die Zersetzung im Staate und im öffentlichen Leben, das Dominieren der materialistisch gerichteten Weltanschauung sind ein Beweis“, daß die Christen wenig Einfluß hatten und haben. „Wir lebendigen Christen“ müssen „unsere Schuld anerkennen, uns demütigen“ und uns aktiv in der Politik betätigen, um „dem verderblichen Materialismus einen Damm zu bauen“. In den bestehenden politischen Parteien läßt sich diese Aufgabe nicht lösen, da wir uns dort auf „Programmpunkte verpflichten müßten, die unser Gewissen belasten . . .“

„Wir erlauben uns nun, Ihnen beiliegend Statuten und Richtlinien der EVP zu überreichen, mit der Bitte, um Gottes und des Volkes willen Ihre Kreise zum Anschluß an unsere Partei einzuladen, um mit uns zu kämpfen in lebendigem Glauben an Gott und aus Liebe zum Nächsten, selbst zum Feind, denn: ‚Liebet eure Feinde!‘ spricht der Herr.“³¹

Die Gründung der Evangelischen Volkspartei Basel-Stadt erfolgte am 23. Februar 1920. An diesem Abend kam

³⁰ Siehe oben Anmerkung 28.

³¹ Wo nichts anderes vermerkt wird, stammen die parteiinternen Zitate aus den Akten der EVP Basel-Stadt.

eine Anhängerschar aus allen Bevölkerungskreisen zusammen, wobei die „einfachen Leute“ deutlich in der Mehrzahl waren. Bezeichnend dafür mag der Stil sein, in dem ein protokollähnlicher Bericht abgefaßt wurde:

„Anwesend waren 15 Damen und ca. 20 Herren. Als Tagespräsident figurierte Herr Hirt und eröffnete derselbe die Versammlung mit einer kurzen herzlichen Begrüßung. Die Traktanden waren auf dem Einladungsformular angegeben und wird das Wort dem Referenten Herrn Muggli aus Bern erteilt.“

Nach dessen Referat über „Ziele und Aufgaben der EVP“ schritt man zur Wahl des Parteipräsidenten und der „Kommission“.

„Herr Hirt gibt bekannt, daß wir nun zum Traktandum 2 gelangen und vorgängig desselben uns mitteilt, daß bis heute 152 Männer und 44 Frauen sich als Mitglieder angemeldet haben. Auf eine Anfrage, ob aus den Angemeldeten etwa ein zügiger Name zu ersehen sei, mußte der Vorsitzende dies leider verneinen. Herr Muggli flicht noch die Bemerkung ein, daß dies auch nichts schade, man habe gar nicht nötig solche Namen, wir seien alles Lehrlinge in der Politik, und es liege eigentlich auch im Wesen der neuen Partei, daß wir alles kleine Männer und Frauen sein sollen. Mit Gottes Hülfe werden sich schon die rechten Männer finden lassen.“

Schließlich fanden sich wirklich diese Männer, und die Leitung der Partei wurde einer Kommission von 11 Gliedern übertragen.

„Der Vorsitzende schließt die . . . Versammlung mit der Aufforderung an Herrn Kubli, das Schlußgebet zu sprechen.“

Einige Tage nach vollzogener Gründung schon erhielt der Präsident der „Evangelischen“ ein Schreiben der Liberalen Partei mit der Einladung zu einer Konferenz „aller bürgerlichen Parteien“. Es ging um die Aufstellung einer gemeinsamen Liste für die Großratswahlen vom April 1920.³²

Die Kommission befaßte sich also am 15. März gründlich

³² Durch Volksabstimmung vom 8. Febr. 1920 war die Möglichkeit einer Listenverbindung für die Großratswahlen dahingefallen.

mit der Frage: Eigene Liste oder „Nationaler Block“? Damit brach in der jungen Partei schon der erste, zwar noch unbedeutende Konflikt zwischen „links“ und „rechts“ aus. Weder da noch dort wollte man sich schließlich binden. Frisch wagte es die Partei, allein in den Kampf zu ziehen.

Ihr Wahl-Flugblatt war zweiseitig, von kleinem Format. Es warb in wenigen prägnanten Sätzen für die Partei:

„An die Wähler!

Wer will, daß Gottes Gebot und Evangelium immer noch oberstes Gesetz sei im Leben des Einzelnen, der Familie, der Schule und im Staate, der bekenne sich zu den Grundsätzen der Evangelischen Volkspartei und stimme mit Liste Nr. 5.

Wer den Klassenhaß verurteilt, wer den sozialen Ausgleich und ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wünscht, der stimme mit der Liste Nr. 5.

Wer da will, daß jeder nach Maßgabe seines Einkommens und Vermögens Opfer für das Gemeinwohl bringe, der stimme mit Liste Nr. 5.

Wer bisher aus religiösen Gründen von Wahlen und Abstimmungen sich fern gehalten hat, der prüfe die auf der Rückseite des Flugblattes niedergelegten Richtlinien der

Evangelischen Volkspartei.“

„Die EVP Basel-Stadt ... erstrebt eine Umgestaltung der Volksgemeinschaft im Sinne des Evangeliums“ nach folgenden allgemeinen Richtlinien³³:

1. „Erziehung des Einzelnen zu einer christlichen Persönlichkeit.“
2. Erneuerung der Schulerziehung im Sinne „christlicher Charakterbildung und wahrer sozialer Gesinnung“.
3. Kampf gegen die „Volksschäden, wie Alkoholismus, Unsittlichkeit, Steuerhinterziehung, schlechte Presseerzeugnisse, Festsucht, niedrige Vergnügungsgelegenheiten.“
4. „Umgestaltung der herrschenden Wirtschaftsordnung nach christlichen Grundsätzen“, aber nicht durch gewaltsamen Umsturz.

³³ Von uns gekürzt.

Entgegen den Prophezeiungen der zahlreichen Pessimisten erzielte die Partei einen erfreulichen Erfolg. Sie gewann in den Wahlkreisen Großbasel-West und -Ost je einen Sitz im total 130-köpfigen Parlament.

Auf der Liste des Kreises „West“ finden wir nun auch: „B ä c h t o l d Hermann, Professor“. Bei den Wahlen erreichte er von 18 Kandidaten die achthöchste Stimmenzahl.

Am schweizerischen Parteitag vom 5. April hatte er schon als einer der fünf Basler Delegierten teilgenommen und berichtete in der Parteiversammlung vom 10. Mai darüber. Am gleichen Abend hielt er ein Korreferat gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund, wobei er sein scharfes Urteil über den Versailler Frieden nicht zurückhielt.

So war Hermann Bächtold offenbar schon ein recht aktives, führendes Mitglied der viel verlachten und von allen Seiten angegriffenen „Zwergpartei“. Er, der geistvolle Historiker, bei den verspotteten „Stündelern“?

Die Evangelische Volkspartei hatte tatsächlich einen ausgesprochen pietistischen Einschlag. Ihre Versammlungen wurden in der Regel mit Gebet oder mit einer kurzen Bibelbetrachtung eröffnet, mit Gebet geschlossen. Ein Kirchenlied als Anfang oder Schluß findet sich in vielen Berichten erwähnt. Ähnliches galt für die Sitzungen der Vorstände, von den Ortsgruppen bis hinauf zum Zentralvorstand.

Viele Artikel in der „Evangelischen Volkszeitung“ atmeten dann pietistischen Geist:

„Ich glaube, wenn unsere unsterbliche Seele im richtigen Verhältnis steht zu Gott, so dürfen wir uns mit der Politik befassen.“

„Was heißt es denn: Wenn du 2 Röcke hast, gib dem, der keinen hat, oder: Einer trage des andern Last, oder: Verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen, oder: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, usw.? Wollen wir noch länger der Unterlassungssünde verfallen, der Heiligen Schrift die Nachachtung nicht zu verschaffen, auch in unsern staatlichen und sozialen

Einrichtungen? Wollen wir einem noch viel größeren Gottesgericht, als der Krieg war, in die Hände arbeiten?“

„Die EVP wird sie (die soziale Frage) auch nicht voll und ganz lösen können, so daß die kirchlich-christliche Liebestätigkeit daneben keinen Platz mehr hätte; das wird der Herr und Heiland bei seiner Wiederkunft tun. Aber umso mehr ist unsere Pflicht, als Christen Pionierarbeit zu tun, um als treue Haushalter erfunden zu werden.“

In einem Einladungsschreiben finden wir den Satz: „Diese Zusammenkunft soll, so Gott will, am 10. Juli 1921 stattfinden.“

Und ein Protokoll des Zentralvorstandes schließlich hält fest: „Sahli begründet seine Demission. Die ganze Versammlung bedauert dieselbe. Sahli wird von verschiedenen Rednern gebeten, im Vorstand zu bleiben und auf die Erstarkung seiner Gesundheit zu hoffen, die bei Gott möglich ist. Er beharrt nicht mehr.“

In der jungen Partei findet sich eine ganz besondere Mischung von pietistischer Frömmigkeit und tapferem Realismus, von vielen „frommen Worten“ und ernsthaftem, verantwortungsbewußtem Handeln. Bei diesen oft ärmlichen Männern treffen wir recht naive Ansichten und einen sehr beschränkten Horizont, daneben aber einen selbstverständlichen Glauben und vor allem eine echte Opferbereitschaft ohne jedes Pathos.

Beim Studium von Artikeln, Berichten und Aufrufen, von Briefen und Abrechnungen empfinden wir ehrliche Hochachtung vor all diesen bescheidenen Leuten. Bächtold muß es ähnlich ergangen sein, sonst hätte er kaum bis zu seinem Lebensende mitgeholfen in dieser Schar der „kleinen Männer und Frauen“. Jedenfalls fühlte er sich bei ihnen eher heimisch als etwa in der großen Liberalen Partei, in deren Reihen sein Amtskollege Emil Dürr und andere „Standesgenossen“ tätig waren.

4. Hermann Bächtolds Entwicklung

Bächtolds Großvater hatte mit seinem Bauerngut schweres Mißgeschick gehabt und war schließlich in Konkurs geraten. Un-

glück und „Schande“ lasteten zeitlebens auf seinem Sohne, Hermanns Vater. Der intelligente Mann blieb düster und wortkarg. Als Kantonspolizist hatte er es schwer, für seine zahlreiche Familie gut zu sorgen, betrug doch sein Gehalt jahrelang nur 1800 Franken. In Hermanns Erinnerung lebte er als strenger, mit seinem hohen Pflichtbewußtsein aber vorbildlicher Vater.

Die Mutter muß es mit dem verbitterten Manne oft schwer gehabt haben. Sie war eher sein Gegenteil, voll Gemütswärme und kindlichen Glaubens. Häufig vertraute sie Hermann ihren Kummer an.

Dieser lernte schon als Kind die „Schattenseite des Lebens“³⁴ kennen. Er litt nicht nur seelisch, sondern auch physisch unter den kümmerlichen Verhältnissen. Früh mußte er, das älteste von sieben Kindern, zuhause hart mitarbeiten. Eigentliche Ferien hatte der Knabe nie, auch nicht in seinen Mittelschuljahren, wo er zudem in Schaffhausen oft hungerte.

An der Kantonsschule lehrte ihn Dr. h. c. Jakob Meister „das Lernen in den naturwissenschaftlichen Fächern mit einer Straffheit und Zusammenfassung der Aufmerksamkeit, des Willens und der intellektuellen Kräfte betreiben, wie es in dem Grade selten irgendwo anders der Fall gewesen sein wird.“³⁵ Schon im Realschulzeugnis des jungen Bächtold hatte sich die Notiz gefunden: „Ein mathematischer Kopf.“³⁶ Nun stand er unter dem Einfluß eines hoch geschätzten Naturwissenschaftlers, einer „Persönlichkeit von bezwingender und schenkender Macht“, an einer Schule, wo eben dieser Lehrer die Vorherrschaft der naturwissenschaftlichen Richtung begründet hatte.

Eduard Vischer sagt darüber: „Läßt sich hier nicht eine erste, später nicht weiter verfolgte Richtung ahnen? . . . Wenn Bächtold später immer wieder gegen den Naturalismus ankämpft, und gerade, wenn er dies immer neu so äußerst heftig tut, . . . so scheint damit zugleich eine Periode der eigenen Entwicklung, deren er sich als einer Gefährdung bewußt geblieben sein mag, von der Verneinung getroffen zu sein.“³⁷

³⁴ Einer seiner Lieblingsausdrücke.

³⁵ Brief Bächtolds an Meister. Siehe Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaft Schaffhausen, 1927/28, S. 6 f.

³⁶ Bächtold; Gesammelte Schriften, S. 466.

³⁷ Ebenda S. 466.

Vischer weist auch hin auf einen Brief, den Bächtold 1908 an Reallehrer Walter in Neunkirch richtete. Wir finden darin zwei aufschlußreiche Stellen: „Ich will nicht schildern — ich könnte es vielleicht — wie meine Schulzeit am Gymnasium, meine Lehrerzeit über mein eigentliches Ich hinweggeschritten sind, eine Schuttdecke auf ihm zurücklassend, die es erst in den letzten Universitätssemestern wieder durchbrochen hat.“ — „Vielleicht gelingt's einmal, die höchste Stufe, den akademischen Lehrstuhl, zu erklimmen. Das weiß die Zukunft. Jedenfalls soll's innerlich immer höher gehen, mit Gottes Hülfe.“³⁹

Schon in Freiburg hatte einer seiner Kommilitonen erkannt, „daß ihn die Probleme einer spezifisch christlichen Geschichtsauffassung innerlich beschäftigten . . .“. Weiter erzählt er von Bächtold: Er war „eine außerordentliche Erscheinung und wirkte mit seiner bäuerlichen Frische ganz ungebrochen und naturhaft“. Besonders fiel ihm die „ursprüngliche Unmittelbarkeit“ und „die fast erschreckende Leidenschaftlichkeit“ des Schweizers auf. „Die Art, wie er arbeitete, war wie die eines Besessenen.“ Mangel an Zeit und Geld führte wohl Bächtold zu einer „mönchischen Lebenshaltung“ und zu außerordentlicher „wissenschaftlicher Konzentration“.³⁹

Die Persönlichkeit eines seiner Freiburger Professoren, des Wirtschafts- und Rechtshistorikers Georg von Below, wirkte außerordentlich stark auf ihn. Bächtold war bald sein bevorzugter Schüler, wurde schließlich sein Freund und bezeichnete ihn später wiederholt als seinen „geistigen Vater“. Eine weitgehende geistige Verwandtschaft der beiden in Anlage und Streben ist unverkennbar. Bächtold scheint sich den verehrten Lehrer in mancher Beziehung zum Vorbild genommen zu haben. So betont er 1927 in einem Nachruf auf Below dessen „erzieherische Kraft“, „sittliche Größe“ und „methodische Selbstzucht“. „Leben und Forschen“, schreibt er, „um deren Einheit wir Jüngern uns oft wund kämpfen, waren bei ihm einheitlich zusammengeschlossen um ein Zentrum: den Staat, seinen deutschen Staat“.⁴⁰

³⁸ Ebenda S. 1 f.

³⁹ Brief von Prof. S. A. Kaehler (Halle) an E. Vischer vom 1. Okt. 1935.

⁴⁰ Basler Nachrichten vom 25. Nov. 1927. — Siehe auch unten S. 110 und 112.

Auch in Bächtold wurden „vom rechten Flügel des Religiösen oder Idealistischen her . . . die Gegenkräfte mobil gemacht“, gegenüber dem „linken Flügel des Wirtschaftlichen“, gegenüber der Gefahr „einer materialistischen oder ökonomistischen Geschichtsauffassung . . .“⁴¹ Und auch er wurde ein konstruktiver Historiker, ein scharfer Denker wie Georg von Below.

Es entspricht ganz seiner Verehrung für den großen Gelehrten, wenn Bächtold in mehreren Zeitungen eine fast überschwänglich anmutende Würdigung für den Sechzigjährigen erscheinen läßt, wenn er Below 1921 in einem Schreiben an die Stockholmer Akademie für den Nobelpreis vorschlägt und schließlich an seinem Grabe eine ergreifende Rede hält. Die Witwe Belows erklärt in einem Brief, Bächtold sei „am meisten unter seinen Schülern Geist von seinem Geist“ und „ein männlichster Mann — wie er es war“. Und in einem späteren Brief: „Sie haben von allen am meisten von seiner kraftvollen Art und verstanden so sein Innerstes.“⁴²

Friedrich Meinecke, sein anderer bedeutender Freiburger Lehrer, berichtet in seinen „Erinnerungen“: „Ihr vielleicht begeistertster Genosse wurde der junge Schweizer Hermann Bächtold — — — der später auf den Lehrstuhl Jacob Burckhardts in Basel kam und mit eigenartiger religiöser Tiefe auf ihm gewirkt hat.“ Bächtold kam zu Meinecke mit „immer neuen Fragen, die ich ihm klären sollte . . .“

Als Wirtschaftshistoriker kommt Bächtold nach Basel. Bald aber erweitern sich seine Interessen. Er wendet sich der neuesten Schweizergeschichte, schließlich der Weltgeschichte der letzten hundert Jahre zu. Die Frage nach Ursachen, Triebkräften und Sinn der geschichtlichen Entwicklung seiner Zeit tritt in den Vordergrund neben seine Beschäftigung mit verschiedenen wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten.

Der Weltkrieg reißt ihn 1914 vollends in die Dynamik der Zeitgeschichte hinein. Nun wirft er sich mit seiner ganzen Kraft und Leidenschaft auf das Studium der Ursachen dieses ungeheu-

⁴¹ Bächtold, Gesammelte Schriften S. 3.

⁴² Briefe an E. Vischer, anfangs 1928 und 27. März 1930.

ren Geschehens. In den Weltkriegs-Jahren wird der Gelehrte zum Kämpfer. In Deutschland hat er dessen große Zeit erlebt. Die Jahre 1906—1909 sind auch für ihn persönlich eine große Zeit gewesen, in Studium und wissenschaftlicher Begeisterung. In seinen hervorragend geschriebenen Aufsätzen über Vorgeschichte und Ursachen des Weltkrieges legt er „sein heißes Bekenntnis für deutsches Wesen und deutsche Zukunft ab und fordert Gerechtigkeit und gerechte Beurteilung des deutschen Standpunktes. Kompromißlos spricht er sich für seine geistige Heimat aus.“ Seine Stellungnahme ist „verankert in jenem leidenschaftlichen Willen wägender und verstehender Gerechtigkeit, der das auszeichnende Merkmal des Menschen wie des Forschers Bächtold allezeit gewesen ist“.⁴³

Hermann Bächtold erlebt unerhört intensiv alle Höhen und Tiefen, alle Nöte und Leiden der Weltkriegszeit. In diesen Stürmen reift seine Weltanschauung. Er erleidet weitgehend an sich selbst Not und Ausweglosigkeit der modernen Menschheit. Bächtold wird der entschiedene Christ, der im Bewußtsein einer umfassenden Kulturkrise sich im tiefsten Sinne mitverantwortlich weiß, aufgerufen zu Arbeit und Kampf in der Auseinandersetzung der geistigen Mächte. „Sein Ungenügen an der Gegenwart legte ihm nicht nur eine wissenschaftliche Verpflichtung auf. Sein ganz protestantisches Verantwortungsbewußtsein erlaubte ihm nicht, lediglich als dunkler Diagnostiker neben unserer Zeit hinzuleben. Ueberall, wo sich ihm Gelegenheit bot, auf ihre Gestaltung praktisch einzuwirken, hat er eingegriffen und den Kampf gegen alles aufgenommen, was ihm Irrtum schien.“⁴⁴

So kämpfte er schon 1915 diesen Kampf in seiner Schrift: „Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz und unser Verhältnis zu Deutschland“.

Er spricht von einer „Periode neu anschwellender Gemeinschaftsmacht. — Unsere Gesinnung aber und unsere innere Haltung namentlich in der Schweiz stehen noch in auffallendem Maße in der vorhergegangenen liberalen Umsturzperiode drin“.

„Der junge neue Staat hat den wertvollsten Komplex in-

⁴³ H. Büchi, Emil Dürr und Hermann Bächtold, S. 102 ff.

⁴⁴ R. Stamm, Hermann Bächtold, S. 117.

dividualistischer Werte, die namentlich das 18. Jahrhundert zur Betonung brachte, anerkannt und die Maschen seines Netzes so geordnet, daß sie freie Atmospähre haben. Unsere Aufgabe ist also jetzt, die neue Gemeinschaft aufzubauen.“ Bestimmte individuelle Interessen haben so sehr freien Spielraum bekommen, daß „andere individuelle Interessen und Werte großer Massen, namentlich der wirtschaftlich Schwächeren, und vitale Interessen des Ganzen geschädigt wurden.“

„Unsere Staatsauffassung ist in vielen Köpfen unstreitig hinter der Wirklichkeit des Staatslebens zurückgeblieben, die letztere ist zu wenig zum gesinnungsmäßigen Niederschlag gekommen. Um uns her im Ausland war das doch in stärkerem Maße der Fall, und der gegenwärtige Krieg wird die Welt erst recht in dieser Richtung um einen starken Ruck vorwärts bringen.“ — „Aus dem gewaltigen Erlebnis der Staatswirklichkeit wird über den Kampf hinaus bleiben ein starker Wille, dem Ganzen zu dienen auch mit den kleineren Opfern des Friedens.“ Auch bei uns muß eine solche Entwicklung angestrebt werden! — „Denn der Staat, der uns zur Einheit verbindet, ist unser aller Werk, erhebt sich aus unsern Händen und hebt uns selbst empor. Hier ist gemeinsames Schicksal, gemeinsames Erlebnis und deshalb wahre Gemeinschaft.“

„Große Teile unserer Nation“ stellen sich „aus edleren Motiven“ abseits des Staates. „Ich meine gewisse sozialistische und gewisse christliche Kreise . . . Was uns Christen angeht, so meine ich nun allerdings, daß wir viel entschlossener, aktiver und positiver uns zum Staate stellen sollten. Weil wir den Staat als die vollendetste civitas dei betrachten? Nein, gerade weil wir das nicht können und doch das Bild jener im Herzen tragen. Weil wir wirken sollen da, wo wir hingestellt sind und Aufgaben finden. Eine Aufgabe aber soll uns der Staat sein, in ihm den Brüdern vorwärtszuhelfen. Er ist ein Werkzeug in hohem Sinne. Dies Werkzeug folgt der Hand, die es führt, und wir sind mitverantwortlich, wie es geführt wird. Hier gilt das Wort vom Salz der Erde auch; denn der Staat gehört zur Erde. Und ‚Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist!‘ heißt nicht allgemein: Zahl deine Steuern! Sondern: Leiste, was zu deiner staatlichen Pflicht gehört! Das war zu Zeiten der bloße Zinsgroschen, zu andern Zeiten, z. B.

heute, viel, viel mehr. Und dem Christen steht es am schönsten an, seine Pflicht in vollem Maße zu tun. Niemand verlangt von uns, das bestehende Leben von Volk und Staat als vortrefflich zu erklären, vielmehr handelt es sich darum, die Schäden ins Auge zu fassen und gegen sie zu kämpfen, das Gute zu fördern und zu entwickeln, dabei den Glauben ans Letzte und Absolute in voller Reinheit und Gewißheit in uns zu bewahren.“⁴⁵

„Es ist beschämend, daß, während wir uns um jedes kleinen Zweckes willen organisieren, sich nicht mehr Stimmen finden und sich dazu zusammentun, einmal aus den Beziehungen des einzelnen zum Staat alles Unsaubere und Erbärmliche zu vertreiben.“⁴⁶

„Aber allerdings, die Opferkraft und die selbstlose Arbeit an der Volks- und Staatsgemeinschaft fließt nur aus Tiefen religiöser und sittlicher Fundamentierung.“⁴⁷

Offenbar schwebt Bächtold schon 1915 eine politische Aktivierung der Protestanten vor. Ein Jahr später bestätigen seine Worte diesen Eindruck: „Staat und Volk haben um ihrer selbst willen alles Interesse, daß wir die christlichen Kräfte politisch mobilisieren. — Wie schwächlich vertreten wir die christliche Auffassung in großen öffentlichen Fragen! — Aus dem Kriege müßten wir das eine lernen: Heraus aus der christlichen Passivität in staatlichen Fragen! Das ist ohne Organisation nicht möglich.“⁴⁸

Sehr aufschlußreich ist, wie Bächtold 1917 die „sozialpolitischen“ Wirkungen der Reformation schildert:

„Da sie . . . dem Menschen die Welt als Arbeitsfeld für die sittliche Gesinnung . . . zuwies, hat sie damit doch auch das Auge stärker auf die Dinge dieser Welt gerichtet, aber mit höherer, mit göttlicher Zielrichtung, das Diesseitige zu reinigen, das Göttliche in ihm zu entfalten, das Sündliche zu bekämpfen.“

„Damit bekam die positive Arbeit in der Welt — mit dem Ziel, Gottesreichsgeist zu pflanzen und so das wahre Men-

⁴⁵ Alle diese Zitate S. 29—32 der erwähnten Schrift Bächtolds.

⁴⁶ Ebenda S. 35.

⁴⁷ Ebenda S. 79.

⁴⁸ Diskussionsvotum zu einem Vortrag über: «Unsere Stellung zum Staat und zur Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung.» Siehe Schweizerisches Evangelisches Schulblatt vom 23. Dez. 1916.

schenwesen zu entfalten — neue, gewaltige Nahrung und neue, gewaltige Probleme und Aufgaben.“

Den Protestanten des 20. Jahrhunderts ruft er zu: „. . . die Menschenwelt heilen und ordnen und in ihr wahres Wesen zurückführen: Das kann niemals mit bloßen irdischen Kräften gelöst werden.“ Er weist darauf hin, „daß in unserem modernen Leben vor dem Polarstern dieser göttlichen Zielrichtung die Wolken hangen und daß die Wurzeln gekappt werden und dann die Menschen einen Turm von Babel an Maßnahmen und Einrichtungen bauen, um sich zurecht zu finden . . .“⁴⁹

Sein Schlußappell gilt einer „neuen Reformation“, die wiederum die Lebenskräfte der Gesamtkultur zu befreien hätte. Diesmal gälte es, sie zu befreien aus den Fängen der Pseudo-Wissenschaft und des Materialismus, die Bächtold als die größten Feinde des zeitgenössischen Protestantismus bezeichnet.⁵⁰

Wie klein scheint uns der Schritt von diesem „protestantischen Programm“ zu dem einer „evangelischen Politik“, wie es Bächtold wenige Jahre später formulieren und vertreten wird!

Die Weltkriegsjahre haben in Hermann Bächtold den Entschluß reifen lassen, seinem übermächtigen Verantwortungsgefühl Folge zu geben und als Christ sich an der Tages-Politik zu beteiligen.⁵¹

Um die Jahrhundertwende hatte die schweizerische Innenpolitik im Zeichen einer entscheidenden Wendung gestanden. Ungefähr 1890 war das formal-politische Programm der freisinnigen Mehrheitspartei „so gut wie verwirklicht“ gewesen.⁵² Seither hatten auf dem Boden der schweizerischen und der kantonalen Politik die wirtschaftlichen Fragen eine immer größere Rolle gespielt. Die aufkommende Sozialdemokratie hatte zum ersten Mal wirtschaftliche Interessengruppen politisch organisiert und be-

⁴⁹ Aus dem Manuskript eines Vortrages vom 7. Okt. 1917 in der St. Johanniskirche in Schaffhausen: «Die weltgeschichtliche Bedeutung der Reformation.»

⁵⁰ Laut Bericht im Tagblatt für den Kanton Schaffhausen vom 9. Okt. 1917.

⁵¹ Bestätigt durch Bächtolds Witwe.

⁵² Siehe oben S. 5. — Vgl. für das Folgende: Dürr, Wandlungen, S. 21 ff.

sonders seit 1912 großen Einfluß gewonnen.⁵³ In der Folge wurde die „Verwirtschaftlichung“ der Politik immer deutlicher und bewußter, sei es im Zuge von Gegenaktionen zur sozialdemokratischen Propaganda, sei es als Auswirkung der außerordentlichen „Durchorganisierung“ unseres Wirtschaftslebens während des Krieges. 1919 erfolgte dann die Gründung der Bauernpartei. Im gleichen Jahre ergaben die ersten Proporzwahlen in den Nationalrat eine gewaltige Schwächung der radikal-demokratischen (freisinnigen) Fraktion zugunsten der beiden „Wirtschaftsparteien“ zur Linken und zur Rechten.

Die Politik aller Parteien richtete sich immer mehr wirtschaftlich aus und wurde beherrscht von den Gegensätzen zwischen Stadt und Land, Konsumenten und Produzenten, oder zwischen besitzender und „arbeitender“ Klasse. Seit dem Weltkrieg und dann vor allem nach dem Generalstreik vom November 1918 standen sich „links“ und „rechts“ zum Teil voller Haß gegenüber und führten die politische Auseinandersetzung in aller Schärfe.

„Mit Ekel beobachtete Bächtold die Tendenz unseres politischen Lebens, sich in einen wüsten Streit um Anteile an den materiellen Gütern unseres Staates zu verwandeln. Seine Diagnose lautete auch hier: Zeitlich bedingte Ideologien oder Opportunismus reichen nicht aus, dem öffentlichen Leben Maß und Würde zu geben.“⁵⁴

„Verantwortung spüren für den andern, die Forderungen und Begehren jener verstehen, die an die Schattenseiten des Lebens gestellt sind, in dem wirtschaftlich Schwachen den Bruder erblicken und darnach handeln, das ist nun allerdings das Gegenteil von jeder Interessenpolitik. So kam es, daß sich Hermann Bächtold keiner der bestehenden alten politischen Parteien, in denen er hätte Karriere machen können, anschließen konnte, sondern zu der kleinen Truppe der Evangelischen Volkspartei stieß, deren Gründung nach dem Weltkriege und den Generalstreiktagen als eigentliche Reaktion gegen die Verwirtschaftlichung,

⁵³ Ebenda, S. 25: In diesem Jahre einigten sich Sozialdemokratische Partei und Schweizerischer Gewerkschaftsbund auf gegenseitige Unterstützung. «In der Folge ist das politische Einverständnis zwischen beiden proletarischen Verbänden immer enger und die früher numerisch schwache Partei ist politisch führend geworden.»

⁵⁴ R. Stamm, Hermann Bächtold, S. 117.

die Vermaterialisierung und Entgleisung der Politik entstanden war.“⁵⁵

5. Bächtold als Redaktor

Unterdessen geht die Partei daran, sich eine eigene Zeitung zu schaffen. Die Finanzierung des geplanten Wochenblattes erweist sich als unmöglich.⁵⁶ So wird im Frühjahr 1920 die Herausgabe eines Monatsblattes beschlossen und ein Redaktor gesucht.

Am 26. April fragt Zentralpräsident Muggli Bächtold schriftlich an, „ob er bereit sei, die verantwortliche Redaktion zu übernehmen“. Wir entnehmen der Kopie des Briefwechsels, die den Mitgliedern des Zentralvorstandes zugestellt wird: Bächtold sagt ab. „Ich bin . . . in zahlreichen Kommissionsämtern; ich habe . . . die rege Mitarbeit an einer Zeitschrift zugesagt . . . 24 Stunden vor Ankunft Ihres Briefes habe ich, infolge einer Ueberanstrengung im Bett liegend, versprechen müssen, nun aber wirklich keine neuen Pflichten auf mich zu nehmen. Dazu kommt, daß ich vielleicht doch für viele unserer Mitglieder zu stark für verschiedene sozialreformerische Opfer eintreten würde. Die Hauptsache aber ist: ich taue für alle praktische und organisatorische Arbeit nicht. Mir geht die Speditivität, die eine notwendige Redaktoreneigenschaft ist, total ab . . . Höchstens könnte in Erwägung gezogen werden, ob ich mit einem Zweiten, der mich in meinen hauptsächlichen Mängeln ergänzen würde, das Blatt redigieren könnte . . .“

Muggli antwortet sofort. Er ist überzeugt, daß die Partei nicht im Gegensatz zu ihrem Redaktor stehen wird, wenn dieser für sozialreformerische Opfer eintritt. „Wohl werden wir mit gewissen Kreisen in den fortschrittlichen Fragen etwas Geduld haben müssen, bis die konservative Meinung vieler christlicher Kreise durch Aufklärung eine andere geworden ist.“ Eben deshalb müssen „gewisse grundlegende Fragen“ immer wieder in der Zeitung behandelt werden. — „Da Sie gerade in dieser Bezie-

⁵⁵ Paul Roth in: «Hermann Bächtold» (Trauer-Reden), S. 24.

⁵⁶ Man hatte an die Uebernahme des «Erbes» der «Freitagszeitung» gedacht. Siehe oben S. 9.

hung eine klare Stellung vor Gott einnehmen, und da Sie selbst bereit sind, Opfer zu bringen um des Volkes willen, werden Sie in den verschiedenen Fragen objektiv sein.“

Der „Zweite“ für die mehr technisch-administrative Arbeit wird in Basel gefunden, und Bächtold übernimmt am 1. Mai die Redaktion! „Ich sehe darin Gottes Willen, und so muß der eigene Widerstand schließlich zurücktreten, und die schweren Bedenken schweigen. Ich hoffe, mitgetragen zu sein von Ihrer aller Fürbitte, von Ihrer Mithülfe und Nachsicht.“

Bächtold „will“ eigentlich nicht. Er „sollte“ wohl auch nicht, aus gesundheitlichen Gründen. Und doch ist er innerlich so reif für diese Aufgabe, fühlt sich so sehr aufgerufen zu diesem Dienst, daß er nicht anders kann. Gott hat ihm ein Amt gegeben, er wird ihm auch Kraft schenken. Daran glaubt er fest.

Anfangs Juli erscheint die erste Nummer der „E v a n g e - l i s c h e n V o l k s z e i t u n g (EVZ)“. „Der Redaktor empfindet neben alter Freudigkeit zur Arbeit doch auch . . . die Fährnisse seiner Aufgabe.“ Mit diesen Worten aus seinem ersten Leitartikel gibt Bächtold den zwiespältigen Gefühlen Ausdruck, die ihn schon bewegten, als er sich zur Uebernahme der Redaktion entschloß. Dieser Zwiespalt, diese „Ahnungen“ täuschen ihn nicht. Er sieht die vielen Schwierigkeiten voraus, die ihn während der kommenden Jahre in Atem halten werden. Sein klarer Blick, geschärft an der Geschichte von Völkern und Staaten, an deren äußern und innern Politik, wird sich bewähren. „Einen führenden Demokraten mit prophetischen Gaben“ nennt ihn sein langjähriger engster Kampfgenosse Johann Hasler, der Basler Partei-Präsident der Jahre 1921—1929.

Wir finden in gewissem Sinne den ganzen Bächtold schon in seinem ersten Artikel. Er umreißt mit wenigen Strichen die Zeitlage und den Eintritt „evangelischer Kräfte“ in die Politik. Diese Christen haben — wie Bächtold selbst — bisher mehr „gelegentliche, zufällige . . . und deshalb wenig wirksame Arbeit“ geleistet für die staatliche Rechtsgemeinschaft. „Wir suchen eine neue, zwar dienende, aber aktive Beziehung zu den Problemen der staatlichen Volksgemeinschaft zu gewinnen.“ — „In unseren

christlichen und besonders in kirchlichen Kreisen ist Schwan-
ken und Unentschlossenheit vorherrschend.“

„Die Evangelische Volkspartei und ihr Organ möchten in
die praktische politische Tätigkeit der christlichen Kreise Grund-
sätzlichkeit, Geschlossenheit und Zusammenhang bringen.“

„Es ist gleich die Gesamtheit der politischen, wirtschaftli-
chen und sozialen Probleme, die wir übersehen und kritisch be-
urteilen sollten.“ Denn „an alles tritt heute die Frage der Exi-
stenzberechtigung heran.“ —

„Vor allem die Lösung unserer sozialen Fragen schreit nach
dem Geist christlicher Nächstenliebe und Opfergesinnung. -- Wir
wollen der Gesamtgerechtigkeit zum Einzug in unser Volk und
unsere öffentlichen Verhältnisse verhelfen.“

Allerdings steht „groß und ernst die erste Schwierigkeit
vor uns: Für uns Christen liegt das Endziel und der letzte Orien-
tierungspunkt menschlichen Daseins weit jenseits jeglichen klar
beschreibbaren und fest formulierbaren Programms. Auch das
glänzendste Idealbild des kühnsten Edelrevolutionärs verblaßt,
wenn in den Herzen die Sehnsucht nach Gottes Reich aufblüht.
Und wenn die Worte der Bergpredigt in uns zu leben anfangen
und aus ihnen sich unser Begriff von ‚Gerechtigkeit‘ bildet, wie
klein und kalt erscheinen uns dann zunächst die praktisch mög-
lichen sozialen und politischen Wünsche!“

Der Evangelischen Volkspartei wird es schwerer fallen als
vielen andern Parteien, ihr Ziel klar vor Augen zu haben und sich
gar auf eine „feste Marschroute“ zu einigen. Wird „wirklich un-
sere Stellungnahme in den praktischen Fragen auf der Linie lie-
gen, die Gottes Worte und Gottes Wille weisen?“ —

„Wir müssen auf eine Einigkeit robust erzwingende Macht
verzichten: auf die Interessenpolitik.“

„Abklärung und Austausch unserer Ansichten“, ja auch
Auseinandersetzungen werden nicht fehlen dürfen. Aber „alle
Auseinandersetzung soll stets stehen unter dem Geist der Liebe.“

Ohne Illusionen, in größter Bescheidenheit und tiefstem
Ernst hat Hermann Bächtold sein Amt angetreten. Er empfin-
det „schmerzlich die Schranken und Hemmungen in uns und
außer uns.“ Er leidet unter der seelischen und sozialen Not sei-

ner Mitmenschen, er leidet nicht weniger unter dem Zwiespalt zwischen der „Reichsgottes-Sehnsucht“ und dem praktisch Möglichen, dem Erreichbaren.

Und schon diese seine reiche Fähigkeit, klar zu sehen und schmerzlich mitzuempfinden, mitzuleiden — sie schon bringt Zwiespalt und Mißverständnis in die Partei. Denn wenige sehen und leiden wie er, wenige können ihn ganz verstehen. Viele können ihn und seine Forderungen gar nicht ernst nehmen. Er ist ja in mancher Hinsicht so weit voraus, seinen Gesinnungsfreunden, seiner Zeit. „Er war oft unzeitgemäß und lief etwa querfeldein“, wird sein Freund Paul Roth an seinem Grabe sagen.

Doch der Redaktor sieht allen Schwierigkeiten, aller Problematik tapfer ins Auge und geht unbeirrbar seines Weges. „Auf schmalem Pfad“ schreitet er weiter, in Gehorsam und Glauben und „in aller Freudigkeit“. Ist nicht Luther für ihn „die gewaltigste historische Persönlichkeit“ der abendländischen Menschheit? „Jenes Werkzeug Gottes, das vor 400 Jahren — verdammt von der höchsten geistlichen und der höchsten weltlichen Gewalt — einer falschen Weltordnung Trotz bot.“⁵⁷ Und auch Hermann Bächtold kämpft und steht — auch er kann nicht anders!

Der Leitartikel der zweiten Nummer trägt den Titel: „Vom Verbrauch“. Der Redaktor entwickelt darin eine seiner Lieblingsideen. Er schlägt vor, eine allgemeine Verbrauchssteuer einzuführen. Die sozialen Aufgaben des Staates sind so gewaltig, daß ein solcher schwerwiegender Eingriff in die Wirtschaft einfach nötig wird. Nur so können die notwendigen riesigen Mittel beschafft werden. Es soll aber gleichzeitig auch der Verbrauch gelenkt werden, im Sinne eines Abbaus „des überflüssigen, oft seelisch und körperlich schädlichen Konsums, damit die freiwerdenden Produktionsmittel umgeschaltet und umgeleitet werden können in Gebiete der nationalen Wirtschaft und des Volkslebens, die dringend nach Hilfe rufen.“ Dabei denkt Bächtold an Krankenfürsorge und Krankheitsbekämpfung, an soziale Wohnungspolitik, vor allem an die Sozialversicherung, und er entwirft ein packendes Bild der herrschenden Not und Ungerechtigkeit. Eine „neue Sozialpolitik“ muß „mit Freude und Liebe ge-

⁵⁷ EVZ vom Mai 1921.

schehen. Daran wollen wir festhalten, so traurig zur Stunde die Aussichten sind. Denn nur Ströme brüderlichen Gemeinschaftsgeistes können, indem sie die wirtschaftlichen Folgerungen ziehen, in den Massen des ‚unteren‘ Volkes auslöschen den Harm und Kummer, die dumpfe Freudlosigkeit, die knirschende Wut und den schäumenden Haß.“

So umreißt Bächtold im Rahmen dieses Artikels schon recht deutlich sein „Programm“. Gleich werden auch scharf ablehnende Kritiken laut: „Linkskurs! Sozialismus! Revolutionär!“ rufen viele Parteigenossen.

Die nächsten Nummern der EVZ verfolgen konsequent den eingeschlagenen Kurs. Der Redaktor schreibt ausführlich über die Verbrauchssteuer und zieht dabei die Finanzfragen in Bund und Kanton vor das Forum seiner Leser. Er setzt sich für den Achtstundentag ein und ruft auf zu einem wirklichen Opfer für die Sozialversicherung: „Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung ist für uns zur Zeit die große Hauptfrage. — Feierliche Versprechen (aus den Generalstreiktagen!) sind einzulösen.“

In der Zwischenzeit arbeitet er unermüdlich am Ausbau der „Allgemeinen Richtlinien“ aus den Anfangszeiten der Partei⁵⁸. Er will sie zu einem provisorischen sozialpolitischen Programm der Partei erweitern, um so eine breitere Basis zu gewinnen — vorerst für die Diskussion in der Partei und ihrem Blatt, schließlich für die politische Arbeit von Mitgliedern und Vorständen, von Vertretern der Partei in Behörden und Parlamenten.

In der Januar-Nummer 1921 veröffentlicht Hermann Bächtold „das Resultat eines gewissenhaften Studiums der tatsächlichen staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.“

„Unsere Partei, zwar noch mitten im Stadium der Entstehung, Ausbreitung und Organisation begriffen, steht vor der Aufgabe, die allgemeine, im Evangelium Jesu verankerte Grundstimmung, aus der sie erwachsen ist, nun im einzelnen für die

⁵⁸ Siehe oben S. 14.

vorherrschenden Aufgaben unserer Zeit in Bund, Kanton und Gemeinde zur Auswirkung zu bringen.“

Für die Partei sind diese „Richtlinien“ eine Diskussionsgrundlage, für Hermann Bächtold ein gültiges Bekenntnis, wenn auch nicht „end-gültige Formulierung“, wie er sagt.

Wir drucken dieses sein Bekenntnis im folgenden wörtlich ab, denn die „Richtlinien“ stehen im Zentrum von Bächtolds ganzer politischen Arbeit.

Bächtolds „Sozialpolitische Richtlinien“:

„Die folgenden 26 **Leitsätze** stellen die Grundlage des für die außerordentliche Delegiertenversammlung der Evang. Volkspartei der Schweiz in Bern bestimmten Referates dar. Natürlich handelt es sich vorerst um den Ausdruck unserer persönlichen Stellungnahme und also noch nicht um das sozialpolitische Programm der Partei. Und auch unsererseits stellen die Sätze noch nicht durchweg die endgültige Formulierung dar. Wir bringen sie jetzt schon hier zum Abdruck, damit die Delegierten (eventuell zusammen mit ihren Ortsgruppen) sich frühzeitig ihre eigene Meinung bilden können.

Die Grundlage

1. Die Evangelische Volkspartei sieht im Geist entschlossener **B r u d e r l i e b e**, die sich gründet auf den Gehorsam gegen den Willen Gottes, den obersten Grundsatz ihrer Politik und die für die Erneuerung und den geistigen Aufbau der Volksgemeinschaft grundlegende Kraft.
2. Vor dem Geist der Bruderliebe sollen weichen die Gefühle von **S t a n d e s b e w u ß t s e i n** und -dünkel, von Ueberhebung und Mißachtung, die den sozial benachteiligten Schichten des Volkes vielfach entgegengebracht werden. Darin liegt auch eine Grundvoraussetzung für den Abbau der Haß- und Mißtrauensgefühle, auf die umgekehrt die sozial bevorzugten Kreise stoßen.
3. Die Hinwendung zu einem neuen Geiste brüderlicher Gesinnung innerhalb der Volksgemeinschaft muß sich aber auswirken in denjenigen durchgreifenden **W a n d l u n g e n** und **R e f o r m e n** der **W i r t s c h a f t s o r d n u n g**, die den bisher ökonomisch Zurückgestellten das Gefühl der Ausnutzung wirklich zu nehmen vermögen. Christliche Auf-

fassung ist, daß wir auch im Beruf, auch im wirtschaftlichen Beruf der Verwaltung der eigenen Unternehmung — solange die Privatwirtschaftsordnung besteht — ohne Abstriche dem Ganzen dienen.

Voraussetzung einer entschlossenen, unerschrockenen und u n a b h ä n g i g e n sozialen Politik im Sinne der evangelischen Lebensgrundsätze ist aber die lebendige Einsicht in die Tatsache, daß mit unserer überlieferten Wirtschaftsordnung schreiende Ungerechtigkeiten verbunden sind und daß wir es mit Zuständen zu tun haben, die ein evangelischer Christ, der sich zu politischem Handeln entschlossen hat, niemals beschönigen darf.

Das Arbeitsverhältnis

4. Das Arbeitsverhältnis, d. h. die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soll in dem Maße den höhern Gesichtspunkten sozialer Arbeiterschutzesgesetzgebung unterstellt sein, als es die Sorge für das gesundheitliche, wirtschaftliche und geistige Wohl der Arbeitnehmer verlangt.
5. Das gilt zunächst für die Festsetzung der Arbeitszeit. Eingedenk der verheerenden Wirkungen, die eine jahrzehntelange Ausbeutung der Arbeitskraft jugendlicher, weiblicher und männlicher Arbeiter vielfach zur Folge gehabt hat, und im Bewußtsein, daß wertvolle Lebensaufgaben außerhalb der beruflichen Arbeitszeit an den Menschen herantreten, daß endlich die heutige Arbeit im Rahmen des industriellen und kommerziellen Großbetriebs meistens keinen befriedigenden Mittelpunkt des Lebens mehr bilden kann, ist die Forderung nach dem achtstündigen Arbeitstag zu unterstützen, wenn auch für einzelne Wirtschaftszweige Abweichungen gerechtfertigt sein mögen.

Die w ö c h e n t l i c h e Ruhe- und Feiertagsgesetzgebung ist auszubauen, gleichzeitig aber mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Ruhezeit nicht die Beute der modernen Spekulation auf die minderwertige Vergnügens- und Genuß-Sucht werde und daß vielmehr dem Sonntag sein geistiger Gehalt und seine religiöse Weihe in höherem Maße zuteil werde. Ausreichende jährliche Ferien sind unter den heutigen Verhältnissen als eine allen Arbeitenden zukommende Wohltat anzuerkennen.

Im besondern ist zu erstreben, daß die verheiratete Frau der unbemittelten Klasse, die vielfach darauf angewiesen ist,

außerhalb des Hauses dem Verdienst nachzugehen, ihrer eigentlichen Aufgabe, ihrer Familie und ihren Kindern zurückgegeben werde.

Der Arbeitsgeist ist zu stärken, aber in allen Kreisen des Volkes.

Den unfreiwillig Arbeitslosen gegenüber ist die Allgemeinheit vor allem durch Arbeitsbeschaffung, durch Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung zur Hilfe verpflichtet. Als wichtige Aufgabe drängt sich auch auf die Arbeitsbeschaffung für unvollkommen Arbeitsfähige.

6. Der Arbeitslohn. Es ist auf dem Wege der Lohngestaltung eine gerechtere Verteilung des Gesamtvolkseinkommens zu erstreben. Der Grundsatz, daß den unselbständig Erwerbenden ihr Anteil nach dem Existenzminimum bemessen werde, entspricht nicht den Forderungen der christlichen Solidarität. Die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und ihrer erhöhten Mitwirkung am Betrieb der Unternehmung ist opferbereitem Studium zu unterwerfen.

Die Frage weitergehender Sozialisierung von Handel und Industrie und ihrer besten Formen bis hinauf zum Ideal solidarischer Gemeinwirtschaft ist ernsthaft zu prüfen, sobald dadurch die Aussicht eröffnet wird, die Mißstände und Schäden der bisherigen Wirtschafts- und Sozialordnung zu überwinden.

Soziale Fürsorge, Sozialversicherung und Verbrauchspolitik

7. Krankenfürsorge, Kranken- und Unfallversicherung. Angesichts der Tatsache, daß noch weite Kreise unseres Volkes der Mittel bestmöglicher Krankheitsverhütung und sorgsamster Krankheitspflege unteilhaftig sind, ist darauf zu dringen, daß der Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen energisch an die Hand genommen wird. Die Tuberkulosegesetzgebung ist zu beschleunigen, die Zahl der Volkssanatorien zu erhöhen. Die Riesenheilstätte, die in unsern Bergen uns geschenkt ist, soll allen unseren Volkskreisen gleichmäßig zugute kommen. Die Krankenversicherung soll, insofern sie des Ausbaues bedürftig ist, ergänzt werden.
8. Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Es ist vor allem die verfassungsmäßige Grundlage für diese Zweige der Sozialversicherung mit aller Beschleunigung zu schaffen und von einer weiteren

Hinausschiebung abzusehen. Der Versicherungsartikel soll dem Volke getrennt von den Artikeln über die finanzielle Deckung zur Abstimmung unterbreitet werden.

9. **Wohnungspolitik.** Das Ziel einer sozialen Wohnungspolitik ist die Ermöglichung einer gesunden, freundlichen, geräumigen Wohnung für alle Volksgenossen. Die bestehenden Zustände sind, ganz abgesehen von der augenblicklichen Wohnungsnot, noch in weitem Umfange unzureichend und mit tiefgreifenden hygienischen und sittlichen Schäden verbunden. Zunächst scheint einmal durchgreifende Unterstützung des gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsbaues am Platz, unter Vermeidung der Wiederaufnahme des Kasernenbaustils.
10. **Kleidungsweisen.** Ohne eine Wiederbelebung der alten staatlichen Luxusordnung versuchen zu wollen, ist doch die geistige Bekämpfung des übertriebenen und zum Teil raffinierten Modeluxus und der Ruf nach größerer Schlichtheit und Einfachheit nicht zu scheuen.
11. **Ernährungsweisen.** Auch hier tut eine Abkehr von dem modernen Nahrungs- und Genußluxus not, im Interesse der Gesundheit und angesichts der weitgehenden Unterernährung der ärmeren Volkskreise. Staatliche Lebensmittelpolizei und Lebensmittelversorgung haben in dieser Richtung zu wirken. Dabei ist aber den berechtigten Interessen der Konsumenten gegenüber auch auf die Erhaltung, ja Mehrung eines gedeihlichen Bauernstandes Rücksicht zu nehmen, doch so, daß die landwirtschaftliche Schutzpolitik der gesamten Bauernschaft und nicht vorwiegend den Großbauern zugute kommt. Auf dem Lande hinwiederum sollte vielfach ein weitergehendes Verständnis und eine unbefangene Beurteilung der sozialen Nöte in den Städten Einkehr halten.
12. **Alkohol und Wirtshaus.** Der Kampf für die Einschränkung des Alkoholverbrauchs ist mit allen Kräften zu unterstützen und die Einführung der Bier- und der Weinsteuern zu begrüßen. Die Monopolstellung des Wirtshauses als Stätte der öffentlichen Geselligkeit, des Vereins- und Versammlungswesens muß bekämpft werden. Die Bewegung zur Schaffung idealer Stätten des öffentlichen Beisammenseins, z. B. von Gemeindestuben, ist lebhaft zu unterstützen.
13. **Kinoreform.** Das Kino, in seiner heutigen Form zu meist ein verderblicher Volksschaden, ruft dringender Reform im Sinne einer edleren Volksbildungsstätte. Nicht mehr

lange anstehen darf der Kampf gegen die Kinoplakate und Kinoauslagen, gegen die Fensterphotographien der Tingeltangelkneipen, der Cabarets und Variétés, gegen die Schundliteratur der Kiosks, der Winkelbuchhandlungen usw. — Er ist als eine überaus wichtige Teilaufgabe der Säuberung der sittlichen Atmosphäre der modernen Stadt zu betrachten.

14. Im Zusammenhang damit soll den um sich greifenden Auswüchsen der modernen R e k l a m e gewehrt werden.

Erziehung, Familie, Schule

15. Es ist der S t r a ß e der modernen Stadt, in ihrer Bedeutung für die Beeinflussung der Jugend, mit ihren oben erwähnten zahlreichen und vielfach unheilvollen „stummen Erziehern“, erhöhtes Interesse zu widmen. (Natürlich fallen auch die Thesen 12—14 schon mit unter den Begriff der Erziehung, da es sich dort um wesentliche geistige und sittliche Interessen handelt.)

16. H a u s - u n d F a m i l i e n l e b e n sollen in ihrer Bedeutung gehoben werden. Alle äußeren Vorbedingungen dazu, wie Wohnungsreform, Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne obiger These, die Pflanzlandbewegung usw. müssen gefördert werden. Die Bedeutung des Hauses als natürlicher Erziehungsstätte vermag ferner eine Steigerung zu erfahren durch eine engere Verbindung von Schule und Haus.

Von Wichtigkeit ist auch die Aufgabe, jüngeren Arbeitern usw., die den Segen eines elterlichen Hauses am Ort ihrer Anstellung entbehren müssen, einen Ersatz zu bieten durch Einrichtung von Lehrlingsheimen usw.

17. D i e S c h u l e. a) d i e s t a a t l i c h e V o l k s s c h u l e entspricht, selbst wenn sie in ihrem Lehrplan noch den christlichen Religionsunterricht führt, heute an vielen Orten dem I d e a l d e r c h r i s t l i c h e n S c h u l e nicht mehr. Abgesehen davon, daß Religionsunterricht und übriger Unterricht sich in größeren Verhältnissen selten mehr zu einer einheitlichen Erziehung im Sinne des christlichen Lebensideals zusammenschließen, ist die Bestimmung der Eltern darüber, w e r ihr Kind erziehen soll und in welchem Geiste dies geschehen soll, zumeist ausgeschlossen. Die Lösung des Religionsunterrichts von der Staatsschule und seine Erteilung durch Kirche oder Gemeinschaften führt aus den erwähnten Schwierigkeiten nicht hinaus.

b) Die geschlossene christliche Erziehung und die natürliche Wiederannäherung der Schule an das Elternhaus wird aber

gesichert durch die Einführung des Selbstverwaltungsgrundsatzes auf dem Gebiet der Schulerziehung. Der Staat überläßt das Erziehungswerk — sofern das Verlangen vorhanden ist — freien Schulen, die von staatlich anerkannten Elterngenossenschaften verwaltet werden. Der Staat übt über diese freien evangelischen Schulen ein Oberaufsichtsrecht aus und subventioniert sie im Interesse der Verhinderung der Standesschulen.

c) Daneben wird die Erhaltung christlichen Geistes und christlichen Religionsunterrichts in der Staatsschule, soweit das möglich ist, auch ferner eine Hauptsorge der christlichen Bürgerschaft bleiben.

18. Höheres Schulwesen. Damit den begabten Kindern der unbemittelten Bevölkerungskreise der freie Aufstieg ins höhere Studium ermöglicht wird, ist eine umfassende Revision des Stipendienwesens in den Kantonen, namentlich den Universitätskantonen, an die Hand zu nehmen.
19. Es soll dem Ausbau eines womöglich unentgeltlichen, allgemein zugänglichen hauswirtschaftlichen Unterrichts für die erwachsene weibliche Jugend lebhafteste Unterstützung gewährt werden.

Steuerpolitik

20. Bei der Gestaltung des Steuersystems ist auf möglichste Berücksichtigung des sozialen Gesichtspunktes zu achten. Die dringenden sozialen Aufgaben des Staates rufen lebendigem Opfersinn auf dem Gebiete der Steuerpflichten.
21. Hauptmaßstab der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit soll das Einkommen sein und damit im Zentrum des Steuersystems die direkte Einkommenssteuer stehen mit ausgiebigem progressivem Steuersatz und einem den heutigen Verhältnissen entsprechenden steuerfreien Existenzminimum.
22. Die weitere steuerliche Belastung gestaltet sich einerseits nach der Quelle, aus der das Einkommen fließt, und anderseits nach dem Verwendungszweck, dem das Einkommen dient.
23. a) Was die Quelle des Einkommens betrifft, so wird (im Gegensatz zum reinen Arbeitseinkommen) das aus Vermögen fließende Einkommen, resp. das Vermögen selbst, mit einer Sonderbelastung belegt, mit der direkten Vermögenssteuer.

- b) Es ist neben der kantonalen auch die eidgenössische direkte Steuer (Vermögens- und Einkommenssteuer) anzustreben.
 - c) Innerhalb des Gesamtvermögens soll das reine Rentenskapital (Aktien, Obligationen) und dessen Ertrag einer weiteren Sondersteuer (mittels Stempel) unterworfen werden (eidgenössische Stempel- und Couponsteuer).
 - d) Eine grundsätzlich verschärfte Ausgestaltung ist bei der Erbschaftsteuer anzustreben.
24. a) Blicken wir nach der Seite der Verwendung des Einkommens, so ist die Einführung einer neuen allgemeinen direkten Verbrauchs- und Luxussteuer zu begrüßen, welcher das in den Verbrauch übergehende Einkommen unterworfen wird (mit einem steuerfreien Minimum von etwa 6000 Franken bei einer vierköpfigen Familie), während der ersparte und ins Vermögen übergehende Teil des Einkommens davon nicht betroffen wird.
- b) Was die auf einzelnen Luxusgegenständen des Verbrauchs ruhenden besondern indirekten Verbrauchssteuern betrifft, so ist mit Entschiedenheit einzutreten für die Bier- und Weinsteuern, für die Tabaksteuer, resp. das Tabakmonopol usw. Sonst aber sind indirekte Steuern auf allgemein notwendigen Verbrauchsartikeln nicht (zugunsten der direkten Steuern) zu stark in den Vordergrund zu schieben, auch nicht auf dem Gebiet des eidgenössischen Finanzwesens. Insbesondere ist die bestehende Tendenz abzulehnen, bei der bevorstehenden Bundesfinanzreform in besonders hohem Maße
25. die Zölle und damit vor allem auch die breiteren Massen der Konsumenten in Anspruch zu nehmen.
26. Dem Uebel der Steuerhinterziehung, wie es unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses und in andern Formen verbreitet ist, ist der Geist peinlich gewissenhafter Steuertreue entgegenzusetzen.“

Mit ganzer Kraft wird Bächtold für diese seine Thesen kämpfen, sie durchzusetzen versuchen. Dieser Einsatz wird nötig sein, denn die Aufnahme der „Richtlinien“ in den Kreisen der eigenen Partei ist zum Teil sehr unfreundlich.

Wir müssen sie uns recht vergegenwärtigen, alle diese „kleinen Leute“ der noch sehr jungen Partei. Es sind vor allem Arbei-

ter und Angestellte, Bauern, Selbständigerwerbende aus Gewerbe und Kleinhandel, dann eine kleine Anzahl von Industriellen und Intellektuellen. Schätzungsweise die Hälfte der Mitglieder auf gesamtschweizerischem Boden gehört freien religiösen Gemeinschaften an. Wir finden besonders häufig Methodisten, dann Baptisten, Wiedertäufer, Mitglieder der Evangelischen Gesellschaft und der Heilsarmee. Von der andern Hälfte stammt ein großer Teil aus landeskirchlichen Vereinigungen (Positive Gemeindevereine, protestantisch-kirchliche Hilfsvereine u. a.) oder aus dem Blauen Kreuz, den Evangelischen Arbeitervereinen, dem Evangelischen Schulverein. Die weltanschauliche und politische Haltung der meisten Partei-Mitglieder läßt sich im wesentlichen zurückführen auf den Einfluß von Gottesdiensten, Bibelabenden und Vereinssitzungen, auf die Lektüre von „erbaulichen“ Blättern und „gut bürgerlichen“ Tageszeitungen.

So sind die meisten sozialpolitisch konservativ eingestellt, mit einem heiligen Schrecken vor dem „Materialismus der Linken“ und ihren revolutionären wirtschaftspolitischen Anschauungen. Was auch nur entfernt nach Sozialismus riecht oder „rötlich schimmert“, erweckt ihr ausgesprochenes Mißtrauen. Sie sind gewohnt, die Rettung für „Kirche und Vaterland“ von bürgerlicher Seite zu erwarten. Soweit es sich aber um Bauern, Gewerbetreibende oder Industrielle handelt, ist ihre Abneigung gegen „sozial“ oft gleich unerschütterlich wie die gegen „sozialistisch“, verständlicherweise auch aus egoistischen Sorgen heraus.

Gewiß, sie sind vom besten Willen beseelt, sie wollen Gerechtigkeit und Nächstenliebe „leben“. Sicher stehen auch sie unbefriedigt, ja schuldbewußt aller Not gegenüber. Darum sind sie Mitglieder der Partei geworden, die mit betont christlichen Programmpunkten vor die Öffentlichkeit getreten ist. Sie haben sich auch gerne hinter die ersten vier „Allgemeinen Richtlinien“ gestellt. Das aber, meinen sie, sollte fürs erste genügen. „Man wird ja sehen“, wie weit sich jene vier Programmpunkte in die Wirklichkeit umsetzen lassen. „In der Welt“ werden rechte Christen sich doch nie heimisch fühlen (dürfen!).

Sie sind „Gläubige“. Aber eben: an „Menschenwerk“ zu glauben, haben sie schwer, auch wenn Werk und „Aktion“ in ihren

eigenen, in den Reihen der Evangelischen Volkspartei geplant und angepackt werden. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“: das ist, oft unbewußt, auch bei manchen aktiven Parteigenossen der lähmende Glaubenssatz. —

Vor diese sehr heterogenen Kreise der Partei tritt nun „der Professor“ mit seinen kühnen Worten. Da heißt es: „Durchgreifende Wandlungen und Reformen der Wirtschaftsordnung“, „schreiende Ungerechtigkeiten“ und gar: „Solange die Privatwirtschaftsordnung besteht . . .“!

Aeußerst aufschlußreich ist es, anhand der Protokolle des Zentralvorstandes den Leidensweg der „Thesen Bächtold“ zu verfolgen.

Einen Monat nach Veröffentlichung der Thesen tritt in Bern eine außerordentliche schweizerische Delegiertenversammlung der Partei zusammen. Hauptgegenstand der Verhandlungen sind eben diese Thesen. Die Meinungen gehen stark auseinander, besonders beim Kapitel „Das Arbeitsverhältnis“. Zwar wird dann auch dieser Teil mit geringfügigen Aenderungen mehrheitlich angenommen, doch bleibt die Minderheit unbefriedigt und hartnäckig.

Im „Parteivolk“ dürfte sich kaum eine Mehrheit für Bächtold finden. Die Spitzen der Partei allerdings stehen ihm sehr positiv gegenüber. Das ist weitgehend auf den unmittelbaren Einfluß seiner starken Persönlichkeit zurückzuführen. Außerhalb Basels und des Zentralvorstandes aber ist sein Einfluß sehr gering.

Diese beiden Aspekte seiner Stellung ergeben sich auch aus einem Brief Arnold Mugglis an Johann Hasler vom 19. Februar 1921: „Von Herrn Prof. Bächtold haben wir einen sehr guten Eindruck. Auch die Außenstehenden haben sich sehr anerkennend ausgesprochen. Sein Programm und seine Ausführungen dazu haben viel zur Abklärung beigetragen. Wir werden allerdings noch viel diskutieren müssen, bis unsere Parteigenossen ihn verstehen . . .“

An der nächsten, der ordentlichen Delegiertenversammlung sollen die Thesen zu Ende beraten und womöglich auf einen endgültigen Wortlaut gebracht werden.

Die Mainnummer bringt einen aufrüttelnden Leitartikel Bächtolds unter dem Titel „Heraus aus der Lauheit!“ Er ruft dazu auf, „die bestehenden Zustände an Gottes Wort gewissenhaft zu prüfen und zu messen. Man muß es in unserer Partei verlernen, einander in den Arm zu fallen, wenn mit realistischem Wahrheits- und Wirklichkeitssinn der Finger gelegt wird auf die widergöttlichen Ordnungen, in die die Menschen einander einspannen. Man muß über ängstliches Erschrecken hinwegkommen. Hüten wir uns davor, daß nicht einst das Urteil über die Evangelische Volkspartei dahin lautet: ‚In ihr haben sich Kräfte und Ideale evangelischer Gerechtigkeit müde und wund gerieben. Wund und müde gerieben an Beschränktheit und Lauheit, an Kleinlichkeit und Geistesenge.‘ — Man muß den Dingen in die Augen sehen können und zur Einsicht kommen, daß die Welt schon im Argen liegt, auch wenn nicht gerade noch äußere Gewalt und Terror dazu kommen. Daß die Welt im Argen liegt, hören wir so allgemein von der Kanzel jeden Sonntag. Eine christliche Partei hat die Aufgabe, im einzelnen zu sehen und zu sagen, wo das der Fall ist.“

„Und hernach ist aber gefordert, daß wir auch bereit seien, zu durchgreifender, positiver Arbeit anzusetzen“, ohne Kleinmut, ohne „Zweifel, ob es auch durchführbar sei. Darauf kommt es zunächst für uns gar nicht an, in welcher Frist Gott den Samen, den wir ausstreuen, aufgehen lassen wird.“

Am 21. Mai 1921 tritt die Delegiertenversammlung in Brugg zusammen. Die Vertreter des Kantons Aargau stellen den Antrag, es sei auf die Thesen gar nicht einzutreten. „Die prinzipiellen Richtlinien (der Gründungszeit) genügen. Weiterer Details bedarf es nicht. Bei der Diskussion der Thesen in Bern (im Januar) sind wir gestrauchelt, weil wir unbrüderlich geworden sind. Fahren wir heute mit der Diskussion in gleicher Weise fort, so wird die Schweizerische EVP unmöglich werden.“ In der Diskussion erklärt ein Aargauer Delegierter: „Wir fechten nicht die Thesen als solche an, sondern wir beantragen nur Verzicht auf die Diskussion im gegenwärtigen Zeitpunkte. Es ist zu viel Material miteinander zu verarbeiten. Die Zeit dazu ist zu kurz. Nach außen hin riskieren wir, daß man die gutgeheißenen Thesen als

unser fertiges Programm ansieht, und das ist in unserm Kantone, wo wir erst in den Anfängen stecken, verhängnisvoll.“ — Schließlich fällt auch das Wort vom „roten Schimmer“ der Thesen. Es zeigt sich, daß die Aargauer Sektionen eben doch die Thesen selbst und damit auch „das Eingehen auf politische Aktionen“ ablehnen.

„Sie sehen in der Erziehung der Einzelnen die Aufgabe der Partei. Das ist der alte Irrtum. Mit dieser Einzelarbeit haben wir nun 30 Jahre vergebliche Versuche gemacht⁵⁹, die christlichen Männer zur fruchtbaren Tätigkeit im öffentlichen Leben zu erziehen.“ So äußert sich einer der Parteigründer.

Aus dem Kanton Zürich wird die Befürchtung laut: „Dann werden unsere Bauern wieder zurücktreten, die wir erst gewonnen haben.“ Schließlich werden die Thesen noch als „zu ausführlich und zu kompliziert“ bezeichnet.

Immerhin ist eine klare Mehrheit überzeugt von der Notwendigkeit, sich eine feste Grundlage für alle politische Arbeit zu schaffen.

Endlich erhält Bächtold das Wort, der „aus seinem Innersten heraus klar und deutlich die Ursachen, welche ihm die Thesen diktierten, zeichnete. Es ist das Resultat seines ernststen Nachdenkens über die Pflichten der Christen in der gegenwärtigen Zeit.“

Der protokollierten Zusammenfassung seiner „eindrucksvollen Rede“ entnehmen wir: „Es gibt keine Möglichkeit, allen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen, als das Opfer der Besitzenden, der ganz reichen Bürger. Das Volkseinkommen muß anders verteilt werden. — Die Lohnfrage . . . ist eine öffentliche Frage geworden. — Die Christen können nicht ruhig zusehen, wie die Zustände der Ungerechtigkeit und Not andauern, wo solche doch behoben werden könnten. Man beruft sich auf das Wort des Herrn: ‚Sorget nicht . . .!‘ Gewiß, aber damit hängt zusammen die Pflicht: ‚Sorget für die andern!‘“ — Bächtold appelliert an die „vielen Bauern und kleinen Gewerbetreibenden“ in der Partei. Sie sollten nicht Rücksicht verlangen, sondern üben: gegenüber der Arbeiterschaft. „Einer trage des andern Last.“ Er anerkennt keine Opportunitätspolitik, „nur eine Realität: den Wil-

⁵⁹ Gemeint sind offenbar die Evangelischen Arbeitervereine; siehe oben S. 7 f. — Auch Bächtold war Mitglied des Basler Arbeitervereins.

len Gottes tun ohne Ansehen der Person.“ Den Untergang der Partei befürchtet er nicht als Folge einer konsequenten Stellungnahme, sondern für den Fall, „daß wir nicht tun, was Jesus uns geheißen hat.“

Mit 26 : 4 Stimmen beschließen endlich die Delegierten, es seien die „Thesen Bächtold“ unter Berücksichtigung der Diskussionsvoten zu bereinigen, zu vereinfachen und dann den Ortsgruppen nochmals vorzulegen.

Offenbar ist auch der Zentralvorstand eher auf Abwarten eingestellt, denn erst im September 1921 überträgt er Bächtold die Ausarbeitung der zweiten Fassung. Während des ganzen folgenden Jahres findet sich in den Protokollen von sechs Zentralvorstandssitzungen und zwei Delegiertenversammlungen nicht ein Wort über die Thesen . . .

Bächtolds Ahnung hat ihn nicht betrogen: Sein Eintreten für „entschiedene sozialreformerische Opfer“ wird vom Großteil der Leser und der Parteigenossen mißdeutet. Seine Stellungnahme zwischen „links“ und „rechts“ führt dazu, daß er innerhalb seiner Partei zum Wortführer eines linken Flügels werden muß. Denn zu stark sind die opportunistischen und gefühlsmäßig „bürgerlichen“ Tendenzen, als daß sich die Bildung eines rechten Flügels aufhalten ließe.

So lesen wir im Zürcher Jahresbericht pro 1920, der im Juli 1921 in der „Evangelischen Volkszeitung“ erscheint:

„In unserem Bezirk (Meilen) stoßen sich sehr viele an den ganz sozialistisch angehauchten Arbeitszielen der Partei, ebenso an vielen ähnlichen Artikeln unserer EVZ. Ins gleiche Horn stoßen wie die Sozialisten ist eben doch nicht unsere Sache. — Der Riß, der durch unser Volk geht und es in ein bürgerliches und ein sozialistisches Heerlager teilt, . . . geht auch durch die Evangelische Volkspartei.“

Der Zürcher Kantonalpräsident nennt als Gründe für Entstehen und Bestehen dieses Risses: „Die leidige Tagespresse mit ihren Entstellungen, Hetzereien und Heucheleien“ — egoistische Standesinteressen — „mangelnde politische Schulung“.

Ein im Kanton Zürich besonders schwieriges Problem berühren mehrere Berichte von Bezirksgruppen, die „erwähnen, wie wünschbar es sei, daß unsere Partei sich ihre Selbständigkeit wahre und den Schein meide, als ob sie nur am Gängelband der herrschenden bürgerlichen Parteien marschiere.“

Die Opposition gegen Bächtolds Kurs wächst immer mehr im Laufe des Jahres 1921. Schon in den ersten Monaten des Jahres prallen in Basel die Gegensätze heftig aufeinander. Es geht um die Stellungnahme der Partei zum neuen Steuergesetz, das von der sozialdemokratischen Großratsmehrheit⁶⁰ dem Volke zur Annahme empfohlen wird. Nachdem eine Zufallsmehrheit der Parteiversammlung Ablehnung beschlossen hat, erzwingt Bächtold mit seinen Gesinnungsgenossen eine zweite Versammlung, die dann eine wiederum knappe Mehrheit von 36 zu 32, diesmal für das Gesetz ergibt. „Das mußten wir mit dem Austritt mancher liberalen Herren büßen“, lesen wir in den Notizen des Parteipräsidenten Johann Hasler. Beinahe geben auch die beiden „evangelischen“ Großräte ihren Rücktritt, denn sie haben gegen das Gesetz gestimmt! Eine erste Krise erschüttert die Partei infolge dieses „Vorwärts-Kurses Bächtold-Hasler“⁶¹, besonders nachdem das Gesetz in der Volksabstimmung mit rund 14 500 gegen 10 500 Stimmen abgelehnt worden ist.

Im April findet im Zentralvorstand unter dem Titel „Parteiblatt“ eine gründliche Aussprache statt. Der Redaktor hat vorgängig in einem Brief an den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, „daß seine politische Stellungnahme und deshalb auch seine Artikel nicht allen genehm seien, was unter Umständen dem Gedeihen der Partei schaden könnte.“

Mancherlei Bedenken und Wünsche werden in der Diskussion laut: Die Sprache des Blattes dürfte volkstümlicher, einfacher sein. Dann „sollte man zum Nachdenken über die schwierigen Probleme mehr Zeit lassen. — Die prinzipielle Stellungnahme zu

⁶⁰ Das Gesetz wurde vom Parlament mit 59:57 Stimmen angenommen. Die Stärke der Parteivertretungen im Basler Großen Rat (130 Mitglieder), 1920—1923: Sozialdemokraten 63, Grütlianer 4, EVP 2, Radikale 18, Katholische Volkspartei 11, Liberale 18, Bürger- und Gewerbeartei 13, schließlich 1 parteiloser Bürgerlicher. 1923 errangen dann die bürgerlichen Parteien wieder eine äußerst knappe Mehrheit.

⁶¹ «Vorwärts» hieß das Organ der Basler Kommunisten.

den Tagesfragen und politischen Problemen stößt . . . etwa auf Widerspruch. Persönlich gehe ich eigentlich mit Professor Bächtold einig. Es bleibt aber die Frage offen: Können wir an die Realisierung all der Postulate herantreten? Haben wir das Geld zur Durchführung kostspieliger Aktionen oder bleiben unsere Richtlinien schön klingende Ideale?“ —

„Die Blaukreuzler, viele davon gewesene Sozialdemokraten, sind mit der Tendenz des Blattes einverstanden. — Anders jene christlichen Kreise, welche erst neulich anfangen, sich an der Politik zu beteiligen. Diesen dient weder die Haltung noch die Sprache des Blattes, weil sie fürchten, sie könnten am Christentum Schaden leiden. Diesen Leuten müssen wir Zeit lassen, aber die Belehrung wird nicht umsonst sein.“

Lapidar heißt es im Protokoll als Schlußergebnis der Diskussion: „Beschuß: Vertrauensvotum und Dank an Professor Bächtold“.

Erst jetzt ergreift dieser selbst das Wort. Er „glaubt, der Stil des Blattes sei bereits etwas besser geworden. Es sei aber schwierig für Intellektuelle, wenn sie für das Volk ein Blatt schreiben sollen. Die Redaktion ist mir eine schwere Last; ich will sie ohne weiteres tragen, wenn es notwendig ist. Ich stelle mir die Frage: Ist es notwendig, einen Redaktor vom linken Flügel zu haben, kann es nicht einer vom Zentrum sein?“

Die Last der Redaktion ist für Bächtold umso schwerer, als er beinahe keine Hilfe, auch nur sehr wenig druckfertige Artikel erhält. Trotzdem lehnt er kategorisch jedes Honorar ab, „da er als Professor seine Besoldung beziehe“.

Auf Ende April 1921 — Ende Geschäftsjahr — will Zentralpräsident Muggli zurücktreten. Bern will nicht mehr Vorort der Partei bleiben, schon weil die dortige Ortsgruppe nicht recht voran kommt. Basel soll Vorort werden, Bächtold Zentralpräsident! Er beurteilt wohl die Gesamt-Haltung der schweizerischen Partei richtig, wenn er ablehnt — ganz abgesehen von seiner ständigen Ueberlastung.

In Basel hat sich der Sturm unterdessen gelegt, wenigstens an der Oberfläche. Immerhin schreibt Präsident Hasler über

diese Periode in seinem Jahresbericht: „Es begann nun so recht die Aera Bächtold-Hasler, die man Bolschewiki nannte!“

Noch im September ist der Zentralvorstand sehr froh und dankbar, als Bächtold sich bereit erklärt, die Redaktion für das Jahr 1922 auch bei 14-tägigem Erscheinen des Blattes weiter zu besorgen.⁶² Man ist glücklich, daß die „geistige Führung“ nicht verloren geht. Auch in der „Evangelischen Volkszeitung“ melden sich nur wenige Gegner des redaktionellen Kurses zum Wort. Die Einsendungen im Sinne einer „fortschrittlichen“ Politik sind auf alle Fälle zahlreicher als die ablehnenden Stimmen.

Hermann Bächtold baut unterdessen energisch weiter. Bei der Lektüre des Jahrganges 1922 weitet sich uns der Blick immer mehr auf das imposante Gebäude seiner Erkenntnisse, Einsichten, Ideen und Vorschläge. Er arbeitet folgerichtig an der grundsätzlichen Abklärung aller Fragen, die durch seine Thesen zur Diskussion gestellt worden sind. Die Preisgabe seiner freien Sonntagsstunden gibt ihm die Möglichkeit, Monat für Monat zweimal seine Beiträge zu schreiben und das Blatt zeitig fertigzustellen.⁶³ In großen und kleinen Artikeln, in kurzen Notizen und einer regelmäßig erscheinenden „Umschau“ nimmt er Stellung zu allen wichtigen Fragen der eidgenössischen Innenpolitik und zu den Abstimmungsvorlagen in Bund und Kanton. Mit stets gleichbleibender Eindringlichkeit weist er auch hin auf sittliche Nöte, besonders im Leben der Stadtbevölkerung. —

Inzwischen hat er mit der Leitung der Freischulbewegung eine weitere große Verantwortung auf sich genommen.⁶⁴

Doch je leidenschaftlicher er kämpft, je pflichtbewußter er seine Arbeit besorgt, umso krasser wird das Mißverhältnis zwischen der Last, die er trägt, und der Wirkung, die er hervorbringt. Ja, es verstärkt sich unter den Parteigenossen der Eindruck, der „nicht zu bändigende“ Bächtold schade der Partei durch die allzu scharfe „Scheidung der Geister“, die er herbeiführt.

⁶² Der Umfang der EVZ betrug vier Seiten vom halben Format einer heutigen Zeitung.

⁶³ Häufige stilistische Unebenheiten, hie und da Fehler, weisen auf Bächtolds Ueberlastung hin.

⁶⁴ Siehe unten S. 88 ff.

In Basel, wo sich sein Kurs durchsetzt, ziehen sich aus der Partei „auch diejenigen zurück, von denen man es nicht erwartet hat. Es war doch auch viel Eifersucht und Mangel an Mut bei diesen Christen zu beobachten.“ — Sogar einst führende Männer geben ihren Rücktritt aus dem Vorstande der Basler Ortsgruppe. „Herr Dr. R. regte sich auch so schnell auf. Er ertrug mit andern die Voten des Herrn Professor Bächtold nicht leicht. — Aber auch Bächtold war ein sehr überarbeiteter Mann. So kam es ab und zu auch zu Spannungen zwischen den Herren S. (auch krank), R. und Bächtold. Alle drei patente Menschen, bloß zu wenig stark, um Ungleichheiten zu ertragen.“ So berichtet Präsident Hasler.

Schließlich wird die Lage unhaltbar. Die beiden Großräte nehmen in der Mehrzahl aller wichtigen parlamentarischen Geschäfte eine ganz andere Stellung ein als der Redaktor, sodaß Bächtold, um größeren Schaden zu verhüten, zu gewissen Fragen der Basler Politik sich in seinem Blatte nicht mehr äußern kann.

Opposition auf Basler und besonders auf gesamtschweizerischem Boden, geschwächte Gesundheit und ein enormes Arbeitspensum: Die Last wird Hermann Bächtold zu schwer, und er reicht im Juni 1922 seine Demission ein. Bis zum Jahresende bleibt er immerhin auf seinem Posten.

Sein Rücktritt wird lebhaft bedauert. Der Zentralvorstand gibt sich Rechenschaft darüber, daß die schweizerische Partei in Bächtold viel verliert. Doch erweckt das Protokoll der Zentralvorstandssitzung vom 9. September 1922 ganz den Eindruck, diese „eigenwillige Persönlichkeit“ mit ihrem hohen Gedankenflug und ihren kühnen historischen und politischen Konzeptionen habe als Redaktor der EVZ nicht auf dem richtigen Posten gestanden. Das Protokoll berichtet über die Voten einiger Vorstandsmitglieder:

„Er wünscht den neuen Redaktor weniger intolerant als den bisherigen . . . Dem rechten Flügel der Partei muß auch sein Recht werden.“ — „Das Blatt sollte so gestaltet werden können, daß die Leute außer ihrem Lokalblatt nur noch dieses Blatt halten. Es soll von ihm heißen: Das ist ein nettes Blättli, richtig und kurz geschrieben . . . Man erfährt durch dieses Blatt alles

Wissenswerte.“ — „Es sollte jemand im Namen der Arbeiter . . . schreiben. Arbeiter sollen Gelegenheit haben, ihr Herz zu leeren.“ — „Ueber Bauernpolitik sollte ein Bauer schreiben.“

„Der Schritt wurde für die Partei verhängnisvoll“, urteilt jedoch Johann Hasler nach Jahren. Können wir diese Ansicht teilen? Wollte Bächtold nicht vielleicht etwas anderes als die Partei? Mußte sein Wirken nicht Stückwerk bleiben? War also sein Rücktritt nicht doch richtig und notwendig, als Ausdruck entscheidender Divergenzen in Konzeption und Praxis einer „evangelischen Politik“?

Kapitel 2

Hermann Bächtolds evangelische Politik

1. Bächtolds grundlegende evangelisch-sozialen Ideen

In den Weltkriegsjahren reifte Bächtolds Weltanschauung. Was Anlage, Erziehung und Studium vorbereitet hatten, klärte sich zu einer eindeutig christlichen Sicht. Dazu trug in höchstem Maße sein intensives Miterleben und Mitleiden bei. Der Weltkrieg erschütterte ihn. Am schweren deutschen Schicksal hatte er wie wenige Schweizer mitzutragen. Auch die scharfen inneren Auseinandersetzungen in unserem Lande erfüllten ihn mit tiefer Sorge.

Dazu kam aber vor allem die ganze „Not der Zeit“. Die umfassende geistig-religiöse Krisis hatte ja schon vor dem Weltkrieg eingesetzt. Die „Autonomie“ des modernen Menschen, der ständige „Fortschritt“ auf allen möglichen Gebieten hatten sich als Illusionen erwiesen. Menschen- und Staatsbild des Liberalismus waren ins Wanken geraten. Die kriegerischen und sozialen Stürme der Weltkriegszeit hatten die ganze abendländische Kultur in Frage gestellt. Nichts schien mehr standzuhalten von all dem großartigen Menschenwerk, für das sich auch Bächtold in seinen deutschen Studienjahren vielfach begeistert hatte.

Die allgemeine wurde dem Gelehrten zur höchst persönlichen Krisis. 1918 und in den folgenden Jahren kam Bächtolds physisches Leiden hinzu. Die Krisis mündete in der entscheidenden Vertiefung seines evangelischen Glaubens.

Tiefste christliche Ueberzeugung stand völlig im Zentrum von Bächtolds Wirken auch auf politischem Gebiet. Wenn er auch kaum je ausführlich davon sprach, erhalten wir doch auf Grund seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen ein ziemlich genaues Bild seines persönlichen Glaubens.

Wir gehen wohl nicht fehl mit der Behauptung, der Historiker Bächtold stehe in seiner evangelischen Politik auf deutlich „reformatorischer“ Grundlage. Zwar beruft er sich nur selten auf Luther, kaum je auf Zwingli oder Calvin, doch erklären sich seine Auffassungen jederzeit aus dem Gesamtgeist der Reformation. Wie die Reformatoren kommt auch Bächtold nur von der Bibel her zu letztgültigen Wahrheiten, zur Erkenntnis von Gottes Willen. Auch ihm ist klar, daß der Bibeltext nur dem verständlich wird, der vom Geiste Gottes ergriffen ist.⁶⁵ Und dafür wiederum ist Gottes Gnade Voraussetzung. So gelangen wir zu den beiden reformatorischen Grundpfeilern in Bächtolds Denken: Sündenerkenntnis und Rechtfertigung aus Gnade.

Seit jeher ist das Grundproblem menschlicher Existenz die Rebellion gegen Ordnung und Gebot Gottes. In besonderem Maße gilt das für den modernen Menschen. Die ganze Ausweglosigkeit unserer Zeit rührt daher. Ein Ausweg ist allerdings zu finden, doch nur um den Preis der Einsicht in unser Versagen, unsere Schuld auf allen Lebensgebieten. Politisch denkend, stellt Bächtold die Schuld der Christen gegenüber ihren Mitmenschen in den Vordergrund: unsere Schuld im sozialen und wirtschaftlichen Leben, wo jede echte Gemeinschaft und Rücksicht fehlt⁶⁶.

Das Sündenbewußtsein ist Voraussetzung für den persönlichen Glauben. Genau entsprechend „ist für den Dienst in der evangelischen Volkspartei nicht tauglich, wer nicht auch einen völlig illusionslosen Blick gewinnt für die furchtbaren Realitäten der Sünde im Wirtschafts- und Gesellschafts-Leben“⁶⁷.

In unzähligen Artikeln zeigt Bächtold diese „Realitäten der Sünde“. Wir Menschen sind unfähig, das Gute zu verwirklichen. Da greift aber Gottes Gnade ein, die dem Bußfertigen hilft und ihn verwirklichen läßt, was ihm sonst unmöglich wäre. Diese Rechtfertigung nun ist die „höchste Realität“, sie steht über und vor der Sünde. Gottes Wirken in uns überwiegt unser Ver-

⁶⁵ Vgl. S. 1—5 in von Muralts Einführung zu Zwingli, Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit.

⁶⁶ Siehe EVZ vom Juli 1921: «Hören wir aus dem Wehegeschrei und dem Haß und dem Zorn heraus vornehmlich den Ton: „Daß wir nicht getan, was wir zu tun schuldig waren!“»

⁶⁷ EVZ vom Sept. 1921.

sagen. — Die im Evangelium Jesu Christi geoffenbarte Liebe Gottes bedeutet Bejahung des menschlichen Lebens vom Jenseits her.⁶⁸

Die Liebe wird das Fundament für Hermann Bächtolds sozialpolitisches Wirken.

Zunächst die unbegreifliche Liebe Gottes. Immer wieder beruft sich Bächtold auf die Frohbotschaft von dieser alles überwindenden, alles neu schaffenden Liebe. Dieses „Neuschaffen“ wird zum Fundament für seinen „revolutionären“ Glauben an neue Möglichkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Denn der einzelne Mensch, der zur persönlichen Sündenerkenntnis und zur Reue kommt — der Mensch, der die Gnade im Glauben annimmt: er selbst erfährt ja zuerst seine Erneuerung. Und darin wirkt dann Gottes Liebe auch die menschliche Liebe.

Die „Liebe zum Nächsten“ stand schon im Zentrum der Aufrufe zur Parteigründung, sie lag auch den vier Richtlinien zugrunde. Hierin waren Bächtold und die Partei in entscheidendem Maße einig. Gottes höchstes Gebot ist das der Liebe, Bächtold sagt „Bruderliebe“. Die Evangelische Volkspartei will im Geiste und mit der Kraft dieser Bruderliebe die Volksgemeinschaft erneuern. Vor dem Liebesgebot hat jeder Standesdünkel, jede Ueberheblichkeit zu weichen. Das Gebot enthält den Ruf, den Auftrag zum Kampf gegen jede Ungerechtigkeit.

Diese Auffassung zeigt sich klar in den „Sozialpolitischen Richtlinien“.

Für Bächtold führt das Liebesgebot direkt zur Verantwortung des Christen. So wird er Mitglied des Basler Arbeitervereins. Schon in seiner Schrift über die „Nationalpolitische Krisis“ sieht er dann diese Verantwortung politisch, und 1919 tritt er folgerichtig in die Partei ein. Im Gehorsam gegenüber Gottes Willen übernimmt er 1920 auch die Redaktion und damit eine führende Stellung. Der Ausgangspunkt für seine Parteigenossen ist ebenfalls — so hofft und glaubt er — der Gehorsam. „Uns kommandiert unser Meister hinein in den Kampf“, schreibt er

⁶⁸ Vgl. zu Sünde und Gnade auch von Muralt in: Geschichte der Schweiz, S. 348 f. (Zwingli religiöse Grundgedanken); und Zwingli/von Muralt, Von göttlicher . . ., S. 22.

im April 1921 in seinem Blatt und erinnert an Luther: „Dem kleinen Häuflein von Mitkämpfern aber, das neben andern kleinen, gleichgesinnten Scharen auf dieses Ziel zu arbeitet, und uns selbst wollen wir in diesen Erinnerungstagen des Wormser Reichstages auch für diese politischen Aufgaben etwas von dem kernigen Kampfesmut und dem unerschütterlichen Gottvertrauen wünschen, das den Helden des Protestantismus beseelte.“

Auch Arnold Muggli beruft sich, wie wir sahen, bei der Parteigründung auf den „Willen Gottes“.

So entsteht „eine Partei, die mit dem Anspruche auftritt, die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander, das ganze öffentliche Dasein des Volkes mit den Grundsätzen durchsäubern zu wollen, die ein erneuerter evangelischer Christ als treibende Kraft seines persönlichen Lebens empfindet“ . . . Diese Partei muß „vor allem die innere Freiheit und rücksichtslose Entschlossenheit haben, die bestehenden Zustände an Gottes Wort gewissenhaft zu prüfen und zu messen“⁶⁹.

Das Liebesgebot führt Bächtold also zur Betonung der tätigen Liebe, des Tuns in dieser Welt. Wir erinnern uns an seine Akzentgebung im Reformationsvortrag.⁷⁰ Trotz seiner Bewunderung für Luther gründet er seine evangelische Politik nicht auf lutherische oder lutheranische Auffassungen. Die Beziehung zwischen religiösem Leben und irdischem Handeln übernimmt er eher aus reformierter oder gar calvinistischer Sicht, in der das *Diesseits* im Zentrum der praktischen christlichen Bewährung steht. Die asketischen Züge in Bächtolds Privat- und Berufsleben und gewisse asketisch anmutende sozialpolitische Forderungen weisen auf die gleiche Wurzel zurück.⁷¹

Der gläubige Christ muß sich darüber klar sein, daß Gottes Taten vorzüglich durch Menschen geschehen.⁷² Doch ein rechtes Werkzeug Gottes ist nur der stets wieder erneuerte Mensch, denn alles menschliche Tun steht unter dem Gericht. Da warnte Her-

⁶⁹ EVZ vom Mai 1921.

⁷⁰ Siehe oben S. 23.

⁷¹ Siehe S. 33—36, 72, 109, 124 f.

⁷² Siehe EVZ Juli 1921 und unten S. 134 ff.

mann Bächtold unermüdlich vor Illusionen. Er wies aber stets gleichzeitig auf die unendliche Kraft der Erneuerung hin, die in uns mit dem sieghaften Glauben an Gottes Güte und Allmacht auch den Glauben an seine wunderbare Hilfe wirkt. So ließ er sich nie entscheidend entmutigen durch sein umfassendes Krisen-Bewußtsein, durch seinen klaren Blick für Sünde und Chaos. Seine illusionsfreie Erkenntnis bewegte ihn schon gar nicht zum Rückzug. Er verwarf sein eigenes Zeitalter nicht. Er distanzierte sich nicht. „Er war einer von uns.“ Wenn ihm seine Zeit auch „klein und nichtig, götzendienerisch“ erschien — er spürte in ihr Möglichkeiten und vor allem gewaltige Verpflichtungen.⁷³

Diese gipfeln im höchsten Ziel: Das Reich Gottes ist ihm Ziel der Sehnsucht jedes Christen.⁷⁴ Evangelische Politik hat ihren Blick ständig darauf zu richten und um möglichste „Annäherung“ zu ringen. Die Spannung zwischen göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit wird zwar nie zu überwinden sein. Wenn Bächtold also „Gesamtgerechtigkeit“ erstrebt, so sieht er darin doch nicht das vollendete Reich Gottes, sondern nur sein oberstes definierbares Ziel, das als solches mit allen Kräften anzustreben ist.

Er warnt aber davor, den Begriff „Reich Gottes“ nicht ernst zu nehmen. So verlangt er Wachsamkeit, „damit nicht zwischen dem Definitivum des Gottesreiches, das wir als Hoffnung im Herzen tragen, und dem Provisorium der nun einmal gegebenen Verhältnisse ein faules Verhältnis der Verträglichkeit Platz greift . . . Spannung muß da herrschen. Und diese Spannung müssen wir lebendig empfinden. Nur dann entspringt aus ihr das Feuer des Kampfes, mit dem wir uns einsetzen . . .“

Auch Maßnahmen von Behörden können beitragen zum „Bau des Reiches Gottes, wenn sie schon nicht diese Etikette haben, die Behörden nicht und die Maßnahmen nicht“.

Wir Christen alle müssen mithelfen bei diesem Bau, auch wenn unsere persönliche ökonomische Lage gesichert ist! „Wir haben, wenn wir an die Erfolglosigkeit des Evangeliums gegenüber den materiellen Realitäten glauben — und in diesem ‚Glau-

⁷³ Vgl. R. Stamm, S. 115.

⁷⁴ Vgl. den ersten Leitartikel, oben S. 27.

ben' besteht in der Praxis unendlich oft der christliche Glaube heutzutage — wir haben die kühle Belehrung bereit: „Man kann nicht mit schönen Theorien und Belehrungen in das organische Gefüge des sozialen Baues eingreifen'. Oder wir dispensieren uns von unserer Verantwortlichkeit mit dem Hinweis: „Gott sitzt im Regimente'.“

Trostlos ist für Bächtold nicht so sehr, daß innerhalb seiner Partei die Anschauungen weit auseinander gehen, „sondern daß an uns so wenig zu spüren ist von dem unruhigen Gewissen gegenüber den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ungerechtigkeiten und Schlechtigkeiten, in denen wir drin stehen, und daß diese wohl zum Himmel schreien, aber in unsere stumpfen Sinne nicht eindringen“.

In dieser Beziehung sieht Bächtold nur eine politische Gruppe, die vom rechten Geist getragen ist: die Religiös-Sozialen. Vor ihnen, so glaubt er, muß die Evangelische Volkspartei beschämt dastehn.

Welches ist Hermann Bächtolds Verhältnis zu der religiös-sozialen Bewegung, besonders zu Leonhard Ragaz?

Er schätzt Ragaz außerordentlich, kennt seine Schriften genau und geht, zwar völlig unabhängig von ihm, im wesentlichen vom gleichen aus: vom Evangelium, von der frohen Botschaft Jesu.

R a g a z faßt das Evangelium zusammen als „Gott, der Vater, und sein Reich“. Das Gottesreich steht ganz im Mittelpunkt. „Es handelt sich in der Predigt Jesu vom Reiche Gottes um das Verhältnis Gottes zum Menschen und des Menschen zu Gott und zum Bruder . . . Ihr einer Pol ist der unvergleichliche Wert der Seele“, ihr anderer die „Zusammengehörigkeit der Menschen vor Gott, die Bruderschaft . . . Alles, was der Vater uns geben will, gibt er uns nur in der Gemeinschaft mit dem Bruder.“⁷⁵ Diesen „Sozialismus“ des Evangeliums konfrontiert Ragaz mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Scharf lehnt er „die wirtschaftliche Abhängigkeit der einen Klasse der Gesellschaft von der andern“ ab.⁷⁶ Das Evangelium ist ihm „nicht etwas

⁷⁵ Ragaz, *Evangelium*, S. 24—26.

⁷⁶ Ebenda S. 17.

Historisches, sondern etwas Ewiges“. Dieses „ewige Evangelium“ aber will „Gottesherrschaft auf Erden, Umgestaltung der Erde nach seinem Willen, Befreiung des Menschen aus aller Not des Leibes und der Seele, . . . Gemeinschaft des Menschen mit dem Vater und dadurch mit dem Menschen in Liebe . . .“⁷⁷ Dieses „Reich Gottes auf Erden“ ist anzustreben, alles sozialpolitische Tun danach auszurichten und also die kapitalistische Wirtschaftsform abzuschaffen.

Freilich weiß Ragaz: Eine sozialisierte Wirtschaft ist noch lange nicht das „Reich Gottes auf Erden“. „Die soziale Umgestaltung kann wohl ein günstigeres Klima für die Entfaltung der sittlichen Persönlichkeit schaffen, aber nicht die Menschen von selbst gut machen.“ Es ist Ragaz’ „letztes Wort, daß nur eine religiöse Wiedergeburt uns gründlich helfen kann“. So erwartet er das Heil eben von einem religiösen Sozialismus und leistet selbst an Einsatz und Opfer das Höchste, um die Sozialdemokratie von innen heraus zu einer christlichen sozialen Partei umzugestalten.⁷⁸

Er legt in seinem Wirken den Nachdruck auf den zweiten der oben von ihm erwähnten Pole: auf die „Bruderschaft“. Ganz entsprechend sind ihm religiös-soziale Lehre und Tätigkeit vor allem soziale Botschaft und Wirksamkeit.

Bächtold versucht wohl eher eine Kombination der beiden Pole, geht aber entschieden vom ersten aus, von der „Seele“. „Religiös-sozial“, so erklärt er, ist ein unbestimmter, unklarer Begriff. „Evangelisch-sozial“ gilt es zu denken und zu handeln. Wie wir gesehen haben, betont er die Notwendigkeit einer immer wieder sich vollziehenden innern „Erneuerung“ des evangelisch-politisch aktiven Menschen. Nie darf die Spannung zwischen Gottes Reich und dem Reich dieser Welt außer acht gelassen werden. So ist für ihn auch das „Reich Gottes auf Erden“ ein Persönliches, keine Institution wie bei Ragaz. Es wächst im Verborgenen heran, es ist nicht etwa in sichtbaren menschlichen Schritten zu erreichen oder gar einzurichten. Wir wissen nicht, wie und wo und wann es „kommt“.

⁷⁷ Ebenda S. 29 f.

⁷⁸ Ebenda S. 64 f.

Ragaz verabsolutiert das Tun des Menschen. Bächtold sieht all unser Tun „unter dem Gericht“⁷⁹, betrachtet auch Sozialismus und religiös-soziale Bewegung kritisch und wählt seinen politischen Standort zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum, jenseits des „Materialismus hüben und drüben.“ Trotz aller warmen Sympathie für die Kleinen und Schwachen, trotz seiner Bereitschaft, vom Sozialismus und besonders vom religiösen Sozialismus zu lernen, tritt er nur für eine langsame Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ein. Eine noch so langsame Evolution scheint ihm doch näher ans höchste Ziel zu führen als jede friedliche oder gewaltsame Revolution.

Die Religiös-Sozialen gehen Bächtold viel zu weit in ihrem Vertrauen auf eine sozialistisch organisierte Wirtschaft.⁸⁰ Von Ragaz distanziert sich Bächtold vollends sehr energisch in allen Fragen um Recht und Macht des Staates.⁸¹ Hierin versteht er sich sehr gut mit Kutter, der eben auf diesem gemeinsamen Boden sein persönlicher Freund wird.⁸²

Trotz des starken Eindrucks von Ragaz' Schriften und Kutters Buch „Sie müssen!“ ist Bächtold in seiner „evangelischen Politik“ von den religiös-sozialen Autoren völlig unabhängig.⁸³

Eine leichte Unklarheit fällt uns allerdings in einigen seiner schriftlichen Äußerungen auf. Wir erinnern an seine oben zitierten Worte von den Maßnahmen der Behörden, die zum „Bau des Reiches Gottes“ beitragen könnten. Ohne Kenntnis seiner Gesamthaltung in Wort und Tat könnte uns diese Stelle bewegen, Bächtold doch als religiös-sozialen Politiker zu verstehen.

Ein schwerwiegendes Mißverständnis droht auch vom Begriff der Liebe her, so wie ihn Bächtold verwendet. Nach gründ-

⁷⁹ Damit steht er auf dem gleichen Boden wie Zwingli und die dialektische Theologie, die seit dem Ersten Weltkrieg im Gegensatz zur religiös-sozialen und zur liberalen Theologie aufkam.

⁸⁰ Vgl. EVZ vom 12. August 1922.

⁸¹ Bächtold stand besonders in seinen jungen Jahren noch stark unter dem Einfluß Hegels; vgl. auch seine Auseinandersetzung mit Ragaz in «Wiszen und Leben» 16, S. 869 u. 1069.

⁸² Vgl. Kutters «Reden an die deutsche Nation» und «Ich kann mir nicht helfen».

⁸³ Diese gleiche Unabhängigkeit nimmt auch Ragaz gegenüber Kutter sehr betont in Anspruch. Siehe seine posthume Selbstbiographie «Mein Weg», Bd. I, S. 240, und Bd. II, S. 101 ff. (dort auch eine wertvolle Darstellung der religiös-sozialen Bewegung).

licher Prüfung aber wird uns klar, daß er in der Politik die „Bruderliebe“ gleichsam indirekt nur verwirklichen will. Er, der so kompromißlos und heftig zu kämpfen versteht, weiß genau, daß es in der Politik nicht erlaubt ist, sich zu „verschenken“. Es gilt vielmehr, persönlich in der Liebe zu stehen, dadurch die Verantwortung klar zu sehen und ernst zu nehmen, aus der Liebe die Kraft zu gewinnen und damit zu handeln, zu kämpfen.

Wir haben gesehen, wie für Bächtold und seine evangelisch-sozialen Ideen, seine „evangelische Politik“, die religiös-soziale Bewegung zu radikal und gleichsam allzuwenig „historisch“, real fundiert ist.

Anderseits wäre ihm etwa ein Max Huber zu wenig radikal, zu sehr „Realpolitiker“.⁸⁴

Hermann Bächtold hat seine ganz besondere Auffassung von „Realpolitik“. Er versteht sie nicht nach landläufiger Art als „Politik des Möglichen“. Er will zwar mehr als die meisten Politiker die Zustände sehen, „wie sie wirklich sind“, um aber daraus nicht resigniert oder erleichtert den Schluß zu ziehen, es lasse sich doch nicht viel ändern. Im Gegenteil! Einsicht in die höchst realen Tatsachen der Sünde auf allen Lebensgebieten, Glaube an die noch viel realere Kraft Gottes, dann aber Gehorsam, Arbeit, Kampf: das heißt „evangelische Realpolitik“! Dieser Kampf richtet sich gegen alle Mächte und Strömungen, die das „was uns als Jüngern Jesu heilig ist“, gefährden. Es ist der Kampf gegen die „Umgarnung des religiösen und sittlichen, aber weiter des höheren geistigen Lebens überhaupt.“ Dieses geistige Leben ist umklammert vom wirtschaftlichen Leben und von den „realpolitischen Notwendigkeiten“. Das Geistliche und Sittliche muß befreit werden von den zerstörenden Einflüssen einer „mamonistischen“ Wirtschaftsordnung. „Uns ist das Reich Gottes verheißen. Und davor verblassen alle politischen Phantasien menschlicher Art.“ Da verblassen menschliches Können und Nichtkönnen. Da gilt nur noch Gehorsam, Schritt für Schritt, „bald wider unsern eigenen Willen, ja wider unser eigenes Wissen, bald in froher und bewußter Bejahung seiner Stimme, wie

⁸⁴ Siehe unten S. 134 ff.

sie in seinem Wort und in unserem Gewissen sich vernehmen läßt. Dabei lauert rechts und links von unserem Weg in so manchen allgemeinen Fragen und in so mancher Einzelentscheidung . . . noch genug Ungewißheit, Irrtum und Selbsttäuschung.“

Das Bewußtsein dieser menschlichen Unvollkommenheit darf nun aber eben nicht zum Rückzug führen „auf jene Position, wo man sich sagt: Alles kommt auf die Gewinnung des persönlichen Seelenheils an; jedes weitere Mühen um Aenderung der menschlichen Verhältnisse, das müssen wir Gott überlassen und nicht mit unseren Kräften und Idealen uns zwischenhinein drängen wollen. Gott kann und wird es schon machen!“

Nein! Gott will sein Reich „mit unseren Kräften, mit unserem Dienst und unserer Hingabe bauen“. Es gilt harte Arbeit, harten Kampf um die „Gesamtgerechtigkeit“. Wir müssen brechen mit der „weitgehenden sozialen Rücksichtslosigkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung und des zum Teil sie schirmenden Staates. Und hier hören wir in besonderem Maße den Ruf des Feldherrn: Die Kräfte evangelischen Brudergeistes an die Front! Hier, wo es gilt, Hunderttausenden herauszuhelfen aus täglicher Sorge und Not, aus finsternen, unfreundlichen Wohnungen, aus der Not erwerbsloser, alter, invalider und kranker Tage, aus dem Gefühl der Standesverachtung und der Zurücksetzung, aus dem Schicksal, vornehmlich auf die unteren Sphären der kulturellen Güter angewiesen und von höheren, helleren Regionen ausgeschlossen zu sein, herauszuhelfen weiten Volksteilen aus ihrem Gefühl der Empörung, des Hasses und des Gewaltgeistes, und ihnen eine Stätte zu bereiten in einer neuen Ordnung der Volksgemeinschaft, in der sie spüren, daß sie aus dem Geiste der Liebe geboren ist. Unübersehbar, vielgestaltig und verwickelt liegen hier die Einzelaufgaben gesetzgeberischer Arbeit vor uns, aber unaufschiebbar, jeden Tag neu und dringend.“

Bächtold will ernst machen mit dieser „neuen Ordnung“. Gerade um eine Revolution zu vermeiden, ruft er nach einer beschleunigten christlich-sozialen Evolution.

„Es mag die Eigentumsordnung juristisch-menschlich geordnet sein, wie sie will, privatkapitalistisch oder sozialistisch, für den Christen ist in jedem Fall und in allem der Obereigen-

tümer und der Dienstherr der lebendige Gott. Und wir alle verwalten sein Gut und stehen in seinem Dienst. Und alles ist anvertraute Aufgabe und anvertrautes Pfund.“

Damit kommen wir zu Bächtolds fundamentaler wirtschafts- und sozialpolitischer These: Evangelischen Politikern liegt nicht in erster Linie am Herzen, „ob viel und rentabel gewirtschaftet wird, sondern zum ersten, ob die wirtschaftliche Rechtsordnung gerecht ist, ob sie vor allem sozial gerecht ist, d. h. ob der Ertrag der nationalen Wirtschaft so verteilt wird, wie wenn wir alle Brüder wären, wie wenn es sich um den Gebrauch von Gütern handelte, die uns Gott zur Verfügung gestellt hat.“

So ist eine entschiedene Sozialpolitik die eine Hauptaufgabe⁵⁵, vor allem aber das dringlichste Anliegen in Bächtolds evangelischer Politik.

2. Sozialpolitik

Der Eintritt der Evangelischen Volkspartei in die Politik geschah, wie Bächtold immer wieder betont, vor allem mit der Verpflichtung zu einer klaren christlichen Sozialpolitik. So schreibt er schon im August 1920:

„Bei den Großratswahlen im vergangenen Frühjahr hat die Basler Sektion der Evangelischen Volkspartei sich am Wahlkampf mit einem schlichten, einfachen Plakat beteiligt. So bescheiden diese Werbefahne war, so schwerwiegend lautete die Parole, die darauf geschrieben stand: Opfer! Welche Verantwortung für eine Partei in einer Zeit, wo gewaltige Massen des Volkes Opfer auf Opfer heischen, wo alles sich zuspitzt zu der Frage: wird der Teil des Volkes, der das Vermögen dazu hat, Opfer bringen, Opfer in großem Maßstabe und entsprechend dem Wort unseres Meisters: Wer zwei Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat? Welche Verantwortung, mit dem Versprechen in die öffentliche Tätigkeit einzutreten: wir sind selbst an unserm Teil bereit zu jedem Opfer und wollen nicht müde werden, dahin zu wirken, daß auch die andern große, entscheidende Opfer bringen!

⁵⁵ Die andere Hauptaufgabe sieht er in der freien christlichen Schule; siehe unten S. 88 ff.

Ist in unseren Reihen und in unsern christlichen Kreisen auch nur die volle Einsicht vorhanden, was für eingreifende Konsequenzen es hat, wenn wir Ernst damit machen wollen, uns aus der bestehenden Lebens- und Wirtschaftsordnung herauszuarbeiten zu einer auf Opfergesinnung gegründeten Volksgemeinschaft?“

Kein Mitglied der Partei hat ein „Generalprojekt“ bereit. Wohl nur wenige entscheiden sich „in Bausch und Bogen“ für die überlieferte Privatwirtschaftsordnung oder aber für Vollsozialisierung. „Wir überlassen uns unserm Gewissen; wir spüren, wie es Schritt um Schritt wach wird, in dem Maß, wie wir die überkommenen Mißstände unserer Gesellschaft erkennen und erleben . . . Wir sind nun auch so weit, daß wir mit jedem Versuch zum Schönfärben und Idealisieren des Bestehenden gebrochen haben. In uns lebt die Erinnerung an die Generalstreiktage 1918, wo in so mancher Versammlung nichtsozialdemokratischer Bürger und in so manchem geschriebenen Wort ein starkes Gefühl von versäumten Pflichten gegenüber den untern Schichten des Volkes und entschlossene Neuorientierung für die Zukunft durchbrach. Diese Stimmung ist heute unter der Macht rückläufiger Kräfte von vielen verleugnend aufgegeben worden. Wir aber versuchen ihr treu zu bleiben.“

Zwar beschränkt sich Bächtold darauf, „auf dem Boden der bestehenden Möglichkeiten auch in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dem Geiste zum Durchbruch zu verhelfen, der von unserm Herrn und Meister stammt“. Doch verwahrt er sich dagegen, daß man aus dieser Haltung das Bekenntnis herauslesen möchte, „das bisherige Wirtschaftssystem sei eigentlich doch ganz gut gewesen“. Er beklagt in bitteren Worten, „daß es uns in der bestehenden Wirtschaftsordnung verhältnismäßig wohl ist, kaum weniger wohl als denjenigen, deren Seele nicht mehr erfüllt ist vom Trachten nach dem Reich Gottes“.

Der „absoluten Bedeutungslosigkeit des heutigen Christentums in öffentlichen Dingen“ stellt er die Forderung entgegen: „Dem Kredit des Christentums — wenn ich so sagen darf — helfen in diesen Tagen nur noch Tatzeugen. Und diese Zeugnisse der Tat müssen sich darauf beziehen, was heute, nicht früher einmal,

was heute not tut. Not tut heute vor allem: daß Gerechtigkeit auch in unsere Wirtschafts- und Sozialordnung einziehe.“

Denn die nur politisch verstandene Gleichberechtigung ist noch keine „Gesamtgerechtigkeit“. „Das Christentum hat sich allemal vor allem in dem zu bewähren, was Gegenwartsaufgabe ist. Christliche Nächstenliebe zu üben in den Formen, die heute not tun, in Form der Sozialpolitik vor allem, ist allerdings weniger bequem“, als sich zufriedenzugeben mit einer christlichen Pflichterfüllung „in den überlieferten Formen der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit“.

Bächtold ruft unermüdlich auf zu jener „neuen Sozialpolitik mit Freude und Liebe“, von der er schon in seinem zweiten Leitartikel so eindrücklich gesprochen. Die Christen dürfen die sozialen Fragen nicht „dem Kampf der unmittelbar materiell beteiligten Klassen überlassen, sondern gerade an die geht in erster Linie der Ruf zur Mitarbeit, die nicht als Arbeiter selbst interessiert sind.“ Die Christen sind dazu berufen, kraft ihres Glaubens sich an diese schwierigen Fragen zu wagen. Wer sonst sollte im rechten Sinn und Geist Sozialpolitik treiben können? Wer, wenn nicht sie, sollte imstande sein, „beiden Teilen“ gerecht zu werden, über dem rein sozialen auch das gesamtwirtschaftliche Interesse, über dem Gesamtwohl die besondern sozialen Notwendigkeiten nicht zu vernachlässigen?

Freilich kommt für Bächtold das soziale immer vor dem rein wirtschaftlichen oder politischen Moment. Er kann sich in den Krisenjahren 1921/22 nicht bereit finden, „die sozialpolitischen Erwägungen und Ueberzeugungen derart einseitig (geschweige denn mit geheimer Genugtuung) denjenigen Zwecken zu opfern, die um jeden Preis die Exportindustrien wieder hochbringen wollen“.

„In der Stadt gibt es eine soziale Frage und auf dem Land gibt es eine. Wir Evangelischen haben dafür ein anderes Auge als die Mehrzahl der bäuerlichen und bürgerlichen Führer. Wir haben das Evangelium gesehen, und in seinem Lichte hebt sich Gedrücktheit, Not und Elend stärker heraus, und unter seinem Gewissensanstoß wird man gezwungen, bei Lohnabbau und Preisabbau die ‚soziale‘ Seite der Frage in den Vordergrund zu stellen.“

Für Bächtold steht der Mensch kompromißlos voran. Schon in den „Sozialpolitischen Richtlinien“ stellt er vor die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die „höhern Gesichtspunkte sozialer Arbeiterschutzes-Gesetzgebung . . ., die Sorge für das gesundheitliche, wirtschaftliche und geistige Wohl der Arbeitnehmer.“

Ein Artikel des „Schaffhauser Intelligenzblattes“ greift die sozialistische Partei- und Gewerkschaftspolitik an. Deren Arbeiterschutzbestrebungen seien Selbstzweck geworden, indem man den Arbeitern unter allen Umständen annehmbare Lebensbedingungen sichern wolle. Der eigentliche Zweck jedoch müsse immer die Arbeit selbst sein. Scharf greift Bächtold diesen Artikel an: „Also nicht der Mensch, sondern die Rentabilität seiner Arbeit, also seine Arbeitskraft! Ich gehöre durchaus zu denjenigen, die der Meinung sind, es müsse die Arbeitsfreude wieder geweckt werden; aber darum handelt es sich hier nicht. Was in den zitierten Worten zum Ausdruck kommt, ist im Grunde wieder die Anschauung, die in den Tagen weicher sozialer Gesinnung (1918) Ständerat Wettstein so angeklagt hat (auch heute noch anklagt?): „Diese letzte Zeit hat uns klar gemacht, was für eine verhängnisvolle Rolle das Großkapital und der Kapitalismus im Verhältnis zwischen Mensch und Mensch gespielt hat, wie er dieses Verhältnis entsittlichte, wie er dazu geführt hat, die menschliche Arbeitskraft, die ein Stück individueller Existenz ist, nur noch als Marktware zu behandeln . . .“

Selbstverständlich setzt sich Bächtold entschieden für die Arbeitslosen ein.⁸⁶ Im Vordergrund steht für ihn die Arbeitsbeschaffung, während ihm Arbeitslosenversicherung und -Fürsorge nur ein Notbehelf sind. Die zunehmende Not in vielen Arbeiterfamilien empfindet er als schweren Vorwurf an die Allgemeinheit, an die kapitalistische Wirtschaft und den Staat. „So häßlich die Arbeitslosendemonstrationen neuerdings ausarten, ich muß für mich persönlich gestehen, daß ich eine große morali-

⁸⁶ Das Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bern 1939, S. 75, hält folgendes fest: Gegen Ende 1920 verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Am 1. Mai 1921 zählte man dann 47 900, am 1. März 1922 sogar 99 500 Ganzarbeitslose. Diese Zahl ging bis zum 1. Sept. 1923 dann ständig zurück auf 22 600. Damit hatte die Krise im wesentlichen ihr Ende erreicht. Der Jahresdurchschnitt für 1921/22 betrug rund 60 000 Ganzarbeitslose.

sche Entrüstung darüber nicht aufbringe, solange wir immer noch nicht alles das gegen die Arbeitslosigkeit vorkehren, was bei voller Opferbereitschaft möglich wäre.“

Bächtold spricht sich schon in den „Sozialpolitischen Richtlinien“ prinzipiell für den Achtstundentag aus. Die Gerechtigkeit scheint ihm eine knappe Bemessung der Arbeitszeit zu fordern. Die drei Hauptargumente dafür finden sich, wie in den „Richtlinien“, immer wieder auch in seinen Artikeln, bald einzeln, bald im Zusammenhang.

„Die heutige Erlahmung des Arbeitswillens“ ist für Bächtold „das in Generationen aufsummierte Gefühl der Arbeiterschaft gegen unwürdige Arbeitsbedingungen und gegen den ja oft unendlich hartnäckigen Widerstand, der ihren heute vielfach als selbstverständlich betrachteten sozialen Forderungen in der Vergangenheit entgegengesetzt wurde. Jetzt haben wir an der Schuld jener Zeit mitzutragen, wo der Arbeiter nach der Arbeit vielfach gerade Zeit hatte, sich durch Essen und Schlafen wieder für die neue Arbeitsschicht bereit zu machen.“ — „Es wird kaum jemand zu bestreiten wagen, daß in der Industrie in den letzten hundert Jahren ganz enorm gearbeitet worden wäre, gearbeitet, wie nie zuvor in der Weltgeschichte. Ja, man muß zugestehen, daß das 19. Jahrhundert über lauter Arbeit und Verdienen die Seele zum großen Teil vergessen hat. Wenn auf irgendein menschheitsgeschichtliches Jahrhundert das Wort paßt: ‚Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele‘, so paßt es auf das hinter uns liegende. Das geistig und körperlich, namentlich industriell, arbeitende, ja im Arbeitstaumel lebende Europa des 19. Jahrhunderts hat wirklich die ganze Welt, den ganzen Planeten gewonnen, ihn mit seinen Gütern und sich mit dessen Gütern gefüllt.“ —

Neben diese historische stellt Bächtold die psychologische Erklärung für die so oft beklagte Arbeitsunlust der Arbeiterschaft. Offen und scharf charakterisiert er die Arbeit „in unserer arbeitsteiligen Industrie- und Verkehrswirtschaft“ als „vielfach gemütsleer, eintönig, mechanisch und ungesund“. Es ist „eine Arbeit, deren Anspruch auf scharf angespannte Kon-

zentration der Aufmerksamkeit oft in schreiendem Widerspruch steht zu dem simplen Einerlei, auf das diese Aufmerksamkeit sich zu richten hat.“

Er glaubt, es sei „zunächst nicht abzusehen, wie ein Grundübel der modernen arbeitsteiligen Fabrikarbeit beseitigt werden könnte, der Umstand, daß der Arbeiter vielfach einen so kleinen Teil des Gesamtherstellungsprozesses eines Produktes in die Hände bekommt, daß er das Ganze nicht übersieht, also zum Werk keine Beziehung gewinnt und so nicht zur Schaffensfreude und zur Werkfreude kommt.“ — Weil also an der Arbeitsteilung selbst im wesentlichen nur wenig geändert werden kann, verlangt Bächtold neben einem weitgehenden Ausbau der Fabrikhygiene vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Da ergibt sich allerdings das neue Problem: Wie wird der Arbeiter die ausgiebige Freizeit verwenden? — Bächtold sieht deutlich genug die Gefahr: „Nun ist es ja leider wahr, daß dies Gegengewicht (zu der vielfach mechanischen Arbeit) in erschreckendem Maße in Zerstreuung, in unedlen und schädlichen Genüssen besteht. Aber wenn die Ruhezeit des Arbeiters sich mit höherem geistigen Gehalt soll füllen können, so muß sie einen gewissen Umfang haben. Der Arbeiter kann sich nicht handkehrum von der Arbeitsstätte weg umstellen auf die Dinge, die wir ihm für seine Freizeit wünschen. Er muß zuerst den Kittel lüften und Seele und Sinn umschalten. Daß aber allgemein menschliche und speziell moderne berechnigte Werte ihren vollen Platz neben der mechanisierten Berufstätigkeit beanspruchen dürfen, sollten wir nicht zu bestreiten wagen.“

Bächtold hofft also, die Verkürzung der Arbeitszeit komme diesen „Werten“ zugute. Er sieht große Möglichkeiten und damit große Aufgaben für den Einzelnen, für die Gesamtheit des Volkes, auch für den Staat. —

Die reichliche Freizeit soll vor allem der Familie zugute kommen, der die Industrialisierung ja unermesslich geschadet hat. Wie für jeden christlichen Politiker, so ist auch für Bächtold die Familie und ihre Gesundheit ein zentrales Anliegen. Wo sollte christlicher Geist herrschen, christliche Aufbauarbeit gelingen, wenn nicht in dieser kleinsten Zelle des Volkes? Sie sollte „davor

bewahrt bleiben, zur reinen Konsumgemeinschaft herabzusinken. Auch der Hausvater sollte wieder in einem höheren Maß Zeit und Muße haben, etwa einfachere Ausbesserungsarbeiten und dergleichen im Hause selbst vorzunehmen. Die modernen industriellen Arbeitsverhältnisse bringen es ja vielfach mit sich, daß auch nicht einmal alle Mahlzeiten gemeinsam von allen Familienmitgliedern eingenommen werden können. Man redet viel davon, wie bedenklich in den Arbeiterkreisen der Familiensinn dahingeschwunden sei und erschrickt ob manchen Aeüßerungen, die gegen Ehe und Familie sich hören lassen. Man bedenkt dabei zu wenig, in welchem Maße hierin der Arbeiter ein Opfer der Verhältnisse ist. Das moderne Fabriksystem hat (gegenüber der mittelalterlichen Handwerksverfassung) zum großen Teil die Zerrüttung des Familienhaushaltszusammenhanges herbeigeführt, indem der Arbeitsplatz des Vaters außerhalb des Heimes, oft stundenweit weg zu liegen kam. Was die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, die früher den Arbeiter nur zu Essen und Schlaf nach Hause entließen, hier für Zerstörungen angerichtet hat, das ist eben heute nicht ausgelöscht. Zu den Voraussetzungen einer neuen Kräftigung der Familiengemeinschaft gehört aber weitgehende Sorge für tägliche Freizeit.“ —

Es gilt, auch das Wohnungs- und Siedlungsproblem ganz in diesen Zusammenhang zu stellen und entsprechend großzügig, „opferbereit“ anzupacken.

Im gleichen Sinne verlangt Bächtold Verständnis und Entgegenkommen für die „gerade jetzt (1920) stark anwachsenden Bildungsbedürfnisse, die z. B. in der Volkshochschulbewegung überall so kräftig sich äußern“.

Der Arbeiter soll ebenfalls „in viel höherem Maß als bisher . . . an den Werken, Veranstaltungen und Vereinigungen der Gemeinnützigkeit und der Volkswohlfahrt tätig mitwirken“ können. „Und dasselbe gilt, und liegt uns natürlich in allererster Linie am Herzen, für die religiöse Arbeit und das religiöse Leben. Ihm wieder mehr Raum im Getriebe des modernen Lebens zu verschaffen, das schließt auch mit ein, daß wir uns für die Erweiterung der Freizeit einsetzen. Wir wissen es aus vielfältiger Erfahrung, wie schwer es immer wieder ist, in christlichen Vereinen und in Wer-

ken gemeinnütziger Freiwilligkeit die Aemter und Posten mit Leuten zu besetzen, die genügend freie Zeit in den Abendstunden haben.“

Mehr tägliche Freizeit „ist auch notwendig bei den Anforderungen des modernen politischen Lebens; es sei denn, unsere Demokratie beruhige sich auch ferner bei der Tatsache, daß 90 % der Stimmberechtigten ohne Eigenurteil und ausreichende Sachkenntnisse — und solche braucht es sehr viel — ihre Bürgerpflicht erfüllen“.

Werden sich die Arbeiter in der neu gewonnenen Freizeit wirklich solchen wertvollen Betätigungen zuwenden? Bächtold weiß nur zu gut, wie fraglich dies ist und fordert weiter: „Säuberung unserer städtischen Atmosphäre und umfassende Schaffung all der Einrichtungen, die uns in unserer Freizeit diejenigen Güter vermitteln, die uns innerlich bereichern, das muß allerdings einsetzen mit der Verkürzung der Arbeitszeit.“⁸⁷

Den „vielen Bedenklichen“ in seiner Partei möchte Bächtold „solche Ueberlegungen anheimgeben, wenn sie gerade der Arbeitszeitgesetzgebung gegenüber eher zur Verneinung neigen.“

Bächtold beharrt konsequent auf seinem Standpunkt, auch wenn es sich um „heikle“ taktische Fragen handelt. Eine solche „heikle Situation“ ergibt sich für die Partei im Juli 1922. Die Bundesversammlung hat eine Abänderung des Art. 41 des Fabrikgesetzes beschlossen. Dieser Artikel stellt die 48-Stunden-Woche als Norm auf. Der Bundesrat kann nur Einzelbewilligungen für die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden erteilen. Er soll nun durch die Revision des Artikels ermächtigt werden, mit den Bewilligungen bis auf 54 Stunden zu gehen und in Krisenzeiten die Einführung der 54-Stunden-Woche allgemein freizugeben.

Die sozialistischen Parteien haben das Referendum ergriffen. Die Gewerkschaften, auch die christlichen, sind im Begriffe, sich der Bewegung anzuschließen. Soll die Evangelische Volkspartei mitmachen? Nachdem ihre Delegiertenversammlung zwei-

⁸⁷ Vgl. auch unten S. 96 ff.

mal Festhalten an der 48-Stunden-Woche beschlossen hat, tritt Bächtold energisch dafür ein, daß auch die Partei ihre Unterschrift unter das Referendumsbegehren setze. Seiner Meinung schließt sich aber nur eine „verschwindende Minderheit“ des erweiterten Zentralvorstandes an. Bächtold scheut sich nicht, der Mehrheit scharfe Vorwürfe zu machen. Er schreibt in seinem Blatte:

„Es ist eine betrübliche Erfahrung, daß in solchen Fragen die Leitung der Arbeitergewerkschaften und die Leitung der Parteien in ihrer Auffassung total differieren. Denn für Evangelische sollte auch in solchen Fällen es keine Rolle spielen, ob man Arbeiter oder Nichtarbeiter ist. Wir betonen ja beständig, daß wir unser Urteil bilden ohne Rücksicht auf Beruf, Stand, Milieu usw.“

Bächtold sieht in der Revision vor allem einen Versuch der „Reaktion“, die schweren Zeiten zum Abbau der Sozialgesetzgebung zu benutzen. Das Gesetz selbst ist ein untaugliches Mittel zur Krisenbekämpfung. „Eine Krisis setzt sich aus vielen Faktoren zusammen. Helfen uns zwei Stunden Mehrarbeit aus der Krisis heraus? Man sollte rechtzeitig Wirtschaftstherapie treiben. Sollen wir allgemein rückwärts revidieren? Liegen lebenswichtige Interessen beweisbar vor?“ Mit dieser Stellungnahme dringt er dann im Zentralvorstand durch, als die Revision im Jahre 1923 vor das Volk kommt. „Der erweiterte Zentralvorstand empfiehlt Verwerfung der Revision.“⁸⁸

„Es ist auf dem Wege der Lohn-Gestaltung eine gerechte Verteilung des Gesamtvolkseinkommens zu erstreben.“ Diese These aus den „Sozialpolitischen Richtlinien“ bleibt das Leitmotiv aller Ausführungen Bächtolds zur Frage des Arbeitslohnes. Der Lohn ist also nicht zu bemessen nach dem Existenzminimum, auch nicht nach der Lage auf dem „Arbeitsmarkt“. Er hat sich nach einem ganz andern Grundsatz zu richten, „nach den Forderungen der christlichen Solidarität“.

⁸⁸ Die Revision des Artikels 41 wurde in der Volksabstimmung vom 17. Februar 1924 mit 436 180 Nein gegen 320 668 Ja abgelehnt. Das Referendumsbegehren hatte total 202 224 Unterschriften gewonnen.

Im Januar 1921 zeigt Bächtold, wie die Durchschnittslöhne der städtischen Arbeiter zu tief sind. Das Statistische Bureau der Stadt Bern hat in seine Veröffentlichungen das Ausgabenbudget einer fünfköpfigen städtischen Familie aufgenommen. Diese Familie, „die sich von jeglichem Luxus fernhält“, braucht jährlich 6 700 Franken. „Nun gibt es aber zahlreiche Arbeiter und Glieder des untern Mittelstandes, deren Einkommen 4 000 Franken nicht übersteigen, und eine große Menge, deren Lohn zwischen 4 000 und 5 000 Franken sich bewegt. Was bedeutet das? Unterernährung und ungenügende Wohnung mit ihrem Heer von schädlichen Wirkungen. Krankheit und Krankheitsgefahr. Not und Sorge Tag um Tag. Freudlosigkeit und Gram. Und schließlich Verbitterung und Verzweiflung, Ingrim und Haß. Das sind furchtbare Zustände, und uns fehlt das Verständnis für diejenigen Christen, die nicht mit allem Ernst die Gewissen darüber aufrütteln und gegen den Geist ankämpfen, der heute kalt und herzlos an diesen Dingen vorübergeht.“

Was verlangt die „christliche Solidarität“? Einmal stellt Bächtold dem „nackten Existenzminimum“ das „Kulturminimum“ gegenüber. Jede Familie soll nicht nur leben, sie soll auch Anteil haben können an den mannigfachen Kulturgütern in Volk und Staat, an Werktag und Sonntag. Das gilt bei Bächtold unbedingt auch für das „Proletariat“. Er wehrt sich dagegen, daß sich auch der Christ mit dem Vorhandensein einer solchen besitzlosen, notleidenden Volksklasse abfindet. Er weist darauf hin, „was für ein Grauen in unsern ‚guten‘, ‚bessern‘ bürgerlichen Kreisen vor der Proletarisierung besteht“, und ruft aus: „Aber warum ist man denn dabei ganz beruhigt, wenn andere in diesem Proletariatum stecken bleiben?“

Bächtold befürwortet keineswegs eine Nivellierung der Berufe, Stellungen und Löhne. Aber er findet die „Stufenleiter“ der Besoldungen „vielfach zu steil gestellt. Was da Generaldirektoren, Direktoren, Verwaltungsratsdelegierte, Verwaltungsräte beziehen — letztere vielfach für ein paar Sitzungen im Jahr und allerdings oft auch für den Nationalrats- und Oberstentitel — geht gelegentlich ins Aschgraue. Jede solche Stelle, die mit — sagen wir einmal — über 30 000 Franken bezahlt ist, steht als ein Aergernis im Volke da und als ein Erreger sozialen Zer-

würfnisses. Und zu einem innerlich reichen und glücklichen Leben brauchte es doch wahrlich solche Summen nicht. Aber was kümmert die Bezüger solcher Einkommen der soziale Frieden, außer, wenn die Sicherheit eben dieser Einkommen dadurch in Frage gestellt wird!“

Bei der Frage nach einer gerechten Proportion der Löhne geht es ja nicht in erster Linie darum, wieviel höher ein Arbeiterlohn nach dem Abbau allzu hoher Besoldungen sein könnte. Für Bächtold ist die psychologische Wirkung ungerechter Lohnverhältnisse das Entscheidende. Auch in den Lohnabbau-Diskussionen des Krisenjahres 1921 verlangt er „Abbau auch und zuerst oben“. Nicht daß er davon die Ueberwindung der Absatzkrisis erwartete. „Was not tut, ist, daß man den untern notleidenden Ständen endlich einmal überzeugend zeigt, daß man die Frage wirklich solidarisch lösen will, daß man mit der Tat bereit ist, mitzuhelfen, daß, wenn man den Arbeitern bis aufs Tüpfelchen statistisch das Minimum ihrer Existenzmöglichkeit nachrechnet, um danach den Arbeitsentgelt zu bemessen, man ähnliches auch auf sich selber anwendet.“

Ueberhaupt liegt in Bächtolds Forderungen einer gerechten Verteilung des Gesamtvolkseinkommens der Akzent nicht auf dem materiellen Inhalt einer solchen „Verteilung“. Evangelische Politik hat sich ganz besonders um den „seelischen Wiederaufbau“ zu kümmern. Diese Verpflichtung erwächst aus der schweren Schuld, die sich die bürgerliche Gesellschaft dem Arbeiter gegenüber aufgeladen hat.

Absolute Solidarität mit den „Brüdern auf der Schattenseite des Lebens“ folgt für Bächtold schon aus der Grundlage evangelischer Politik, der „entschlossenen Bruderliebe“. Dieses Prinzip beherrscht auch seine Stellungnahme zu allen Fragen der Sozialfürsorge und Sozialversicherung. In seinen „Thesen“ verlangt er einen wirksamen Ausbau der Krankenfürsorge und der Krankenversicherung. Analog zu seiner Haltung in der Lohnfrage setzt er sich hier dafür ein, daß „die Riesenheilstätte, die in unsern Bergen uns geschenkt ist, . . . allen unsern Volkskrei-

sen gleichmäßig“ zugute komme. Da sollte es vor allem „mit dem Tuberkulosegesetz endlich einmal vorwärts gehen“.⁸⁹

Bächtolds größter Einsatz aber gilt auf diesem Gebiet der Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Es soll vor allem über den zu schaffenden Verfassungsartikel endlich ein Beschluß gefaßt und die Volksabstimmung angeordnet werden. Schon im Oktober 1920 hat Bächtold in seinem Blatt über diese große Versicherungsfrage geschrieben: „Der Nationalrat wird sie in der gegenwärtigen Herbstsession endlich behandeln“, nachdem er in der Junisession „mit Behagen das unbequeme Traktandum abgeschüttelt“ hat. „Unbequem“ ist dies längst versprochene Versicherungswerk den finanzkräftigen Kreisen, dann besonders auch „dem Landvolk“, von dem „alles, was neue Ausgaben bringt“, verworfen wird. Bächtold wendet sich gegen die Absicht des Bundesrates, den Verfassungsartikel nicht allein, sondern zugleich mit der Finanzierungsfrage dem Volke vorzulegen. „Heute muß zuerst die Deckung festgestellt sein. Zwar während des Krieges, da waren zuerst die Ausgaben notwendigerweise gegeben, und man fand darnach Rat mit der Deckung. Krieg ist aber eine Notwendigkeit, weil von außen aufgezwungen. Soziale Hilfe ist nicht derart notwendig, sagt man. Was ist heute die Notwendigkeit innerer Ziele und Ideale! Da läßt man sich biegen und erweichen durch die sogenannten ‚realen Verhältnisse‘, d. h. durch die sogenannte Unmöglichkeit, das Geld zu beschaffen.“

Von einer „Beschleunigung“ des großen sozialen Werkes ist wirklich nichts zu spüren. Im Gegenteil! In der Evangelischen Volkszeitung vom Januar 1921 beklagt sich Bächtold, „daß der Verschiebungsgedanke bereits weit verbreitet“ sei. Ein Großteil der Presse werde „seit Monaten nicht müde, . . . den Leser an den Gedanken zu gewöhnen, daß die Finanzlage die Durchführung des Versicherungswerkes auf Jahre, ja Jahrzehnte hinaus nicht erlaube“. Es sei unmöglich, jährlich 80 Millionen Franken dafür aufzubringen! „Dafür schluckt man andere 80 Millionen Franken, die in den eidgenössischen Haushaltsplan 1921 einge-

⁸⁹ Vgl. auch E. Vischer in Bächtolds Gesammelten Schriften, S. 515: Art. 69 BV am 4. Mai 1913, das darauf beruhende Tuberkulose-Gesetz am 13. Juni 1928 vom Volke angenommen.

stellt sind. — Wir meinen den Posten des Eidgenössischen Militärbudgets.“ So wenig Hermann Bächtold je „Antimilitarist“ war: hier ist er der Ansicht, „daß für jetzt eine ganz bedeutende Reduktion am Platze wäre. Unser Herz schlägt nun einmal höher für die 80 Versicherungsmillionen als für die 80 Militärmillionen“. —

„Aber was sind 80 Millionen für soziale Zwecke, wenn man die gewaltige Not in den breiten Kreisen unseres Volkes überblickt! Wie da lindern und ausreichende Hilfe schaffen? Auf der Suche nach Mitteln bleibt unser Auge an einer andern Zahl hängen.“ Hier reitet Bächtold eine seiner heftigen Attacken gegen den übermäßigen Alkohol- und Nikotingenuß. Er schätzt die jährlichen Ausgaben dafür auf über 1000 Millionen und nennt weitere 1000 Millionen für „den zum Teil unnötigen, zum Teil schädlichen Verbrauch auf dem Gebiete des Eßluxus, des Kleidungs- und Schmuckluxus, des Wohnluxus, der Vergnügungsstätten usw. usw.“

Immer und immer wieder versucht er „die Gewissen wachzurütteln“, als in der Folge die Vorlage „verschleppt, von neuem versprochen und doch wieder hinausgeschoben“ wird. Der Weg des großen Versicherungswerkes ist noch lange und mühsam:

Im Juni 1921 beschließt die vorberatende Kommission des Ständerates, die Altersversicherung solle vor der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung verwirklicht werden.

Im Februar 1922 schreibt Bächtold: „Die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist nun endlich auch im Ständerat zur Besprechung gekommen. — Für die Gegner . . . des Verfassungsartikels hat Herr (Bundesrat) Schultheß dann aber wieder den Trost: es bestehe keine Gefahr, daß das im Verfassungsartikel niedergelegte Programm zu rasch verwirklicht werde.“

Im April 1922 erhebt er die Anklage: „Man kann meinetwegen den Standpunkt vertreten, Kirche und Pfarrer sollten die Hände lassen von politischen Dingen. Die Grenzen der politischen Untätigkeit sind aber erreicht in dem Falle, wo Kirche und Pfarrer sich sozusagen im Handumdrehen eine Institution schaffen, die sie sozial privilegiert. Vor drei Jahren hat die Nation — so kann man wohl sagen — den ökonomisch schwachen Kreisen der Bevölkerung das Versprechen abgegeben, daß eine längst,

längst fällige Schuld — der Ausbau der Sozialversicherung — nun unverzüglich an die Hand zu nehmen sei. Das Versprechen ist bis heute nicht eingelöst. Es ist in jener Basler Synodalsitzung immer wieder erklärt worden, daß einem bei der Gründung der neuen (Witwen- und Waisen-) Kasse durchaus wohl sein könne. Wir meinen, dieses Gefühl des zufriedenen Gewissens läßt sich nur aufrecht erhalten, wenn sich unsere Pfarrer und Beamten nun auch offen und persönlich dafür einsetzen, daß unseren Parteien und Politikern ans Gewissen geredet werde. Der evangelische Grundsatz ‚Einer trage des andern Last‘ ist sonst diskreditiert und Christentum und Kirche überhaupt.“ — Und es sind „alle selbstgerechten Vorwürfe an die Adresse der Sozialdemokratie ohne sittliche Berechtigung.“

Auch in seiner Partei findet der unermüdliche Mahner sehr wenig Unterstützung: „Wir werden von diesem Gewissensruf nicht ablassen, selbst wenn auch in den Kreisen unserer Partei das Echo praktisch fast gleich Null ist.“

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Versicherung „auf die lange Bank geschoben“ wird. Schließlich wird als Uebergangslösung wenigstens eine Altersfürsorge für die Aermsten vorgeschlagen. Zwar ist Bächtold stets gegen eine solche halbe Lösung eingetreten, „weil wir befürchteten, es würde das erwähnte Provisorium die allein wirksame Maßnahme (die Versicherung), die man gerne verschleppt sieht, erst recht verhindern. Nun stellt sich aber heraus, daß man auch nicht einmal das Minimum der provisorischen Altersfürsorge zu leisten bereit ist.“ Denn ständerrätliche Kommission und Bundesrat lehnen die Altersfürsorge (September 1922) ab, vor allem, „weil der Bund zu stark belastet würde . . . Das sind Gedankengänge, die wir nur mit tiefster Entrüstung bei unseren obersten Behörden herrschend werden sehen. Daß der Bund die 15 Millionen Franken nicht aufbringen könne, das ist eine Weisheit, die in eine Menschengesellschaft mit versteinerten Herzen hineinpaßt, aber nicht in ein Volk, das alle Jahre einmal am Geburtstag des Vaterlandes einen Strom von Solidaritätsgelübden übers Land ergießt. — Wir empfinden nichts als brennenden Schmerz und tiefe Scham . . .“

Wir wissen: es ist Hermann Bächtold ernst mit diesen Wor-

ten. Er fühlt sich bitter enttäuscht von seinem Volk, dessen Führern und Regierung. —

Sein Kampf nimmt kein Ende mit dem Rücktritt von der Redaktionsarbeit. Im Januar 1923 verfißt er im Zentralvorstand einen „Antrag Basel“, als dessen geistiger Vater er leicht zu erkennen ist. Als Frucht dieses Antrages kommt dann folgende Resolution zustande:

„Der erweiterte Zentralvorstand beschließt, in einer Eingabe an die Bundesversammlung darauf zu dringen, daß die verfassungsrechtliche Grundlegung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung endlich in einer Weise zum Abschluß komme, die dem Geiste der christlichen Nächstenliebe entspricht.“ —

Die Eingabe geht am 1. März ab, gemeinsam redigiert und unterzeichnet von der Evangelischen Volkspartei und dem Schweizerischen Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter.⁹⁰

3. Finanzpolitik

Für Bächtold ist die Steuerpolitik eine jener großen Möglichkeiten, die „Gesamtgerechtigkeit“ ein Stück zu fördern, ungerechte Zustände einigermaßen zu korrigieren. So steht für ihn das soziale Moment auch in diesen Fragen immer völlig im Vordergrund.

In den „Sozialpolitischen Richtlinien“ postuliert er: „Die dringenden sozialen Aufgaben des Staates rufen lebendigem Opfersinn auf dem Gebiete der Steuerpflichten.“

Wenige Monate später ficht er in der Basler Partei jenen Kampf für das neue Steuergesetz aus.⁹¹ Er bezeichnet das Gesetz im wesentlichen als gut. Es liege in der Linie seiner persönlichen

⁹⁰ Annahme des Verfassungsartikels 34 quater durch das Volk am 6. Dezember 1925, doch Ablehnung des (ungenügenden) Gesetzes am 6. Dezember 1931. Es sollte dann noch 15 Jahre dauern, bis am 6. Juli 1947 ein weit großzügigeres AHV-Gesetz angenommen wurde: bei einer Stimmbeteiligung von 80 % mit rund 862 000 gegen 215 000 Stimmen.

⁹¹ Vgl. oben S. 42.

steuerpolitischen Auffassung. Unter einem „sozial gerechten Steuersystem“ versteht er: „Vor allem Konzentration auf die direkten Steuern. Im Zentrum soll als Bemessungsgrundlage der Steuerlast das Einkommen sein. Vom Einkommen sollen die Bestandteile, die arbeitsloses Einkommen darstellen, resp. die Quelle desselben selbst, noch einmal besonders erfaßt werden. Dabei ist eine weitgehende Erbschaftssteuer, d. h. die Erfassung des Vermögensteils, der ‚arbeitslos‘ und ‚verdienstlos‘ erworben wird, berechtigt.“

Bächtolds Parteigenossen sind allerdings zu einem großen Teil nicht seiner Meinung. Nachdem gar das Steuergesetz in der Abstimmung so deutlich unterlegen ist, kommt auch in Basel in weiten Kreisen die Ansicht auf: „Bei derartig materiellen Fragen kann man vom christlichen Standpunkt aus in guten Treuen verschiedener Meinung sein. — Stimmfreigabe wäre besser gewesen.“ —

Umso entschiedener führt Bächtold seinen „Aufklärungsfeldzug“ in der Evangelischen Volkszeitung weiter. Ohne beträchtliche neue Steuer-Ertränisse sind die großen sozialen Aufgaben nicht zu bewältigen. Die gerechteste Steuerart ist die der direkten Steuern. Also rufen die sozialen Aufgaben des Bundes gebieterisch nach direkten Bundessteuern auf dem Einkommen, dem Vermögen, dem Verbrauch und den Erbschaften. Da hat jeder Föderalismus zurückzutreten vor den dringlichen Forderungen der sozialen Gerechtigkeit. Daß diese Forderungen in der Praxis scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen, ficht ihn wenig an, obwohl er darüber genau im Bild ist und in seinem Blatte auch ausführlich berichtet.

Seine Lieblingsidee auf diesem Gebiete ist die einer allgemeinen, direkten Verbrauchsteuer⁹². Besonders energisch verfißt er seinen Vorschlag schon im Jahre 1920, als die sich verschärfende Nachkriegs-Wirtschaftskrise die Sozialgesetzgebung zu gefährden beginnt. „Sparen!“ ist die Losung für Bund, Kantone und Gemeinden. „Sparen sollte jetzt der private Bürger, damit der Staat nicht dazu gezwungen ist, sozial notwen-

⁹² Gleichzeitig mit Bächtold (in der EVZ) stellte Bauernsekretär Prof. Laur diese neue Steuer in der NZZ zur Diskussion.

dige Werke zu unterlassen. Aber der ganze Geist unserer Wirtschaftsordnung ist aufs Gegenteil ausgerichtet. Die Industrie jagt den Konsumenten von Genuß zu Genuß (und ruft gleichzeitig dem Staate zu: Sparen! Sparen!).

Nun eben diese Seite der modernen Wirtschaftsordnung ist es, die wir heute ins Auge fassen wollen: Die Tatsache, daß Produktion und Handel aus Gewinnstreben Bedürfnisse erst hervorrufen, die im Konsumenten von sich aus gar nicht vorhanden sind. —

Jegliches Bedürfnis, auch das sinnloseste, auch das niedrigste, ist irgendeinem Wirtschaftszweig eben recht, um einen Markt für dessen Produkt zu schaffen. —

Wohl 30 % und mehr der Produkte der Leder- und Papierindustrie, der Textil- und Holzindustrie sind überflüssige Ware, die wir nur an uns hängen und mitschleppen, weil der Kampf um den Markt die Produzenten dazu drängt, statt bloß gesunde Bedürfnisse zu befriedigen, mit immer neuen Artikeln immer neue Reviere der menschlichen Triebwelt aufzubrechen.“

Neben den schweren Nachteilen für die leibliche, seelische und geistige Gesundheit schildert Bächtold die „ungeheuren wirtschaftlichen Verluste“. Als deren Folge fehlt dann das Geld für die Erfüllung dringender sozialer Aufgaben. Auch eine sozialisierte Wirtschaft würde nicht genügend Ertrag abwerfen, „um alle gerechten sozialen Forderungen der Massen zu erfüllen. Es ist eine Neuorientierung des Konsums nötig . . .“ Die Luxusindustrie wird dabei zusammenschrumpfen? „Gerade das ist's, was wir bezwecken!“ Die freiwerdenden Kräfte und Kapitalien werden „eben in alle diejenigen Wirtschafts- und Betätigungsgebiete“ übergehen, „die durch erhöhte Fürsorge (z. B. wohnungspolitische) für die untern Klassen aufblühen werden. Für diese erhöhte, sozialpolitische Fürsorge aber wird die neue Steuer vornehmlich Verwendung finden müssen. Das ist ihre soziale Begründung.“

Was Bächtold über die Verbrauchssteuer im Jahre 1920 geschrieben, daran hält er beharrlich fest. So will er 1923 diese Steuer als Hauptquelle für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung heranziehen. Damit wäre die leidige Finanzierungsfrage gelöst. „Man soll den Verbrauch besteuern, das

reicht. 40 Millionen sind leicht aus dem Verbrauch herauszuziehen. Unsere Volkswirtschaft erträgt das ganz gut, denn die Versicherung . . . ist kein Blutentzug, sondern nur eine Besitzverschiebung. — Für die Besteuerung sollte man einzig auf den Grundsatz der Leistungsfähigkeit abstellen. Das Richtige wäre wohl eine sehr bescheidene (Bundes)-Einkommenssteuer, verbunden mit einer direkten Verbrauchssteuer (Luxussteuer).“⁹³

Im September 1921 hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz durch ein Initiativbegehren mit 87 332 Unterschriften eine einmalige **V e r m ö g e n s a b g a b e** verlangt.

Die Finanzlage des Bundes ist von 1913 bis 1922 „außerordentlich beängstigend“ geworden, so daß überall nach neuen Geldquellen und Sparmaßnahmen gerufen wird. Natürlich gerät dabei der soziale Fortschritt in größte Gefahr.

Die Evangelische Volkspartei ist völlig einig in der Ablehnung der Initiative, die außerordentlich weit geht: Steuerfreies Minimum von 80 000 Franken; dann eine Abgabe von 8 % mit einer scharfen Progression bis zu 60 % für Vermögen über 30 Millionen Franken. Die Initiative verfolgt den Zweck, „dem Bund, den Kantonen, den Gemeinden die Erfüllung der sozialen Aufgaben zu ermöglichen.“

Hier kommt es nun innerhalb der Partei doch noch zu einer heftigen Auseinandersetzung: Soll man die Vermögensabgabe und damit anscheinend auch ihre Zweckbestimmung rundweg ablehnen, oder hat die Partei die Pflicht, deutlich zu erklären, daß auch sie eine Finanzbeschaffung für soziale Zwecke fordert? Der zweite Punkt dringt im Zentralvorstand durch und drückt sich in dessen Resolution aus: Der Vorstand lehnt die Initiative „des entschiedensten ab. — Dagegen hält er es für notwendig, daß entweder durch Erschließung neuer Steuerquellen für den Bund (Erbschaftssteuer, Tabak- und Alkoholsteuer, Luxussteuer usw.) oder durch eine besser formulierte Vermögensabgabe die längst versprochene Alters- und Invalidenversicherung geschaffen und die gewaltigen Schulden getilgt werden.“⁹⁴

Der zürcherische kantonale Parteitag aber verwirft alle

⁹³ Protokoll der Zentralvorstandssitzung vom 20. Jan. 1923.

⁹⁴ EVZ vom 4. Nov. 1922.

Zusätze zum Ablehnungstext mit rund hundert Stimmen gegen eine einzige und läßt seine Begründung in der EVZ veröffentlichen. Wir finden da unter andern Argumenten: „Bei dieser Initiative handelt es sich um eine eigentliche Enteignung, und durch eine solche würde überhaupt der Begriff des Eigentumsrechtes erschüttert, was wir verhüten müssen. Der Staat half mir nicht erwerben, folglich darf er mir meine Sache auch nicht nehmen! Auch für den Staat gilt das Wort: ‚Du sollst nicht stehen, du sollst dich nicht lassen gelüsten usw.‘ — Privatbesitz ist nun einmal göttliche Ordnung, und deshalb ist Vermögensabgabe an den Staat ein vom Staat begangener Diebstahl. — Durch Annahme der Initiative würde der Sparsinn des Volkes untergraben.“

Gleich unter diese Veröffentlichung setzt Bächtold einen eigenen kleinen Artikel. Wir fühlen deutlich die bittere Enttäuschung, die ihn bedrückt, wenige Wochen bevor er die Leitung der Zeitung in andere Hände legen wird!

„Wir bedauern, daß wir kurz vor Abschluß unserer Redaktionstätigkeit an diesem Blatte noch gezwungen sind, Argumenten von solcher Anfechtbarkeit zur Verbreitung zu verhelfen. Wenn diese Argumente in finanz- und sozialpolitischen Entscheiden sich als biblisch und evangelisch hinstellen können, so befürchten wir, es werde eine einheitliche evangelische Politik überhaupt nicht möglich sein, denn was wir aus der Bibel an Orientierung von Herz und Gesinnung haben, neben dem, was Verstand und Wissen lehren, das liegt in unversöhnlichem Widerstreit mit dem, was am Zürcher Parteitag den Ausschlag gegeben hat. Auf jeden Fall sollen wir uns — von den Leitenden bis zum letzten Mitglied unserer Partei — klar und unumwunden gestehen: was an Aufklärung und Verständigung in unseren Kreisen nötig ist, bis wir gesinnungseinig zu einer einheitlichen evangelischen Politik reif sind, das ist zur Hauptsache noch zu tun.“

Die indirekten Steuern will Bächtold schon in seinen „Richtlinien“ möglichst beschränken, ausgenommen natürlich die Steuern auf Alkohol und Tabak. Scharf spricht er sich gegen eine Umsatzsteuer aus.

Indirekte Steuern dürfen nach seiner Auffassung nicht nur

finanzpolitisch betrachtet und gewertet werden. Natürlich: sie sollen als Teil der Bundesfinanzreform, die durch die großen Mobilisationsschulden aus dem ersten Weltkrieg bedingt ist, möglichst viele Millionen einbringen. Aber nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit, sondern zu Lasten des Luxusverbrauches in jeder Form, ganz besonders also durch Besteuerung der „schädlichen Genüsse und Vergnügungen“: Alkohol- und Tabakgenuß, Besuch von Kinos, Theatern, Cabarets, Festen, Sportveranstaltungen! Er will also diese Fiskalmaßnahmen verbinden mit „erzieherischen“, den Konsum lenkenden Eingriffen, entsprechend der Grundeinstellung, die sich in seinen Ansichten über Verbrauchssteuer, „Oeffentlichkeit“ usw. schon gezeigt hat.⁹⁵

Selbstverständlich stoßen solche Vorschläge außerhalb der entschieden christlichen Kreise auf recht wenig Gegenliebe. Dafür ist die Getränkesteuer, längst schon auch von „oben“ in die Diskussion geworfen, ein sprechendes Beispiel. Sie begegnet in landwirtschaftlichen Kreisen und besonders in der Westschweiz erbitterter Gegnerschaft. Auch das Brauereikapital wehrt sich energisch — und mit Erfolg. Bächtold zitiert im Februar 1921 die Neue Zürcher Zeitung: „Von einer Besteuerung der gegorenen Getränke (also Wein und Bier) dürfte kaum mehr ernstlich die Rede sein. Es haben sich so viele Schwierigkeiten gezeigt, daß der Bundesrat vorderhand auf diesen Gedanken verzichten mußte.“ Und Bächtold fügt bei: „Was sich hinter solchen Schwierigkeiten alles verbirgt! Erst verschwindet das Projekt der Weinsteuer. Jetzt scheint's auch das der Biersteuer. Die Invaliditätsversicherung aber kommt dann in 20 oder 50 Jahren.“

Auch die Z o l l p o l i t i k des Bundesrates befriedigt Bächtold in keiner Weise. Die Zölle dürfen nach seiner Auffassung nicht als bequemes Mittel zur Erleichterung der Bundesfinanzreform dienen. Im Oktober 1920 schreibt er:

„Starke Einflüsse stellen leider in Aussicht, daß man versuchen wird, möglichst viel aus den Zöllen herauszuholen, um den Rest des Defizites zu decken. Die Opposition gegen eine solche

⁹⁵ Vgl. zur Verbrauchssteuer: oben S. 73; zu Arbeitszeit und Freizeit-Betätigung: oben S. 63; zu «Oeffentlichkeit»: unten S. 96.

Orientierung der Finanzpolitik und die damit zusammenhängende Aussicht auf Lebensverteuerung scheint uns in hohem Maße berechtigt zu sein.“

Im März 1921 ist es dann so weit: „Und nun ist es urplötzlich, ohne daß das Volk sich bemühen mußte, so gekommen: die Zölle sind erhöht, und man hofft auf gegen 100 Millionen Mehreinnahmen. Was war geschehen? Um die Jahreswende ist die Verschärfung der industriellen Absatz- und Exportstockung eingetreten, und da sagte man dem Volk, resp. seinen Vertretern, nun müsse rasch und in außergewöhnlichem, beschleunigtem Verfahren gehandelt werden. Und so sind heute die Bundesbeschlüsse perfekt. Das Referendum ist ausgeschaltet.“

Bächtold sieht in der Einführung dieses neuen „provisorischen Zolltarifs“ eine höchst gefährliche, weil ungerechte Maßnahme. Er sieht darin „das Gegenteil dessen, was die Zerklüftung unseres Volkes, an der wir schwer und schmerzlich tragen, zur Aufhebung bringen könnte.“ Es sei denn, man gehe, nachdem so ein Hauptstück der Finanzreform unter Dach gebracht ist, unverzüglich und „mit freudigem Sinn“ auch an die Lösung der dringendsten sozialen Aufgaben: Sozialversicherung und Arbeitslosenfürsorge. Der Ausgleich des Bundesbudgets „ist jetzt in hohem Grade gesichert, unter wesentlichem Mittragen der Last durch die Massen“. Wird man nun die alten Versprechen erfüllen? Bächtold zweifelt daran. — Die Zukunft sollte ihm leider recht geben. —

Die Zollerhöhungen des Jahres 1921 haben zwei Ziele. Den unmittelbaren Anlaß hat die „Ueberflutung unseres Landes mit ausländischer Valutaware“ geboten. Da ist die Gelegenheit prompt ausgenützt worden: Via Schutzzölle für die industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktion hat sich eine Teillösung für die Bundesfinanzreform ergeben, welche nun die Gefahr der direkten Bundessteuern beschwören läßt! Auf diese Art ist man auch der bewährten föderalistischen Tradition treu geblieben: Direkte Steuern den Kantonen, dem Bund indirekte! So finden sich im neuen Zolltarif auch zahlreiche Positionen, die nur fiskalisch begründet sind.

Und das ist nun diejenige (teilweise) Lösung des Finanzpro-

blems, die Bächtold zwar auch sehr bequem, aber umso unge-rechter findet, geschieht sie doch auf Kosten der weniger lei-stungsfähigen Schichten. Er empört sich gegen diese doppelte Benachteiligung des Konsumenten, auf dessen Rücken immer wieder Kompromisse geschlossen werden, diesmal zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, die eigentlich den Preisabbau anstrebt! Es wäre genug an den nun einmal nicht ganz zu ver-meidenden Schutzzöllen. Man verschone den notleidenden Arbei-ter wenigstens mit Fiskalzöllen!

4. „Bürgerliche“ Politik?

„Links“ oder „rechts“?

In dieser Frage geht ein Riß durch das ganze Volk und glei-cherweise durch die Evangelische Volkspartei.⁹⁶

Da finden sich rechts: Die aus Tradition und Gewohnheit „bürgerlich“ Gesinnten — die konservativen Elemente, die das Bisherige, „Staatserhaltende“ als das weitaus „kleinere Übel“ möglichst unverändert bewahren wollen — die Pietisten und Quietisten, für die oft „Sozialismus“ und „Gottlosigkeit“ nur zwei verschiedene Bezeichnungen derselben verwerflichen Gesinnung sind — endlich der überwiegende Teil aller „Nichtarbeiter“, na-mentlich so gut wie alle Bauern. Dieser Flügel der Partei steht positiv zur herrschenden Wirtschaftsordnung, zum Kapitalismus, zu den bürgerlichen Parteien.

Der linke Flügel setzt sich zusammen aus den meisten Ar-beitern und aus all jenen, die sich überzeugt für Sozialreformen einsetzen und im Sozialismus weniger das Revolutionäre als das „Fortschrittliche“ sehen. Sie nehmen ähnlich wie Bächtold nicht Stellung für den Sozialismus, sondern wollen eine vermittelnde Rolle zwischen „Links“- und „Rechtsblock“ der Parteien spielen. Trotz dieser Haltung erscheinen sie innerhalb der Evangelischen Volkspartei als linksstehend und werden als „Rote“ oder „So-zialisten“ oft angegriffen. Die Hochburg des „Linkskurses“ ist Basel, während sich die „Rechte“ um Zürich schart, das zahlen-

⁹⁶ Vgl. oben S. 41.

mäßig weitaus die stärkste Kantonalpartei stellt und so auch den Kurs der Gesamtpartei ganz entscheidend beeinflußt⁹⁷.

Bächtold nun versucht, durch seine Tätigkeit als Redaktor, Referent und Vortragsredner der Einstellung des „linken“ Flügels zum Uebergewicht innerhalb der Partei zu verhelfen. Denn nach seiner Ueberzeugung wird nur zwischen den Parteien und außerhalb des heillosen Gegensatzes Arbeiterschaft—Bürgertum eine selbständige, ja überhaupt eine christliche Politik seiner Partei möglich sein.

So verwahrt er sich von Zeit zu Zeit energisch dagegen, daß man ihn „zum Sozialisten stempelt, trotzdem mir keiner aus allen bisherigen Jahrgängen der EVZ auch nur einen Satz nachweisen kann, der ein Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Wirtschaftsordnung wäre, und ich immer nur das Recht für mich in Anspruch nahm, nicht so borniert sein zu müssen, auch schon die Prüfung sozialistischer Gedankengänge und Ideale abzulehnen.“ Auch manche Mitglieder der Partei wollen aus dem Fiasko des sozialistischen Systems in Rußland ableiten, „das bisherige Wirtschaftssystem sei eigentlich doch ganz gut gewesen.“ Scharf verurteilt Bächtold die in solchen Aeüßerungen sich abzeichnende „faule, jetzt ja epidemisch um sich greifende Seelenverfassung“.

„Mit einer Sozialisierung sind gewiß gewaltige Wandlungen verbunden. Wir wollen hier jetzt nicht untersuchen, ob . . . mehr heilsame oder . . . mehr verderbliche. Auch wer das letztere annimmt . . ., der muß sich hüten, dem Trugschlusse zu verfallen: Weil der Sozialismus nicht taugt, taugt vom sittlichen Standpunkt aus der Privatkapitalismus. Die kritische Stellung des Christen gegenüber der modernen Wirtschaft muß viel tiefer gehen als sozialistische Kritik oder bürgerliche Rechtfertigung.“

„Der Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie und wir.“ Unter diesem Titel bringt die EVZ vom 9. April 1926 aus Bächtolds Feder „eine kurze Betrachtung zu den Basler

⁹⁷ So stellte die EVP des Kantons Zürich am 15. Januar 1922 von 57 Delegierten des schweizerischen Parteitages deren 27, am 5. Juni 1922 gar 24 gegenüber 23 der andern Kantone!

Großratswahlen“, die seine frühern Ausführungen über dieses Thema zusammenfaßt.

Die herrschende so gut wie eine „künftige sozialwirtschaftliche“ Ordnung wird eine „sehr elende Menschenordnung“ sein, solange „sie getragen sein wird von Menschen derselben Qualität. — Wir müssen natürlich zugeben, daß eine juristische Eigentumsordnung sein muß . . . Aber mit der rechtlichen Ordnung der Dinge ist noch nicht viel geholfen. Denn es kommt nun erst auf den Geist und die Handhabung an, die innerhalb derselben herrschen. Die aber werden erst in die richtige Bahn gelenkt, wenn sie unter den göttlichen Willen zu stehen kommen, wenn Gott in einem höheren Sinn als Obereigentümer alles dessen, was wir sind und haben, anerkannt wird. Daß diese göttliche Eigentumsordnung wieder hergestellt wird, das erst nimmt den menschlichen Eigentumsordnungen ihre Härten und Ungerechtigkeiten. Wenn wir Evangelische für bloße soziale Teilreformen eintreten“, so ist es ganz ohne Bedeutung, daß solche Maßnahmen dann als „Zwischendinge“ erscheinen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Wirtschaftsordnung. „Vielmehr kommt uns alles auf den Geist an, in dem eine solche Maßnahme getroffen wird, und darauf kommt es uns an, daß damit ein Stücklein gottwohlgefälliger Ordnung eingesenkt wird in die (nun einmal bestehende) bürgerliche Weltordnung, wie wir es gegenüber der sozialistischen werden tun müssen, wenn sie einmal Wirklichkeit werden sollte.“

„Scheinbar besitzen beide Gruppen recht schöne Prinzipien für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Freiheit! rufen die einen, Gemeinschaft! die andern. Müßte nun nicht die Freiheit der einen, wenn es die wahre wäre, mit der Gemeinschaft der andern, wenn es die wahre wäre, gut zusammengehen? Müßte nicht die wahre Freiheit auch zur Gemeinschaft führen? Wie kommt es, daß in Wirklichkeit die Freiheitsidee, die das Bürgertum durchschnittlich meint und praktiziert, und die Gemeinschaftsidee, die die Arbeiterschaft hegt, in so unversöhnlichem Kampfe miteinander liegen?“

Bächtold schildert in einem kurzen historischen Exkurs den Sieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert, die Herrschaft des Kapitalismus und das Elend der Industriearbeiter. Dann fährt er fort:

„Es war eine Welt, aufgebaut von ‚freien‘ Menschen, aber Gott war dabei als Bauherr zumeist auf der Seite gelassen worden. Es war ja die Zeit des selbstbewußten, absoluten Individuums. An der unsäglichen körperlichen und seelischen Verwüstung, die über das Proletariat gekommen war, entzündete sich nun der Sozialismus und die soziale Bewegung. Sie sahen das Heil in der Revolution der Eigentumsordnung. An die Stelle des Privateigentums (speziell an den Produktionsmitteln) sollte das Gemeineigentum treten. Langsam wuchs diese Gegenbewegung gegen die bürgerliche und privatkapitalistische Wirtschaftsordnung an, bis zu dem ersten, in Westeuropa vorerst abgeschlagenen Generalansturm am Ende des Weltkrieges. Untergangsreif und untergangswert ist die herrschende Ordnung gewiß in vielen Stücken. Aber liegt in der sozialistischen das Heil? Ist nicht bei aller sachlichen Gegensätzlichkeit der Geist in wesentlichen Stücken derselbe hüben und drüben?“ — Hüben und drüben Materialismus, Genußsucht, Raisonnement, Atheismus. — „Und so weiter gemeinsame geistige Schichten, die unter den bürgerlich-proletarischen Gegensätzen durchlaufen, nur daß vielfach beim Proletariat die triebmäßigen Züge des menschlichen Wesens unverhüllt und zynisch zugestanden und bejaht werden, während sie in der bürgerlichen Welt in praxi meist auch bejaht, aber vertuscht und verbrämt werden.“ Ohne Gott „bauen wir umsonst. Der Optimismus, mit dem am Ende des 18. Jahrhunderts die bürgerliche Welt heraufzog, ist zuschanden geworden, der Optimismus, mit dem der Arbeiter die sozialistische Zukunft erhofft, wird, wenn nicht getragen von durch Gott erneuerten Menschen, auch zuschanden werden.“

„Auch die Politik der ‚Zwischendinge‘, d. h. der sozialpolitischen Einzelreformen, ist in der Hauptsache ohne Frucht gewesen, . . . denn auch hier war der Geist — ein Geist des Ertrotzens auf der einen Seite, vor allem aber der Hartherzigkeit und Unnachgiebigkeit oder der widerwilligen, völlig liebeleeren Nachgiebigkeit auf der andern Seite — ein falscher. Deshalb sind seine Werke — die viel gerühmte sozialpolitische Gesetzgebung — tot. Sie leben und sind doch tot.“

Lieber verzichtet Bächtold auf Erfolge, als daß er bereit wäre, Wahlbündnisse einzugehen und „die Kampfmethoden der

Alliierten mitzumachen“. Ob das selbständige Vorgehen seiner Partei „möglicherweise den Linksparteien nütze“ oder nicht, ist ihm gleichgültig. „Wir werden verzichten auf Gewaltmittel, aber die heutige bürgerliche Gesellschaft und der heutige Staat ist bekanntlich weit entfernt von diesem Standpunkt, und deshalb haben sie nur ein sehr beschränktes Recht, den Linksparteien aus ihrer Gewaltpolitik einen Vorwurf zu machen. Dort und auch in unsern eigenen Reihen dürfte man mehr Verständnis aufbringen für die Verhältnisse, aus welchen Revolutionen zu entstehen pflügen . . . In den bürgerlichen Kreisen leidet man nicht ernstlich unter der im Volk bestehenden Spaltung. Wir dürfen nicht durch Anschluß an bürgerliche Parteien Front machen gegen diejenigen, die auf der ‚Schattenseite des Lebens‘ wohnen . . . Den Vorwurf, wir seien allzu einseitig sozial gerichtet, beantworten wir mit der ernstlichen Frage, ob man je einmal irgendwo zuviel geholfen hat. — Dem Vorwurf der Wankelmütigkeit, des angeblichen Pendelns zwischen rechts und links, begegnen wir mit der Feststellung, daß wir von unserem evangelischen Standpunkt aus weder ‚rechts‘ noch ‚links‘ anerkennen . . ., sondern uns bestreben, überall nur den ‚Bruder‘ im Sinne der Heiligen Schrift zu sehen.“⁹⁸

Dieser Bruder ist eben zur „Linken“ weit eher in Not als zur „Rechten“. So sagt etwa Johann Hasler, Bächtolds Kampfgefährte, an einer Zentralvorstands-Sitzung im Mai 1923: „Die Thesen (Bächtolds) haben nicht den Sinn, ein verbindliches Parteiprogramm zu sein, sondern nur denjenigen, als Leitmotiv zu gelten. Wir wollen uns einen gesunden, warmen Fortschritts-ton bewahren. Wir in Basel lassen uns nicht ‚bürgerlich‘ nennen. Unsere Aufgabe ist, der verhetzten und verirrtten Arbeiterschaft einen Rückhalt zu geben und gewissermaßen eine Zufluchtstätte zu bieten . . . Wir müssen uns freihalten von sogenannten Kuhhändeln und von dem Einfluß des Geldsackes.“ Und Zentralpräsident Muggli sekundiert: „Es ist kein Zweifel, daß in gewissen Endabsichten der Sozialdemokratie Christus ist.“

Wie seine Mitarbeiter, so sieht Bächtold auch im Sozialisten

⁹⁸ EVZ Juni 1929: Vortrag Bächtolds vor der Delegiertenversammlung über: «Sind wir eine bürgerliche Partei?»

oder Kommunisten weit eher den Bruder als den „Feind“. Allerdings den verirrten Bruder, verirrt in Weltanschauung, Taktik, Methode und Sprache.

Denn wer rechnet richtiger mit den Realitäten, wer macht sich weniger Illusionen: der Christ oder der Marxist?

„Wir Christen glauben an die ewige Seele in uns und halten diejenigen für Illusionäre, die sie und das Jenseits leugnen. Und ferner: Das vom Gewissen aufgerüttelte soziale Verantwortungsgefühl der Christen ist gar keine Vertagung auf das Jenseits. Doch ja, gewiß, es ist das noch vielfach. Es ist in den Vorwürfen der Sozialdemokratie gegenüber der Kirche unendlich viel Berechtigtes.“

Bächtold sieht eine fortwährende Wechselwirkung zwischen Schuld des Bürgertums und der Kirche einerseits, Haß und Hohn der Marxisten anderseits. So gibt er Pfarrer Gustav Benz recht und zitiert dessen Worte: „Alles dieses Christsein läuft neben den Menschen her und mitten durch die Dinge dieser Welt hindurch . . . , ohne sie anzufassen und umzuwandeln.“⁹⁹ Und der Redaktor fährt weiter: „Das aber . . . will die Welt jetzt erleben. Jetzt ist die Zeit, wo Jesus in Gestalt Tausender und Abertausender von Armen, Vernachlässigten, Zurückgesetzten, vielleicht auch in Gestalt der vielen, die jetzt wie nie (allerdings vielfach höhnisch) auf die Heuchelei oder die Lahmheit unserer christlichen Brudersprüche hinweisen, uns aufrütteln will.“

Klar aber distanziert er sich von „links“, wo der Marxismus an die negative Seite des Menschen appelliert, und wo seine Jünger durch Zwängerei oder Prestigepolitik nur Schaden anrichten:

„Wir verstehen nicht, wie reife, ernste Männer derart Politik treiben. Es handelt sich ja nicht um einen vereinzelt Fall. Wie oft in unserer kantonalen und in der eidgenössischen Politik hat sich im Laufe der letzten Jahre die Sozialdemokratie durch unkluges, unzweckmäßiges Vorgehen, durch irritierende Zusätze in Gesetzen, die sonst vor dem Forum der sozialen Gerechtigkeit sich wohl sehen lassen konnten, geschadet. Geschadet ihrer

⁹⁹ Aus dem 1921 veröffentlichten, vergriffenen Predigtband von G. Benz, dem damals einflußreichsten sozialreformerischen Basler Pfarrer.

Macht, geschadet aber auch — was uns einzig leid tut — ihrer in vielen Stücken gerechten Sache.“

Eher negativer als zum Sozialismus steht Bächtold zum **K a p i t a l i s m u s**. In einer Artikelserie „Kapitalismus und Mammonismus“ (Oktober/November 1922) setzt er sich grundsätzlich mit diesen beiden Begriffen und Schlagwörtern auseinander.

Ein Artikel im Organ des SVEA, der „Evangelisch-sozialen Warte“, gibt ihm Anlaß dazu. Jener Artikel nimmt den Kapitalismus in Schutz: „Gott gibt das Kapital, Gott will die Arbeit und die Vermehrung des Kapitals und des Wohlstandes der Menschheit. Das Kapital und den Kapitalismus samt der Arbeit lästern und schädigen, heißt Gott lästern.“

„Kapitalismus“ ist für den Artikelschreiber ganz einfach das Streben nach Kapitalvermehrung, und dieses Streben ist gottgewollt. „Mammonismus“ ist das Zusammenwirken von Genußsucht und Unvernunft im Kampfe gegen Kapital und Kapitalismus. Somit ist der Sozialismus „antichristlich, ungöttlich“, denn er „ruiniert den Kapitalismus durch Streik und Verschwendung im Dienste des Gottes Mammon . . .“

Bächtold ist natürlich entsetzt über eine derartige Begriffsverwirrung in den Kreisen der organisierten evangelischen Arbeiter. Er zeigt in seinen Artikeln, wie „inmitten unserer kapitalistischen Welt für den christlichen Kapitalisten die Augenblicke, wo es sich entscheidet, ob er christlich zu handeln vermag, umgekehrt eher dann eintreten, wenn es gilt, den natürlichen wirtschaftlichen Trieb des Gewinnstrebens gegenüber höheren Geboten der Liebe und der Gerechtigkeit in Schranken zu halten oder gar zu opfern.“

Bächtold wendet sich dann gegen die in christlichen Kreisen oft recht sonderbaren, positiven Anschauungen über den modernen Kapitalismus. Denn ein „aus reiner seelischer Quelle“ entspringender, segensreich wirkender Kapitalismus ist zwar denkbar, darf aber nicht verwechselt werden mit dem „bisherigen Kapitalismus, so wie er wirklich leibt und lebt.“

„Wer . . . an einen an sich guten und göttlichen Kapitalismus glaubt, . . . der muß die Bedingungen, die wir eben kurz skizzierten und unter deren Beobachtung allein der Kapitalismus sich rechtfertigen läßt, ins Gewissen der kapitalbesitzenden Menschen rufen.“ Erst dann darf er auch die Arbeiter mahnen, einen solchen „entmammonisierten Kapitalismus nicht zu schädigen, sondern zu fördern.“

Die hartnäckigsten Gegner von Bächtolds Sozialpolitik finden sich innerhalb der EVP unter den Bauern. In stets steigendem Maße muß er sich mit ihnen und ihrer Kritik auseinandersetzen. Die beiden ersten Jahrgänge der EVZ enthalten nur je einen Artikel, der sich eingehend mit den Fragen des Bauernschutzes befaßt. Dagegen sieht sich Bächtold veranlaßt, im dritten und letzten von ihm redigierten Jahrgang eine Serie von acht Artikeln über „Bauernschutz und Arbeiterschutz“ zu schreiben. Wir versuchen seine ganze Haltung im Zusammenhang darzustellen.

In den „Richtlinien“ verlangt Bächtold Rücksicht auf den gesamten Bauernstand, als Gegengewicht zum Schutze der Konsumenten. Er will aber die landwirtschaftliche Schutzpolitik eingebaut wissen in die zentrale Aufgabe der Sozialpolitik. Zwar will er „keine privilegierte ökonomische Stellung des städtischen Bewohners vor dem ländlichen“. Doch wirft er der offiziellen Bauernpolitik vor, daß sie ja selbst ihren eigentlichen „Schutzbefehlen“ zu wenig helfe, daß sie „zu wenig agrarsozial gerichtet“ sei. Er kann sich nur „zu einer Agrarpolitik verstehen, die den kleineren und schwächeren bäuerlichen Existenzen weitgehend entgegenkommt.“

Was aber beobachtet er immer wieder an der Politik der Bauernführer? Sie setzt sich für die Interessen der Großbauern ein, sie wirkt sich auf dem Lande und schon gar in der Stadt in vielen sozialen Belangen negativ aus. Dort tut sie wenig oder nichts für den Kleinbauern, hier setzt sie die Macht der Bauern gegen die Wünsche und Interessen der Arbeiter ein. Es ist eine „Schutzpolitik“ vor allem zu Gunsten des Kapitals! Auf dem Lan-

de unternimmt diese Politik viel zu wenig für eine Landbesitz- und Bodenverschuldungsreform, in der Stadt marschiert sie Arm in Arm mit den Handels- und Industrieinteressen gegen die sozialen Postulate. Was der Arbeiter an hohen Preisen für landwirtschaftliche Produkte zahlt, fließt zum größten Teil in die Taschen der Großbauern oder in Form von Hypothekarzinsen dem Kapital zu!

Die Bauernpresse begrüßt den Lohnabbau. Werden aber nicht mit sinkender Kaufkraft der Arbeiter besonders wieder die Kleinbauern unter Absatzmangel schwer leiden müssen?

Im Zeichen des Gegensatzes von Stadt und Land helfen die Bauernparteien überall kräftig mit, Wirtschafts- und Ruhetagsgesetze in den Volksabstimmungen zu Fall zu bringen. Als „Hüterinnen des Arbeitswillens und der Arbeitsfreude“ bekämpfen sie „Gemeindeorganisationsgesetze, Wahlrechtsvorlagen, Gesetze betreffend amtliche Inventarisierung im Todesfall, betreffend Viehentschädigungskasse, betreffend kantonale Gründungsfonds für Sozialversicherung, betreffend Steuerreform usw. usw.“ Die Bauernpresse gefällt sich jeweils darin, „sozial“ wieder einmal auf die gleiche Stufe mit „sozialistisch“ zu stellen und die Vereinigungspropaganda recht kräftig zu entfalten, sodaß das Landvolk die besten Vorlagen bachab schickt!

Man schreibt Bächtold vom Lande: „Die allzu sozialistische Tendenz macht das Blatt (die EVZ) für Bauern ungenießbar . . . Das Wort ‚sozial‘ hat für das schwer arbeitende Landvolk nicht den himmlischen Klang, den es in Ihren Ohren haben mag. Hier heißt es: wo der Sozialismus hinkommt, da kommt der Hunger hin. Das Wort ‚sozial‘ hat für den Bauern den Beigeschmack von Streik und Revolution, mit der Losung: wenig arbeiten, schlecht arbeiten, hoher Lohn. Nehmen die ‚Sozi‘ überhand, so nimmt damit die Lotterwirtschaft und die Aushöhlung des Staates überhand, und der Unglaube nicht nur, sondern auch der Haß gegen Gott und Christus und die Frommen. Dieser Geist ist nicht von oben, sondern von unten.“

Welch schlimme Entstellung! — Und wie böswillig werden oft, wider besseres Wissen, einzelne krasse Fälle von Lohnerhöhungen während der Kriegszeit (Bauarbeiter!) herausgegrif-

fen, wie wird mit diesen Zahlen kolportiert und eine arbeiterfeindliche Stimmung gezüchtet!

So muß Bächtold im Januar 1922 mit bitteren Worten anklagen: „Wenn aus den Reihen der Bauernführer gelegentlich Worte ertönen, die nach Gerechtigkeit, auch für die Arbeiterschaft, aussehen, warum steht die Bauernschaft heute, wo erfreuliche Stücke sozialer Gesetzgebung in Trümmer gehen oder gefährdet sind, gleichgültig, gesetzesmüde oder gar feindselig abseits? Warum legt sie sich nicht ins Geschirr, um mitzuhelfen, den steckengebliebenen Wagen der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wieder in Gang zu bringen, oder um die schreiende Herzenshärte, mit der man das Tuberkulosegesetz und ein Dutzend andere Dinge verschleppt, zu bekämpfen?“

Als der Redaktor am Ende der erwähnten Artikelserie selbst vermutet: „Mancher Leser unserer Ausführungen über Bauernschutz und Arbeiterschutz wird finden, ich hätte über den letzteren reichlich mehr zu sagen gewußt als über den ersteren“ — da kann er gleich darauf hinweisen: „Es liegt nicht an uns, wenn das, was wir vor allem über Maßnahmen zugunsten der Bauern sagten, in der Politik der Bauernführer selbst eine so kleine Rolle spielt.“

5. Erziehung

Wie die „Sozialpolitischen Richtlinien“ zeigen, gebraucht Bächtold den Sammelbegriff des Sozialen im weitem, ältern Sinne. So ordnet er das ganze große Gebiet der Erziehung in seine Sozialpolitik ein.

Hermann Bächtold war aus innerster Berufung Erzieher, allerdings mehr „Volkserzieher“ als etwa Pädagoge im eigentlichen Sinne des Wortes.

Als Primarlehrer fühlte er sich nicht glücklich, hinterließ aber an seinem einzigen Wirkungsort Beggingen einen vorzüglichen Eindruck. Auch von seiner Tätigkeit an der Basler Realschule sprach er nie mit Begeisterung. Für den Lehrerberuf

stand er doch den Kindern zu ferne, verfügte besonders auch nicht über die nötige Geduld.¹⁰⁰

Fragen des Geschichtsunterrichtes auf der Mittelschulstufe und Probleme der Schulerziehung beschäftigten ihn aber stets außerordentlich. Johann Hasler schreibt gar: „Das Schulproblem war so ganz eigentlich sein Herzens-Thema.“

So wird Bächtold auch zum Vorkämpfer der Freischulbewegung, vorerst im Schweizerischen Evangelischen Schulverein, dann in Partei und Zeitung, schließlich in der Basler Politik.

1921 erscheint seine Broschüre: „Freie Schule oder Staatsschule? Eine Frage an christliche Eltern.“

Zum Ausgangspunkt nimmt er „die seelische und geistige Notlage unserer Jugend . . . Auch bei ihr macht sich die auflösende Macht unserer Tage in erschreckender Weise bemerkbar.“ Dabei fallen „die wertvollen Elemente des geistigen, namentlich sittlichen und religiösen Besitzes . . . der Zersetzung anheim.“

Natürlich darf man, wenn eine Gegenbewegung eingeleitet werden soll, die erzieherischen Aufgaben und Möglichkeiten der Schule nicht überschätzen. Deren Bedeutung ist aber ständig gewachsen, da der Einfluß des Elternhauses gewaltig abgenommen, der der „Oeffentlichkeit“ (Stadtstraße, Presse usw.) entsprechend zugenommen hat. Die Schule ist entscheidend wichtig, weil „ihre Mittel mehr als bei den meisten andern Erziehungsfaktoren zielbewußt eingesetzt werden können.“¹⁰¹

„Da erhebt sich aber die Frage: Tut unsere öffentliche Schule ihr Möglichstes? Ja die weitere Frage: Kann sie überhaupt, so wie ihre Verfassung einmal ist, die Aufgabe erfüllen, die wir von ihr verlangen?“

Aus den tatsächlichen Verhältnissen zieht Bächtold folgende Bilanz:

¹⁰⁰ Mitteilungen über Bächtold als Lehrer von seiner Witwe und von seinem Freund Heinrich Wanner, dem Nachfolger Bächtolds in Beggingen.

¹⁰¹ «Freie Schule oder Staatsschule?», S. 5 f.

1. Die Schule und ihre Organe stehen nicht „in lebendiger Verbindung mit den Eltern“. Schon die Entscheidung über die Aufnahme der zukünftigen Lehrer in die Seminarien erfolgt nach bloßen Notenzahlen. Die Wahl eines Lehrers an die öffentliche Schule geschieht (in Baselstadt) ohne Einfluß der Eltern, durch den Erziehungsrat. Die Schülerzuteilung vollzieht sich nach bürokratischen Regeln. Es besteht „nahezu kein Zusammenhang mehr zwischen bestimmten Eltern und dem Teil des Schulorganismus, dem gerade ihre Kinder zugewiesen sind. Die Eltern haben ihre Erziehungspflicht durch eine Ablösungssumme (die Steuern) abgeladen“. Diese Entwicklung ist „typisch für unsere Zeit“: Auch auf sozialem, humanitärem, sittlichem, religiösem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet wird durch Beiträge oder eine einmalige Ablösungssumme die Mindestleistung der Einzelnen auf besondere Organe abgewälzt. Aus dieser „ungeheuren moralischen Lastenabwälzung“ erklärt sich das Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg solcher Unternehmungen. Deshalb auch der „Hauptmangel, das Ausbleiben einer die ‚Mitglieder‘- und Gebermassen selbst innerlich erhöhenden Rückwirkung ihrer Leistungen.“

2. Die Staatsschule ist keine „Erziehungsstätte von einheitlicher Prägung“. Sie ist mehr und mehr eine bloße Unterrichtsanstalt geworden und, von Ausnahmen abgesehen, „auf das verstandesmäßige Wissen eingestellt“, von der Primarschule bis hinauf zur Mittel- und Lehrerbildungsschule.

3. Die Bundesverfassung (Art. 27 und 49) verhindert die Errichtung staatlicher konfessioneller Schulen. Artikel 27 „steht in der Verfassung zwar im Namen der Glaubensfreiheit. Für Eltern aber, deren Verantwortlichkeitsbewußtsein hinsichtlich der Erziehung der Kinder vor der Schultüre nicht Halt macht und für die es eine Schulerziehung nur im Sinne des Glaubens ihrer Konfession gibt oder aber keine, für solche Eltern bedeutet der Artikel einen Eingriff in ihre Glaubensfreiheit“!

Der Religionsunterricht wird großenteils auf eine „unerfreuliche, ja trostlose“ Art erteilt. Vor allem aber „bilden der Religionsunterricht und der übrige Unterricht vielfach kein einheitliches Erziehungswerk“. Der ganze Geist, die Atmosphäre

der Schule sollte ja einer einheitlichen (christlichen) Erziehung dienen!¹⁰²

Angesichts dieser negativen Bilanz prüft Bächtold die da und dort noch gehegte Hoffnung „auf die Erhaltung oder Restaurierung der allgemeinen christlichen Staatsschule.“ Er sieht darin eine Illusion. Denn Staat und Volk sind ja selber längst nicht mehr christlich. „In unsern Tagen scheint sich der Prozeß (der Trennung von Kirche und Staat) mit beschleunigtem Tempo zu vollenden.“

Die Gegenwart betrachtet „die religiös neutrale Schule als die wahre Volksschule“. Weltanschaulich neutral aber kann natürlich eine Schule nicht sein. „Die Konsequenz der neutralen Schule ist in praxi dann nur die, daß das Christentum weichen muß, dafür aber andersgeartete Lebensauffassungen sich vordrängen...“ Auch ein überkonfessioneller Moralunterricht, überhaupt alle erzieherischen Bemühungen sind „irgendwie Ausfluß einer Weltanschauung. Jedes Lesebuch, religiös noch so neutral gehalten, stellt eine mehr oder weniger einheitliche Illustration von Weltanschauungsbegriffen dar...“¹⁰³

Die Idee der Freien Schule nun, für die sich Bächtold mit seiner ganzen Kraft einsetzt, wendet sich nicht etwa gegen den Staat. Sie will nur das Monopol der Staatsschule brechen. „Wir stellen . . . fest, daß wir es mit einer Teilfrage des großen Problems der Grenze zwischen Staatstätigkeit und freier Privatsphäre zu tun haben.“ Die landläufige „bürgerliche“ Auffassung, die sich den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit gewiß nicht gefallen ließe, besagt: Der Staat kann nicht wirtschaften! — Erziehen kann er wohl!! „Wessen Denken aber schulpolitisch nur etwas frei geworden ist, der muß sich sagen: Wenn der Staat auch alles kann, so doch sicher nicht Kinder erziehen.“

Neben das Prinzip der Staatlichkeit stellt Bächtold das der Genossenschaftlichkeit. Gesinnungsverwandte schließen sich zusammen zu Schulgemeinden, die Freie Schulen schaffen und unterhalten, die Lehrer wählen, die Schulleitung bestimmen. „In dieser Schulform sind nun unsere drei Bedingungen einer idealen

¹⁰² Ebenda S. 13—19.

¹⁰³ Ebenda S. 21—25.

Schule erfüllt . . . Unvollkommenheiten werden nach allen drei Richtungen den Freien Schulen auch anhangen; aber wir haben in ihnen eine Schulform, die den Weg frei legt nach den drei erwünschten Richtungen. Die Kräfte selbst liegen nicht in der Form. Die Kräfte müssen aus unserem für die Schulsache neu-geweckten Gewissen hervorbrechen.“

„Die staatliche Subventionierung ist in praktischer Hinsicht der Kern unserer Bestrebungen.“ Sie ist nötig, damit die Freien Schulen keine Standesschulen werden. Sie wird aber nur verlangt für den „Teil der Arbeit und der Ausgaben, den der Staat bei Nichtexistenz der Privatschulen in vollem Umfang auf sich nehmen müßte.“¹⁰⁴

Schließlich setzt sich Bächtold mit den Bedenken auseinander, die gerade in christlichen, an den Freien Schulen interessierten Kreisen laut geworden sind.

„An der Spitze und in der Leitung dieser Schulen würden’, so heißt es, ‚eben auch unvollkommene Menschen stehen’.“ Dieser Einwand aber „würde jedes christliche, überhaupt jedes von Menschen unternommene Werk treffen.“

Der Vorwurf der „Gefährdung der Volkseinheit“ geht zurück auf eine jener „zahlreichen Fiktionen, mit denen der moderne Mensch einen Teil seines menschlichen Optimismus sich bewahrt“. Unser Volk lebt ja längst „aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen“ in einer furchtbaren Zerrissenheit. „Wir Christen hätten jahrzehntelang Gelegenheit gehabt, für Forderungen zur Umgestaltung derjenigen Verhältnisse einzutreten, die die heutige Todfeindschaft zwischen den Volksklassen im Schoße trugen. Jetzt auf einmal, wo die Freie christliche Schule sich neben der Staatsschule die Existenzbedingungen verbessern will, tritt man für die Erhaltung der Volkseinheit ein.“ — Der Tatbeweis dafür, daß die allgemeine Staatsschule das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität wecke, „steht bis jetzt aus“. Dazu wäre eben eine (christliche) Erziehungsschule nötig . . .

„Was die ‚Separierung’ der christlichen Bevölkerungsbestandteile überhaupt betrifft, so ist es wahrhaftig nicht das

¹⁰⁴ Ebenda S. 28—33.

Schlimmste, was unserem kirchlichen Christentum passieren kann, wenn es durch größere Konzentration um seinen Kern wieder mehr Charakter und Grundsätzlichkeit erhält. Fragen andere Weltanschauungen, die in unserem Volke herrschen, viel nach ihrer Verträglichkeit mit der Bergpredigt und dem Geiste Jesu? Warum sollen in den Auseinandersetzungen der Lebensauffassungen nur immer wir Christen zu Ausgleichen, Abstreichen, Konzessionen, Kompromissen und Halbheiten bereit sein? Warum sollen nur immer wir mit unserer Lebenshaltung nach rechts und links und nach allen Seiten verfließen und verschmelzen mit Auffassungen und Einrichtungen des modernen Lebens? Welchen Institutionen der Welt — politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen überhaupt — wird denn heute christlicher Geist noch gefährlich?“

Auch jenes andere „Risiko laufen doch wahrhaftig die jungen Menschen“ heute nicht mehr: „daß sie nur noch von Winden aus christlicher Atmosphäre her berührt würden.“

Kommt aber die Freischulbewegung nicht eher den Katholiken als den Protestanten zugut? „Wir müssen in diesen Schulfragen, wie in der religiösen Bewegung überhaupt, vor dem Grundsatz des freien Wettbewerbes nicht zurückscheuen, d. h. vor dem Standpunkt des Glaubens und der Glaubensenergie. Einmal wird ja doch noch der Tag kommen, wo die Reste von lebendigem Protestantismus sich in ganz anderem Maße zum Kampf um Existenz und Wachstum aufraffen müssen, als es in unserer schwach gewordenen Zeit der Fall ist. Was in der Schulfrage unser Verhältnis zum Katholizismus betrifft, so ist in mir nicht vorherrschend das Gefühl der Beängstigung, sondern das der Bundesgenossenschaft. Daß wir dabei die Grenze der Bundesgenossenschaft an der Stelle, wo unser besonderer geistiger Besitz in Frage steht, nicht überschreiten werden, dessen ist sich der Katholik selbst um so mehr bewußt, als er gewiß von seinem Besitz um kein Jota weicht.“

Schließlich betont Bächtold noch, „daß wir neben und mit der Pflege Freier christlicher Schulen unsere Aufgabe im Bereich der öffentlichen Schule nicht beiseite stellen und besonders auch die Arbeit christlicher Lehrer in der öffentlichen Schule

als überaus wichtig betrachten, daß wir alles tun müssen, um unserem Glauben den Zusammenhang mit den breiten Massen der Volksjugend zu bewahren, auch wenn dieser Zusammenhang sich vielfach bis zum Brechen spannt. Wir leben endlich des Glaubens, daß ein blühendes, fruchtbares Gedeihen Freier Schulen belebende Rückwirkungen äußere auf die staatliche Schule.“

Der Weg aber, „den unsere Freischulpolitik betritt, ist für jetzt und heute, für diesen und jenen Ort, für diese und jene christlichen Eltern ein innerlich notwendiger Weg.“¹⁰⁵

Dieser Weg führt dann in Basel unter Bächtolds Führung zur Freischul-Initiative des Jahres 1922. Der Artikel 15 der Kantonsverfassung soll ersetzt werden durch einen neuen Paragraphen: „Die Errichtung von privaten Erziehungs- und Bildungsanstalten ist gewährleistet. Sie stehen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes unter Aufsicht des Staates. Private, von wenigstens 120 Kindern besuchte Schulanstalten, welche von Elternvereinigungen aus Glaubens- und Gewissensgründen als Ersatz für die öffentliche Schule errichtet und betrieben werden, haben Anspruch auf Vergütung ihrer Kosten seitens des Staates, soweit dieselben die entsprechenden Kosten der öffentlichen Schule nicht übersteigen. Dieser Anspruch kann frühestens vom Jahre 1925 an geltend gemacht werden. Staatlich unterstützte Privatschulen dürfen im Ausmaß ihres Lehrzieles nicht hinter der öffentlichen Schule zurückstehen.“

Im März 1922 veröffentlicht die EVZ diesen Text, und Bächtold fügt unter anderem bei: „Die Initiative wendet sich nicht nur an diejenigen Bürger, die selbst für ihre Kinder es begrüßen, wenn private Schulen ohne Schulgeld bestehen, sondern sie appelliert auch an alle diejenigen, die weit und frei genug denken, um Andersgesinnten, denen nun einmal eine entschieden christliche Erziehung ihrer Kinder ein Gewissensanliegen ist, es zu ermöglichen, ihrem Gewissen nachzuleben.“

Das Initiativkomitee besteht aus protestantischen und katholischen Persönlichkeiten. Die Evangelische und die Katholi-

¹⁰⁵ Ebenda S. 41—47.

sche Volkspartei unterstützen die Vorlage. Der Kampf wird sehr heftig. Die Kräfte aber sind auf protestantischer Seite allzu ungleich. Die EVZ erscheint ja nur alle 14 Tage und fällt mit ihren rund 300 Basler Abonnenten für eine wirksame Propaganda völlig außer Betracht. Die „Basler Nachrichten“ und die „Nationalzeitung“ bekämpfen die Initiative scharf und sind den Befürwortern „nahezu vollständig verschlossen“. Zu einer großen Propaganda mit Inseraten und Flugblättern aber fehlt das Geld.

So ist es nicht verwunderlich, wenn am 17./18. Februar 1923 das Volksbegehren wuchtig verworfen wird: mit 4057 Ja gegen 13 939 Nein.

Bächtold berichtet zwei Monate später über Kampf und Ergebnis im Schweizerischen Evangelischen Schulverein. Wir greifen aus seinem Referat einige wesentliche Punkte heraus:

„Es liegt etwas Niederdrückendes darin, eine große Sache dem Entscheid des Volkes anheimstellen zu müssen, ohne die ausreichende Möglichkeit zu haben, bei der werbenden und aufklärenden Arbeit an das Volk überhaupt heranzukommen.“

„Von neuem trat mit erschreckender Klarheit zutage, daß dem Großteil unserer Bevölkerung gleichgültig ist, was in unserer öffentlichen Schule an Erziehungsarbeit geleistet wird, und was nicht.“

„Da stand uns gegenüber, die stolzen Fassaden der Staatsschulpaläste deckend, die Einheitsfront der Kirchlichen und der Ketzerischen, der Religiösen und der Irreligiösen, der kirchlich Konservativen und der Freisinnigen, der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten, der bürgerlich Konservativen und bürgerlich Freisinnigen, der Altsozialisten und der Kommunisten. Was sich dort um Dogmen und hier um den Franken und Rappen und sonst um alles und jedes tagaus, tagein in den Haaren liegt, das reichte sich in der Schulfrage die Hände und reihte sich schützend um das Einheitsziel der Staatsschulerziehung. Versucht hat natürlich, mit Ausnahme eines atheistischen Privatdozenten der Pädagogik, niemand, dieses Einheitsziel zu definieren. Man scharte sich um etwas, was in Wahrheit Fiktion und Phantom, Illusion und Irrealität ist. Man scharte sich eben einfach um das Gegen-

teil unseres bestimmten, scharf geprägten Erziehungsziels, ja jedes konkret bestimmten Erziehungsziels, also um ein allgemeinverblassendes Nichts oder ein unkontrolliertes Chaos.“

Die bitterste Enttäuschung ist für Bächtold die Haltung der Kirche gewesen. „Sie hat die Freischulbewegung wie Luft behandelt. Sie hat nicht bloß nicht gegen sie als gegen eine Irrlehre gekämpft, sie hat sie öffentlich ignoriert. Die Kirche als Ganzes und die ihr angegliederten Vereinigungen (die Gemeindevereine) haben weder eine Diskussion der Frage angeordnet, noch eine solche in ihrem Schoße zugelassen. Keine weltliche politische Organisation hat uns mit einem solchen Grad der Gleichgültigkeit behandelt wie die Kirche. Eine Reihe kirchlicher Führer waren in den die Aktion vorbereitenden Sitzungen dabei, sie haben ihr damals zugestimmt, andere blieben noch weiterhin an unserer Seite; aber keiner hat, als die entscheidenden Wochen kamen, für unsere Sache gezeugt. Es ist uns vor der Abstimmung nicht mehr gelungen, auch nur einen einzigen Pfarrer zum Reden zu bringen. Wie wir, von vorne bedrängt durch die Masse der Gegner, uns an die Mauer der Kirche zu lehnen und zu stützen versuchten, da wich sie lautlos, wich mit jedem Schritt, den wir zurückgedrängt wurden, zurück, so wie eine graue, täuschende Nebelwand zerfließt. Wir haben erfahren müssen: Die Kirche ist noch eine Macht; wir hatten diese Macht gegen uns.“

Doch läßt sich Bächtold nicht entmutigen. „Denn das ist klar: Die Staatsschulverhältnisse entwickeln sich in einem Sinne, der uns recht gibt und nicht unsern Gegnern aus dem eigenen protestantischen Lager.“ Um aber für einen neuen Kampf in einem späteren Zeitpunkt bereit zu sein, „gilt es, das evangelische Volk aus geruhsamem schulpolitischen Traditionalismus herauszureißen, es zu aktiver Schulpolitik zu erziehen. Es muß eine bestimmte Orientierung bekommen. Denn bis jetzt hat es keine. Und das ist nur ein Stück einer umfassenderen Lebensbewegung, die unserem Protestantismus not tut. Er hat der ‚Welt‘ gegenüber eine (gewiß nie vollständig vorhanden gewesene) einheitliche Orientierung verloren und steht nicht bloß den schulpolitischen, auch den sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen, staatspolitischen Aufgaben vollständig grundsatzlos,

hilflos und unsicher, zum mindesten gänzlich uneinheitlich und uneinig gegenüber.“¹⁰⁶

In den „Richtlinien“ setzt sich Bächtold unter dem Titel „Erziehung, Familie, Schule“ nicht nur für die Erziehung im engern Sinne ein. Er bestimmt seine und seiner Partei Ziele und Aufgaben viel weiter.

Bächtolds Sozialpolitik will jeder Familie, jedem Arbeiter ein „Kultur-Existenzminimum“ an Freizeit und Geld verschaffen. Die Vorbedingungen aber dafür, daß die Sozialgesetzgebung sich wirklich zum Wohle, zum Segen der „Kleinen und Schwachen“ auswirke, sieht er in einer fortschreitenden „Reinigung“ der ganzen öffentlichen Atmosphäre.¹⁰⁷

Es stellt sich „die Frage der Gestaltung der öffentlichen Geselligkeit und des öffentlichen Lebens. Die O e f f e n t l i c h - k e i t verschluckt heute einen großen Teil der Freizeit des Arbeiters und der Bevölkerung überhaupt. Und was für eine Oeffentlichkeit! Und was für eine öffentliche Geselligkeit! Die bloße Barbarei. Allerdings nicht mehr die ursprünglich rohe, sondern die raffinierte, die kranke, überreizte, die sensationelle und schmutzige, kitzelnde und abstumpfende. Eine Geselligkeit, die in den Händen skrupellosen Kapitals und von Ausbeutern ist. Eine Geselligkeit in Form von toller Festivität, in Form von Wirtshaus und Kneipe, von Ball- und Tanznächten, losgelassen auf das Ausruhe- und Erholungsbedürfnis der städtischen Bevölkerung: ein Feind — in hundertfältiger Vermummung, aber auch brutal und schamlos nackt — der menschlichen Gesundheit in körperlicher und geistiger Beziehung.“

Bächtold fordert private und staatliche Einwirkung auf die „Oeffentlichkeit“ und Bekämpfung ihres meist negativen Einflusses. So greift er in These 12 mit dem Alkoholgenuß auch gleich „die Monopolstellung des Wirtshauses“ an. Die Thesen

¹⁰⁶ Gesammelte Schriften, S. 424 bis 433. — Ein größerer «neuer Kampf» für die grundsätzliche Gleichstellung der freien Schulen mit den Staatsschulen wurde bis heute nicht ausgefochten. Es blieb bei einzelnen Vorstößen in Presse und Parlamenten.

¹⁰⁷ Vgl. oben S. 62 und 64.

13—15 widmet er den verderblichen Einflüssen von Kino, Reklame und „Straße“.

Immer wieder wendet er sich scharf gegen den Kino. Dieser ist „ein Erziehungsmittel der Massen, ein unübertreffliches Propagandamittel. Aber vorerst zum Schlimmen und Verderblichen . . .“ — Bächtold setzt sich für eine einheitliche schweizerische Filmzensur ein. „Wir meinen, daß es sehr nötig sein wird, wenn dabei auch die Ansicht der christlichen Kreise frühzeitig und ausgiebig zur Geltung kommt. Die Note eines entschiedenen Puritanismus, dem die Sorge für die Reinheit der Seele allen andern Erwägungen vorangeht, wird nicht fehlen dürfen. — Uns kommt es etwas eigentümlich vor, wenn in der Presse die Entschuldigung mit dem Volksgeschmack vorgebracht wird, da doch die Presse durch ihre Propaganda selbst den Volksgeschmack verbilden hilft. Warum schüttelt der Verband der Schweizer Presse, die Vereinigung der Redaktoren, wenn es die Verleger nicht von sich aus tun, nicht die Servitut der Kinobetriebe im Textteil einmal ab?“

Die Presse mit ihrer Reklame ist für ihn die Hauptschuldige. „Sind — wie man versucht ist zu glauben — die Großmächte unter den Inserenten wirklich so allmächtig?“ fragt er in einem andern Zusammenhang. In den Inseraten sieht er eines der traurigsten Beispiele von Verantwortungslosigkeit und hemmungsloser Erwerbsgier.

Die öffentliche Anpreisung besonders der teuersten, extravaganten Vergnügungsanlässe nennt er ein bedenkliches „Aergernis“. Unter diesem Titel findet sich im Januar 1922 als Teil der innenpolitischen „Umschau“ folgende Notiz Bächtolds:

„Man redet zur Zeit im Hinblick auf die Wirtschaftskrisis weit und breit von der Notwendigkeit, daß die Arbeiter in Lohn und Arbeitszeit Opfer bringen müßten und die Bauern mit den Lebensmittelpreisen herunter sollten. Was für einen Eindruck muß es aber auf diese Volksgenossen machen, wenn sie nun in unseren bürgerlichen Zeitungen etwa lesen, daß im Hotel Eden au Lac Silvesterfeier war mit Ball zu 20 Franken die Person, im Savoyhotel Baur en Ville Silvesterball inklusive Souper zu

Fr. 15.—, Silvesterfeier, Diner und Ball bei Huguenin zu 20 Franken . . .? Trägt solcher Mangel an sozialem Schamgefühl nicht ebensoviel zu Klassenverhetzung und Revolution bei, wie jene Dinge, gegen die die neuen Paragraphen des Bundesstrafrechts gerichtet sind¹⁰⁸?“

Da nimmt die Evangelische Volkszeitung allerdings eine denkbar saubere Haltung ein. Sie verzichtet anderthalb Jahre lang auf einen Inseratenteil und führt ihn erst im Januar 1922 gleichzeitig mit einer „Zensur“ ein: „Es ist selbstverständlich, daß wie beim Text auch dabei das Gewissen mitsprechen muß. Unsere Grundsätze verbieten uns, die Praxis, die in unserer Tagespresse herrscht, mitzumachen. Das heißt: Eine ganze Reihe von üblichen Ankündigungen kommen für uns von vornherein nicht in Betracht. Kinoinserate aufzunehmen, wäre für uns eine Sünde. Fehlen werden bei uns noch Anzeigen dieser Art . . .“. Es folgt eine „Musterkollektion“ von Inseraten, für Vergnügen aller Art, für ausgesprochene Luxusartikel, Heiratsvermittlung, „intime Hygiene“, leichten Geldverdienst. —

„Der Leser mag sich diese Inserate in Gruppen ordnen und sich gegenwärtig halten, daß unsere Zeitungen wimmeln von solchen und ähnlichen Anzeigen. Da bekommt er eine Uebersicht, auf welch mannigfaltigen Wegen und in welch ‚gesunder‘ und ‚reiner‘ Weise Erziehungswirkungen von unserer vornehmen Presse ausgehen. Und das alles bei solchen Zeitläuften! Sollten wir nicht schamrot werden, daß wir alle diese Dinge protestlos ertragen, ja gelegentlich mitmachen?“ —

„Wenn wir also hiermit zum Inserieren einladen, so wissen die Geschäftsleute nun, was bei uns Brauch sein wird.“

Auch die „gute“ Presse ist nach Bächtolds Ueberzeugung völlig beherrscht von rein finanziellen Interessen und versagt gänzlich etwa im Kampf gegen die gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen, die durch Alkoholgenuß und -Mißbrauch verschuldet werden. Anläßlich der dritten schweizerischen Gastwirtsgewerbeausstellung, die im Juli 1921 in Basel eröffnet wird,

¹⁰⁸ Gemeint ist die Novelle zum Bundes-Strafrechtsgesetz: «Ueber die Verbrechen gegen die staatliche Ordnung . . .» Veröffentlicht am 1. Februar 1922, verworfen am 24. Sept. 1922.

greift Bächtold besonders heftig die Berichterstattung und Reklame der „Basler Nachrichten“ an. Diese „hatten alle Besonnenheit verloren und schwelgten in Lob und Preis über die ,tausendfachen lukullischen Genüsse, die tischkünstlerischen Leistungen, die Diners mit allen Schikanen', das Cabaret mit seinem mondänen Leben. — Das Blatt konnte sich nicht genug tun in geschmacklosen blöden Witzen und Vergleichen. — Dieser Geist wird vertreten in einem Blatt, das der kommunistische ,Basler Vorwärts' bei jeder Gelegenheit als Repräsentanten des Christentums (mit Spott und Hohn) in Anspruch nimmt. Auch diesmal wieder, wenn wir uns recht erinnern. —

Uebrigens nicht nur kein bürgerliches Blatt, auch keine einzige bürgerliche offizielle oder sonst autoritäre Persönlichkeit hat gegenüber diesem Ausstellungsrummel mit seinen jedermann wohlbekannten bedenklichen Nebenerscheinungen auch nur ein Wort der Zurückhaltung und der Mäßigung gehabt. Für uns evangelische Volksparteiler aber muß feststehen, daß in dem, was hier zusammengefaßt zum Ausdruck kam, eines der Krebsübel besteht, an dem unser Volk leidet.“

Bächtold stellt immer wieder einander gegenüber soziale Frage und V e r g n ü g e n, Zugeknöpftheit da und Großzügigkeit dort. Seine Kritik macht nicht Halt vor den Subventionen an das Basler Theater. Ueber eine zur Diskussion stehende „Nachsubvention“ schreibt er: „Wird man in diesem Falle sich nun auch so Sorge um die Staatsfinanzen machen, wie beim Krankenkassen- und Pensionsgesetz? Es wäre jetzt, und nicht erst jetzt, entschieden am Platze.“

Eine Resolution der Schweizerischen Delegiertenversammlung seiner Partei spricht Bächtold aus dem Herzen: „Die ordentliche Delegiertenversammlung der Evangelischen Volkspartei vom Pfingstmontag (1922) in Zürich fordert alle ihre Organe und Mitglieder auf zum energischen Kampf gegen die F e s t s e u c h e und den damit verbundenen Mißbrauch des Sonntags. Sie verlangt von den Behörden eine bessere Durchführung der Sonntags- und Wirtschaftsgesetze und starke Beschränkung der Subventionen für Feste. Sie protestiert gegen die gewinnsüchtige Irreleitung des berechtigten Bedürfnisses nach

Freude und Geselligkeit und anerkennt die Notwendigkeit, dem Volke edlere Festgelegenheiten zu bieten.“

Immer mehr nehmen festliche Anlässe aller Art überhand. Sie gefährden Familienleben, Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung. Dahinter stecken sehr oft die Interessen des Alkoholkapitals und des Gewerbestandes.

Die Feste wenden sich zwar an jenes „berechtigte Bedürfnis nach Freude und Geselligkeit“, entsprechen aber immer weniger der Lage und der Stimmung weitester Kreise unseres Volkes. „Woher nehmen wir denn ein Recht, diese Feste wahre Volksfeste zu nennen, wenn fast die Hälfte des Volkes grollend nebenaus steht, woher das Recht, frohe Feste zu feiern, wenn nicht die sauern Wochen erfüllter Bruderpflicht vorangegangen sind, der Bruderpflicht denen gegenüber, denen ihre wirtschaftliche Lage das Heimatgefühl zerstört und aufgelöst hat; woher das Recht, kostspielige Feste zu feiern, wenn Tausende mit dem Bettelsack herumlaufen müssen, wenn — um auch das zu sagen — in Rußland bereits zehn Millionen Hungers gestorben sind, in der Zeit des Völkerbundes und der Völkersolidarität? —

Wir unsererseits möchten sagen, wenn man nur wenigstens in unsern christlichen, namentlich kirchlichen Kreisen wieder einmal den Mut aufbrächte, eindringlich zum Ausdruck zu bringen, wie „unerbittlich der Zwiespalt ist, in dem man sich gegenüber dem Geschmack der weitmeisten Zeit- und Ortsgenossen befindet“¹⁰⁹. Aber man soll es nur dann und wann probieren, zu sagen, bei dieser oder jener Sache könnten Christen nicht mitmachen und müßten sich für sich selbst zusammentun, gleich hat man den Großteil der führenden Kirchlichkeit und Christlichkeit gegen sich mit der Mahnung, sich ja nicht vom Volksganzen abzusondern.“

Unbegreiflich ist für Bächtold die Unterstützung des ganzen Festrummels durch die hohen und höchsten Behörden. „Der Bundesrat spricht sich tatsächlich bei jeder Gelegenheit für größere Sparsamkeit aus, und er kann sicherlich auch keiner anderen Meinung sein, als daß wir diesen Sommer wieder einmal bis

¹⁰⁹ Zitat aus Jacob Burckhardts Brief an F. v. Preen (30. Mai 1877), von Bächtold auch verwendet in: «J. B. und das öffentliche Wesen seiner Zeit.» Zitat aufgelöst von E. Vischer in Bächtolds Gesammelten Schriften.

zum Sinnlosen Feste gefeiert haben. Warum muß er ihnen noch durch die Anwesenheit seiner Mitglieder eine Art von Sanktion erteilen?“

Bächtold findet in den schweizerischen Verhältnissen jener Jahre nichts weniger als einen Anlaß zu Festen und Feiern. Da ist ihm auch der 1. August kaum eine Ausnahme. Seine Aufrufe zum vaterländischen Gedenktag weichen gewaltig vom üblichen patriotischen Tone ab.

Der 1. August ist zwar auch ihm ein Tag vaterländischer Besinnung — doch der Besinnung nicht nur auf die Gaben der Vergangenheit, sondern besonders auf die Aufgaben der Gegenwart. Das Vaterland ist ja nicht einmal gegründet, aufgebaut worden; „es ist vielmehr immerfort in Aufbau und Zerstörung begriffen.“ Es steht und fällt letztlich mit „dem Geist, in dem wir uns seinen Angelegenheiten widmen, in dem wir unser ganzes Leben gestalten. — Wie steht es mit Böse und Gut in unserem Herzen? Ist der Herr des Guten, ist Gott unser Herr, im Sinne der Eingangsworte unserer Bundesverfassung?“¹¹⁰

„Der Abfall von dem, der uns unser Vaterland geschenkt“, hat die „zerstörenden Kräfte“ entfesselt. Er ist der tiefste Grund für „all die Zwietracht, den Haß, die Interessenselbstsucht, die Not und Herzensstumpfheit, die das Vaterland als innere Volksgemeinschaft so scharf und schärfer bekriegen, als es je auswärtige Feinde getan haben.“ So ist der Optimismus, „mit dem unser modernes vaterländisches Staatswesen aufgebaut worden ist“, zuschanden geworden. „Beinahe die Hälfte unserer Stadt schenkt ihr Herz dem 1. Mai statt dem 1. August.“ — Nicht mit menschlichen, nur mit „Gotteskräften“ ist da Abhilfe zu schaffen. „Wenn die Besinnung am 1. August nicht da endet, so ist sie überflüssig.“¹¹¹

¹¹⁰ Basler Nachrichten vom 30. Juli 1927.

¹¹¹ Basler Anzeiger vom 31. Juli 1928.

Kapitel 3

Tragik und Problematik

1. Bächtolds letzte politische Tätigkeit — Sein Tod

Im ganzen Jahrgang 1923 der EVZ finden wir einen einzigen Artikel Bächtolds.

Er hat seine politische Tätigkeit eingeschränkt, aus zeitlichen und vor allem aus gesundheitlichen Gründen.

Immerhin hält Bächtold am 22. April 1923 ein ausführliches Referat. In dieser öffentlichen Versammlung der Evangelischen Volkspartei Basel-Stadt für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung spielt Nationalrat Hoppeler der Partei einen übeln Streich. Die vorgesehenen Votanten (für das Versicherungswerk) Dr. Huber aus Zürich und Stadtrat Leu aus Schaffhausen haben in letzter Stunde abgesagt. An ihrer Stelle spricht der Zürcher Dr. Hans Hoppeler, „ein regelrechtes Korreferat haltend“¹¹²!

Dieser einzige Nationalrat der Evangelischen Volkspartei der Schweiz ist neben Bächtold ihr zweiter „großer Mann“, auch eine sehr ausgeprägte Persönlichkeit. Er steht auf der äußersten Rechten der Partei.

Der schweizerische Zentralvorstand sucht Bächtold immer wieder zu den Sitzungen beizuziehen. Seine Mitarbeit wird doch außerordentlich geschätzt.

Schließlich sind auch die „Sozialpolitischen Richtlinien“ eng mit seinem Namen verknüpft. Diese „Thesen Bächtold“ harren ja immer noch der endgültigen Bereinigung und der offiziellen Annahme als Parteiprogramm.

¹¹² Protokollbuch S. 61.

Mit einiger Verblüffung lesen wir im Protokoll des Zentralvorstandes vom 21. April 1923: „Mit Schreiben vom 10. April verlangt die Ortsgruppe Winterthur Diskussion und Abschluß der ‚Thesen Bächtold‘. Die Behandlung ist nicht möglich, da noch die Antworten vieler Sektionen ausstehen.“

Im Jahresbericht 1922/23, der unter dem Datum des 22. April 1923 protokolliert ist, finden wir nähere Angaben: „Die Hälfte der Ortsgruppen hat zu den Thesen noch nicht Stellung genommen . . .“! An der gleichen Delegiertenversammlung wird Bächtold für seine redaktionelle Arbeit der drei vergangenen Jahre der Dank ausgesprochen . . .

Der erwähnte „Antrag Winterthur“ steht dann auf der Geschäftsliste der nächsten Zentralvorstands-Sitzung, führt aber zu keinem Beschluß. Man läßt den Ortsgruppen Zeit bis 1. November 1924. Dann bearbeitet eine „Thesen-Kommission mit Bächtold zusammen die Ergebnisse der Rundfrage. Bächtolds neuer (vierter) Entwurf wird im Vorstand diskutiert, anschließend vom Verfasser nochmals bereinigt und endlich im März 1925 als Antrag an die Delegiertenversammlung in der EVZ veröffentlicht. Die Delegiertenversammlung berät und bereinigt im Mai und im Oktober diesen „neuen Entwurf“ Bächtolds. Der Verfasser selbst erklärt, die Thesen seien „durch Vereinfachung des Ausdrucks gemeinverständlicher geworden“. Das Protokoll meldet die endgültige Annahme der Thesen: „Nach vierjähriger Beratung wären nun die Richtlinien festgelegt, und die Versammlung dankt Herrn Prof. Bächtold für die Hauptarbeit, die er bei der Festlegung des Programms geleistet hat.“

Recht aufschlußreich ist ein Vergleich der „Sozialpolitischen Richtlinien“ vom Januar 1921 mit dem endlich daraus hervorgegangenen „Parteiprogramm der Evangelischen Volkspartei der Schweiz“, das 1926 endgültig angenommen und in 5000 Exemplaren gedruckt wird.

Höchst erstaunt stellen wir fest, daß inhaltlich nur wenig an jenem ersten „revolutionären“ Entwurf geändert worden ist. Im Umfang ungefähr gleich geblieben, beginnt das „Programm“ mit dem Abschnitt „Grundlage“, der „die Umgestaltung der Volksgemeinschaft“ als Ziel bezeichnet und von der „Erneuerung

durch das Evangelium Christi“ spricht, deren Kräfte sich auswirken sollen „auch in den großen Verhältnissen der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“. Kraft und Maßstab für dieses Bestreben erwartet die Partei aus dem „Trachten nach dem Reiche Gottes“ (1920: aus dem „Geist entschlossener Bruderliebe“).

Bemerkenswert ist, daß das „Programm“ nicht mehr von der „Umgestaltung“ der Wirtschaftsordnung spricht, und daß auch jener ominöse Satz weggefallen ist: „Solange die Privatwirtschaftsordnung besteht.“

Als zweiter Abschnitt erscheint nun der über das „Erziehungswesen“. Die ursprünglichen Abschnitte II und III kommen erst an vierter Stelle unter dem Titel „Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Die Aenderung an der Reihenfolge mag wohl ihre Bedeutung haben.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn wir sehen, wie z. B. die Forderung nach Freien Schulen recht maßvoll formuliert ist: „Ermöglichung freier christlicher Schulen“.

Recht deutlich wird dann die mäßigende Tendenz des „Programms“ im vierten Abschnitt. Zwar wird gefordert, der Arbeitslohn solle „nach dem Grundsatz möglichst gerechter und zweckmäßiger Verteilung des Gesamtvolkseinkommens“ bemessen werden. Es folgt aber die Einschränkung: „unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen“. Das hat doch einen andern Akzent als die frühere Fassung: „... eine gerechtere Verteilung des Gesamtvolkseinkommens“. Auch von der „Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ ist nicht mehr die Rede, so wenig wie von der „Frage weitergehender Sozialisierung.“

Immerhin sind wesentliche neue Postulate ins „Programm“ aufgenommen worden: Die Handels- und Gewerbefreiheit mag eingeschränkt werden, „soweit es das sittliche und wirtschaftliche Wohl des Volkes verlangt“. Der „soziale Frieden“, die „soziale Gerechtigkeit“ sollen wichtiger sein als die „rücksichtslose Verfolgung des wirtschaftlichen Privatinteresses“. Das Tarifvertragssystem soll allgemein eingeführt werden, der Staat die „Kompetenz zur Verbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen“ erhalten.

Die beiden übrigen Abschnitte behandeln „Volksschäden und sittliches Volkswohl“ und schließlich die „Steuerpolitik“. Sie decken sich im wesentlichen Gehalt mit den entsprechenden Teilen der „Richtlinien“.

Wir kommen zum Schlusse, daß rund fünf Jahre Diskussion und Umarbeitung doch das Entscheidende an Bächtolds Thesen nicht beseitigt haben. Sein Geist begegnet uns fast in jeder Zeile, wenn auch nicht mehr sein Stil. Die Formulierungen sind nun „gewöhnlicher“ geworden, die Forderungen und ihre Begründungen sind in eine „geläufigere“, „populärere“ Form gekleidet. Das Ganze wirkt weniger aggressiv, aber auch weniger dringlich, weniger verpflichtend. Irgendwie sehen wir uns doch nicht mehr dem christlichen Denker und Kämpfer gegenüber. Uns begegnet nun in Titel, Aufbau und Stil des „Programms“ eher etwas Unpersönliches. Wir spüren Arbeit und Einfluß einerseits eines mehr kirchlichen Christentums, anderseits des SVEA-Sekretariates. Das ganze politisch-soziale „Ethos“ der Partei hat eine mehr „pietistische“ Färbung erhalten, während es Bächtold einst stark puritanisch-kämpferisch konzipiert hatte.

Wie war es nur möglich, daß die scharfen Auseinandersetzungen an der Substanz der umstrittenen „Richtlinien“ so wenig änderten?

Diese Uebereinstimmung zwischen dem Bächtold von 1921 und den Delegierten von 1925 und 1926 ist nur eine scheinbare. In Wirklichkeit steht auch jetzt nur eine Minderheit der Parteiabgeordneten auf Bächtolds Seite. Das Gewicht seiner Persönlichkeit, seiner Rede und wohl auch der von ihm für die Partei geleisteten Arbeit ist groß genug, um seinen Thesen schließlich die Genehmigung zu verschaffen. Es ist gleichsam eine Genehmigung „honoris causa“, wobei im unpersönlichen Ton des „Programms“ ein leiser Hinweis auf den wahren Sachverhalt liegt.

Die Mehrzahl der Delegierten hat ihre ursprüngliche Angst vor dem „Revolutionär“ und seiner Richtung verloren. Seitdem er nicht mehr Redaktor ist und also keinen Kurs mehr zu steuern vermag, sind die Bedenken zum Teil geschwunden. Seine Kompromißlosigkeit hat keine große praktische Bedeutung mehr, höchstens noch in Basel. Alle übrigen kantonalen Organi-

sationen der Partei haben sich unterdessen festigen und ihre eigene Politik entwickeln können. Das Parteiprogramm wird 1926 nicht mehr „gefährlich“ werden. Es wird ein Programm sein, ähnlich dem anderer Parteien, aber nicht mehr allzu stark auf die eigene Partei und ihre wesentliche, in den verschiedenen Kantonen nicht einheitliche Tendenz einwirken. Der entschieden sozialreformerische Impuls Bächtolds liegt dem Programm wohl noch zugrunde. Er wirkt aber nicht unbedingt „aktivistisch“, wie einst zu befürchten stand . . .

Bächtolds schleichende Krankheit hat ihn schon 1924 gezwungen, sich in seiner außerberuflichen Tätigkeit weitgehend einzuschränken. Außerhalb Basels ist er, abgesehen von seiner Mitarbeit an den „Richtlinien“, kaum mehr politisch aktiv. Diese Zurückhaltung bleibt in den nächsten Jahren notwendig. 1924 bis 1928 schreibt er einen einzigen politischen Artikel und die beiden erwähnten kurzen Aufrufe anlässlich der Augustfeiern. In diesen Jahren hält er nur zwei politische Vorträge, davon den zweiten im November 1928. Dieser bildet gleichsam den Auftakt zu einer neuerlichen politischen Aktivität der Jahre 1929/30.

Bächtold stellt sich noch einmal besonders der Basler Partei zur Verfügung: sein Name erscheint 1928 zum zweiten Mal auf der Liste der Partei für die Nationalratswahlen, 1929 zum vierten Mal auf der Großrats-Kandidatenliste. Er verfaßt wieder einige Artikel und Flugblätter und hält im Rahmen der Großrats-Wahlkampagne einen öffentlichen Vortrag: „Was heißt evangelische Realpolitik?“ In diesen zwei Jahren arbeitet er im Basler Parteivorstand erneut recht intensiv mit. Im Mai 1929 taucht er auch, nach langer Zeit, wieder an einer Sitzung des Zentralvorstandes auf und hält an der Delegiertenversammlung ein zweistündiges Referat über die ewig umstrittene Frage: „Sind wir eine bürgerliche Partei?“ Gleichzeitig verspricht er — unter Druck! — für das Jahr 1930 die Uebernahme des Zentralpräsidiums der Evangelischen Volkspartei der Schweiz. Er fühlt sich wieder stärker und hofft auf endgültige Genesung.

Im Jahresbericht 1929 des Basler Parteipräsidenten Dr. Paul Roth lesen wir: „Ein besonderes Wort des Dankes gebührt am

Ende dieser Mitteilungen unserem Vorstandsmitgliede, Herrn Prof. Bächtold, der im Januar des Berichtsjahres zum Mitglied der Historischen Kommission an der Münchener Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie und im November zum Rector magnificus der Basler Universität ernannt worden ist, uns aber trotz all dieser vielen und hohen Ehrenämter auch in der kleinsten Parteiarbeit stets als geistiger Vater und Berater im schönsten Sinne des Wortes betreut hat.“

Mit der Uebernahme des hohen akademischen Amtes fällt nun allerdings das in Aussicht genommene schweizerische Parteipräsidium außer Betracht. Bächtolds politische Tätigkeit beschränkt sich im Jahre 1930 auf seine gelegentliche Mitarbeit in Basel. Für das nächste Jahr stellt er der Evangelischen Volkszeitung einige Artikel über historische Themen in Aussicht.

So wurde Hermann Bächtold beinahe gleichzeitig die höchste Anerkennung zuteil für seine wissenschaftliche, seine Lehrtätigkeit und auch für seine großen Verdienste um die Begründung und Formulierung einer evangelischen Politik.

Es mutet uns tragisch an, wie nun eben dieses Jahr 1930 all den berechtigten Hoffnungen, die in wissenschaftlichen und politischen Belangen auf dem kämpferischen Gelehrten ruhten, ein Ende setzen sollte.

Die schwere Grippe, an der Bächtold im November 1918 erkrankt war, hatte ihre Spuren hinterlassen. So brachte ihm jeder Winter einige Tage der Bettlägerigkeit. Mehr und mehr litt er auch unter nervösen Störungen: Schlaflosigkeit und Depressionen. Ende 1923 kamen Schwindelanfälle dazu, so daß er hie und da seine Vorlesungen absagen mußte.

1924 machten ihm „religiöse Anfechtungen“¹¹³ schwer zu schaffen, traten dann allerdings „mit der Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes in den Hintergrund.“

Das Rektoratsjahr aber war für ihn eine zu schwere Belastung: „Nach der Ueberreizung des Nervensystems anno 30

¹¹³ Vgl. unten S. 112.

wurde es rasch schlimmer und schlimmer, so daß er um Urlaub bitten mußte und zweimal ein paar Monate von daheim abwesend war, zum Beispiel November 1931 bis Januar 1932 und Januar bis April 1932.“

Im März 1932 starb seine heißgeliebte Mutter. „Er hatte die seelische und körperliche Kraft nicht mehr, diesen Schlag zu ertragen. Ganz gebrochen kehrte er (aus dem Süden) heim.“

Nachdem Bächtold in den Jahren 1931/33 drei Semester hatte aussetzen müssen, konnte er im Winter 1933/34 wenigstens seine fünf Vorlesungsstunden wieder abhalten. Dann aber sollte er sein geliebtes Katheder nicht mehr betreten. Seine Gattin erzählt:

„Im Frühling 1934 reisten wir nach Italien, aber des schlechten, stürmischen Wetters wegen und infolge der zunehmenden Nervosität verließen wir das Land schon wieder nach drei Wochen.“

„Am 18. April erkrankte er an Typhus, dem er nach acht Wochen, am 4. Juni 1934, erlag. Sein zerrütteter Körper konnte diese Krankheit nicht mehr meistern.“

Es erschüttert uns, zu erfahren, wie Hermann Bächtold bis zuletzt noch auf Besserung hoffte. Er konnte nicht glauben, daß er mit 52 Jahren schon sterben sollte, nachdem er sein großes universalhistorisches Werk, wie er sagte, eben erst „zu Faden geschlagen“ hatte.

Als er schließlich doch mit Leben und Werk abschließen mußte, packte ihn wohl die Verzweiflung über alles menschliche Wollen und Vollbringen. Nur so können wir uns erklären, daß er auf seinem Sterbelager dringend bat, seine Gattin möchte doch alle seine Papiere vernichten¹¹⁴.

2. Bächtolds „Ganzheit“

Belows Witwe nannte Bächtold einen „männlichsten Mann“. Seine Natur war auf „Ganzheit“ angelegt. Kein Wunder, daß er

¹¹⁴ Vgl. oben S. IX. Die Mitteilungen über Bächtolds Krankheiten von seiner Witwe, die Zitate aus ihrem Brief an E. Vischer vom 28. April 1938.

Luther über alles verehrte. Bächtold hätte „die ganze Welt auf seinen Weg gezwungen, wenn er dazu die Möglichkeit gehabt hätte“ . . . Seine autoritäre Art ertrug nur schwer Widerspruch. Schon darin vielleicht lag für ihn ein wesentlicher Grund, nicht in eine der bestehenden Parteien einzutreten. Er wäre zu eigenwillig, zu vehement gewesen. — Seine Kompromißlosigkeit wurde fast zur Ausschließlichkeit, so daß er den Studenten oft unnahbar erschien.¹¹⁵

Seine harte Jugend, sein schwerer Weg bis zum ersehnten beruflichen Ziele hatte Bächtold beinahe zum Asketen gemacht. Neben seiner vielfältigen Arbeit fand er auch in den Basler Jahren kaum Zeit für Erholung und Entspannung. Es fiel ihm sogar in den Jahren zunehmender Krankheit schwer, wirklich Ferien zu machen. Vergnügungen aller Art, vorab alles, was mit dem „Wirtshaus“ zusammenhing, dann auch Theater und Sport, stießen bei ihm auf wenig Verständnis. „Diese Dinge“ nahmen ihm zu viel Raum ein im modernen Leben. Vor allem sah er darin die Feinde edlerer Freizeitbeschäftigungen und den „Stein des Anstoßes“ für ungezählte Neidische, vom Schicksal Benachteiligte.

Lebendige Anteilnahme am Schicksal der „Brüder auf der Schattenseite des Lebens“ war der Grund seiner ständigen Beunruhigung, seines „Umgetrieben-Seins“ in Gefühlen der Verantwortung und Mitschuld. Sein Interesse war wirkliches „Dazwischensein“¹¹⁶ und äußerte sich hie und da in absonderlichen, rührenden Anwandlungen. So konnte er etwa den Zucker zum schwarzen Kaffee nur zögernd nehmen: solange andere zu wenig zum Leben hatten . . . Ein andermal war er drauf und dran, seine Wohnung an der Freienstraße zu kündigen und sich mitten in einem Arbeiterviertel niederzulassen, zur praktischen Bewährung seiner Solidarität. Seine Frau mußte oft scharf darüber wachen, daß er nicht über die eigenen finanziellen Kräfte hinaus Notleidende, z. B. in Deutschland, unterstützte. In vielen Fällen aber kam sie zu spät, wenn der als wohlthätig bekannte Professor wieder einmal auf die frommen Worte und Sprüche

¹¹⁵ Vgl. H. Büchi, Emil Dürr und Hermann Bächtold, S. 102.

¹¹⁶ Vgl. R. Stamm, Hermann Bächtold, S. 116.

eines Bittstellers hereingefallen war. — In seinen letzten Jahren trug sich Bächtold mit dem Gedanken, sein akademisches Amt niederzulegen und Missionar oder Straßenprediger zu werden.¹¹⁷

Glaube, Leben und Werk sah er mehr und mehr als Einheit. Was er glaubte, sollte seinem Alltag in Privatleben und Beruf, in politischen und anderen Verpflichtungen den Stempel aufdrücken. Der Kampf um diese Einheit wurde in seinem Leben schließlich völlig zentral.

Seine Vorlesungen, in denen er sein Bestes gab, waren ihm eine weltanschauliche Angelegenheit. Oft war er nach einer Stunde völlig erschöpft, nachdem er die Zuhörer hatte teilnehmen lassen an seinem Ringen um Begreifen, Deutung und Lösung. Ein verzehrender Drang nach Weite und Tiefe, nach letzten Erkenntnissen erfüllte ihn immer völliger seit seinen ersten schweren Leidensjahren. Er rieb sich auf im Suchen nach letzten Wahrheiten und Zusammenhängen.

Ein Blick auf das Verzeichnis seiner Vorlesungen zeigt uns, wie sich seine Interessen im Laufe der Jahre äußerst stark verschoben.¹¹⁸ Seine ganze innere Entwicklung drückt sich darin aus. Zwar bleibt er Wirtschaftshistoriker, wendet sich jedoch sehr bald der Erforschung der neuesten Schweizer-, dann der jüngsten Weltgeschichte zu. So wie aber die vaterländische Geschichte bald für immer von den großen weltpolitischen Fragen abgelöst wird, so werden auch diese schließlich verdrängt von den universalgeschichtlichen Problemen. Bächtold entfernt sich immer weiter vom Spezialistentum des Fachhistorikers. Er vermittelt seinen Studenten stets weniger Quellen, weniger Stoff, auch kaum mehr eine Einführung ins Studium. Hermann Bächtold wird zum christlichen Universalhistoriker, der eine Uebersicht, eine Gesamtschau in fesselnder, origineller Konstruktion bietet. So wie jede seiner einzelnen Schriften einer innern Not

¹¹⁷ Diese Details mitgeteilt von Paul Roth, Bächtolds Witwe, Johann Hasler und Ernst Staehelin.

¹¹⁸ Siehe Bächtold-Bibliographie und das besondere Verzeichnis seiner Vorlesungen im Nachlaß.

Herr zu werden sucht, so erlebt sein Zuhörer das Ringen des Gelehrten mit den letzten Fragen historischer und menschlicher Erkenntnis. Bächtold ändert seine Vorlesungen von Mal zu Mal, liest sie nicht vom Blatt, sondern kämpft im Auditorium um die richtige, gültige Formulierung des von ihm mühsam Errungenen.

Zwangsläufig treten in seinem universalen Geschichtsbild die Personen stark in den Hintergrund vor der Dynamik der grundlegenden Spannungen und Rhythmen. Hermann Bächtold sucht nach dem letzten Sinnzusammenhang, kämpft um eine endgültige Sinngebung der Weltgeschichte. Alles Einzelne ist ihm letztlich nur Anzeichen einer größeren Bewegung und als solches in Beziehung zum Ganzen zu setzen. In seiner Vorlesung über die „Perioden der Weltgeschichte“ versieht er jede geschichtliche Epoche mit einem Wertakzent, entsprechend dem Grad ihrer Wahrheitserkenntnis. „Er sah durch die Weltgeschichte einen unversiegbaren Grundwasserstrom fließen, dessen Quellen im alten Israel lagen, und dessen vollendetster Durchbruch in Jesus Christus erfolgt war. Und in diesem Strome erschien ihm die Reformation als die bedeutsamste Ansatzstelle.“¹¹⁹

Bächtold trennt subjektiven Glauben und Wissenschaft bewußt nicht. Glauben und Forschen sind ihm eine Einheit. Historische Objektivität lehnt er als unmöglich ab. Das objektiv notwendige historische System aber gibt ihm sein Glaube. Damit gewinnt er ein absolutes Maß und den gesuchten Sinn alles geschichtlichen Geschehens: denn der persönliche Gott hält alles in seinen Händen.

Bächtolds christliche Universalgeschichte soll die Geschichte der christlichen Wahrheit in der Welt sein. „Im Anschluß an Scheler, in Wahrheit in später Nachfolge Augustins wird ihm alle Geschichte schließlich in der letzten Tiefe zu religiöser Geschichte.“¹²⁰ Er ist überzeugt, daß es nur eine Wahrheit gibt und daß sich die Ergebnisse gewissenhafter empirischer Forschung letzten Endes in die Perspektive der ewigen Wahrheit füßen werden. Das ist das hohe Ziel seiner Universalgeschichte,

¹¹⁹ Paul Roth, Hermann Bächtold, S. 29.

¹²⁰ Ebenda S. 22.

das soll sein Lebenswerk werden. Dieses sein gewaltiges Werk aber läßt er unvollendet, es bleibt Fragment auch in den einzelnen Teilen, denn er scheut sich vor jeder Festlegung, bevor er die letzte Wahrheit gefunden. Tragisch wird das Ringen des Gelehrten, wenn sein christlicher Glaube in den Tiefen der schweren Krankheitszeiten ins Wanken gerät.¹²¹ Mit seinem persönlichen Glauben steht und fällt ja sein ganzes wissenschaftliches Werk.

Hermann Bächtold wird mehr und mehr zum Geschichtsphilosophen. Er versteht sich selbst als solchen, wenn er sagt: „Der Geschichtsphilosoph hat die Leidenschaft und den Willen zu letzter Erkenntnis.“¹²²

In seinem letzten Lebensjahrzehnt steht Bächtold in stets wachsendem Maße im Banne eines ausgeprägten Krisenbewußtseins. Dies wird uns deutlich bei der Lektüre seiner großen Vorträge und Reden der Jahre 1925—1931. Im letzten öffentlichen Vortrag seines Lebens ist er weniger Historiker als „Prediger“. So nennt ihn Vischer.¹²³ Als „Bußprediger“ empfand ihn aber auch Hasler.¹²⁴

Für Hermann Bächtold gab es im tiefsten Ringen um Einheit von Glauben, Leben und Werk kein Ausweichen, weder im Großen noch im Kleinen. Ueberall, wo er stand, kannte er nur Verantwortung, **V e r p f l i c h t u n g**.

So war er neben seinen akademischen und politischen Aemtern jahrelang aktiv in der Kirchensynode, führendes Vorstandsmitglied des positiven Gemeindevereins St. Peter, eifriges Mitglied des Komitees der Basler Mission, des Evangelischen Schulvereins und des Blauen Kreuzes. Immer wieder stellte er sich als Referent zur Verfügung, ob ihn Partei oder Blaues Kreuz, Kirche oder Schulverein, CVJM oder der Christliche Studentenverein riefen. Ueberall war er mit dem Einsatz seiner ganzen reichen Persönlichkeit dabei.

¹²¹ Vgl. oben S. 107.

¹²² Gesammelte Schriften, S. 506.

¹²³ In den Gesammelten Schriften; siehe E. Vischers Kapitel-Ueberschrift: «Bächtold als Prediger».

¹²⁴ Vgl. Haslers Rückblick: 25 Jahre EVP.

Packend schildert dies ein Hörer seiner Volkshochschulkurse: „Dieses Ueberströmen seiner leidenschaftlichen großen Natur, das war es, was aus seinen Volkshochschulkursen nicht Lehr- und Lernstunden machte, sondern Stunden des Lebens, Stunden menschlicher und selbst religiöser Weihe. — Sehnsüchtig erwarteten wir in den letzten Jahren wieder eine Ankündigung seiner Vorlesungen, wir warteten sorgend und, wie wir nun wissen, vergebens. War sein Geben so stark, daß es ihn selbst verzehrte, ein Gott schien es von ihm zu fordern, und vielleicht bejahte er selbst diese Forderung: ‚in serviendo se consumere‘. Unsere Dankbarkeit und unsere Verpflichtung müssen umso größer sein.“¹²⁵

Auch ein Beispiel aus seiner Tätigkeit im Kampf gegen den Alkoholismus ist bezeichnend. Johann Hasler erzählt:

„Was kann man tun, um einem durch Alkoholgenuß gebundenen Menschen zu helfen? — So begrüßte mich einst der für die leidende Menschheit so tief bekümmerte Herr Professor. Meine Antwort war einfach: ‚Werden Sie Abstinente, dann besuchen Sie den Alkoholgebundenen und raten ihm, enthaltsam zu leben!‘ Das tat nun der Bekümmerte und wurde innerlich ruhig.“

Seither sah man Bächtold, auch im Kolleg, selten mehr ohne Blaukreuzabzeichen im Knopfloch. Seine Abstinenz erregte auf Reisen, besonders in Deutschland, oft Aergernis. —

„Ich vergesse nie jene Stunde, wo er mir sein Innerstes offenbarte und fast nicht loskam vom verzehrenden Schmerz seiner innern Verantwortung für die Verlorenen. — Es lag in der innern Verfassung unseres Freundes, tief niedergeschlagen zu werden, wenn er sah, daß alle menschliche Hilfe so wenig fruchtete, daß so viel Verführung den Rettungsuchenden Schritt auf Schritt umlauerte.

Einst sprach er als Laie nach der Predigt in der Paulskirche (anläßlich einer Blaukreuzkonferenz). Seine Rede war packend. Er brauchte das Bild der Kanalisation in unserer Stadt

¹²⁵ Basler Nachrichten vom 7. Juni 1934, zitiert in Paul Roth: H. Bächtold, S. 29.

und verglich das Alkoholelend mit den unterirdischen Abwassern, die allen Schmutz wegspülen, so daß die Leute in der Täuschung leben, es sei alles in bester Ordnung. — Darf aber die christliche Gemeinde die Sanierungsarbeiten des Alkoholismus bloß etlichen Pfarrern, Stadtmissionaren oder Blaukreuz-Pionieren überlassen? Sollte nicht vielmehr jeder Christ sich um den schwachen Bruder oder die Schwester kümmern?“

Nach diesen Worten hatten die Zuhörer den „Eindruck, als ob ein schweres Gewitter mit Donner und Blitz hernieder gegangen wäre. Die einen waren erleichtert, die andern bedrückt.“

Bächtold selbst glaubte, nicht recht verstanden worden zu sein. In kirchlichen Kreisen wurde ja oft Kritik laut an seinen „übertriebenen Forderungen“. Deshalb hatte er in der Kirche auch nur wenig Einfluß. „Man fürchtete seinen Radikalismus.“¹²⁶

Bächtold hat immer und immer wieder versucht, die Kirche aufzurütteln. So weist er in einem Schreiben an kirchliche Behörden auf den schlimmsten Mangel der Volkskirche hin: „Stockholm“¹²⁷ ist nicht einmal in der kirchlichen Gemeinde Wirklichkeit geworden. „Wir haben zwar eine rechtlich bestehende Kirchgemeinde, aber keine wahre Gemeinde-Gemeinschaft, die in persönlicher Verbindung als Gemeinde Christi lebendig um das Evangelium zusammengeschlossen wäre.“ Die meisten Glieder der Kirche gehören „eng und intim“ zu Vereinigungen mit weltlichen Zwecken oder zu kirchlichen Vereinigungen, „die neben der Kirchgemeinde stehen oder sich mit ihr schneiden.“ Die Predigt genügt nicht. Bibelstunden und ähnliche Zusammenkünfte sind nötig, damit sich ein „Kristallisationskern“ bilden kann.¹²⁸

Es geht um den entscheidenden Kampf gegen den modernen Geist, der überall zersetzend wirkt und auch das Christentum hat farblos und lau werden lassen. Bächtold organisierte die

¹²⁶ Dies alles aus einem undatierten Brief Haslers an E. Vischer, aus den Jahren 1936—1938.

¹²⁷ Gemeint ist die Befolgung der Richtlinien, die im August 1925 von der «Allgemeinen Konferenz für praktisches Christentum» in Stockholm ausgearbeitet worden waren.

¹²⁸ Aus dem Entwurf zu einer Eingabe an den Vorstand der Kirchgemeinde St. Peter, vom 17. Jan. 1927.

„Laienhilfe“ als Hilfstruppe in diesem Kampfe¹²⁹, fand aber besonders bei der Geistlichkeit nur wenig Entgegenkommen.

So war neben seinem wissenschaftlichen Forschen und Ringen Hermann Bächtolds Lebensinhalt immer mehr der geworden: Persönlicher Einsatz im kompromißlosen Kampf gegen jede Form innerer und äußerer Not bei seinen Volksgenossen.

Dieser Bächtold konnte sich je länger je weniger der ja stets nur relativ geraden Linie einer parteipolitischen Taktik anpassen. Eigentlich hatte ja gerade er ganz ernst gemacht mit den vier ersten Richtlinien der Evangelischen Volkspartei, mit dem ganzen übermächtigen Suchen, Wollen und Müssen jener Gründungszeit. Doch eben auf diesem Wege geschah es, daß er seinen Parteifreunden und dem ganzen „Parteivolk“ zwar zum geistigen Haupt und „Erzieher“, zum Mahner und Prediger, schließlich zum „Propheten“ wurde, nicht aber zum eigentlichen politischen Führer. Sie war ihm nicht gegeben, die Kunst des Möglichen, die des geduldigen Wartens und Umlernens auf oft gewundenen Wegen und inmitten von Kompromissen. Dies war nicht seine Gabe und Aufgabe. Er stand und litt zu sehr mitten in den Problemen des weltanschaulichen, wissenschaftlichen und sozialen Ringens. Seiner universalen Schau, seinem unerbittlichen Deuten und Fordern stand die Wirklichkeit des „Menschlich-Allzumenschlichen“ in Politik und Wirtschaft oft allzusehr im Wege.

So sahen seine Parteigenossen in ihm zwar voller Hochachtung den geistesmächtigen Theoretiker. Er hatte ihnen in seinen „Sozialpolitischen Richtlinien“ wohl die ideale Leitlinie vorgezeichnet, doch konnten sie ihn nie ganz ernst nehmen. Sie verstanden ihn ja letztlich gar nicht! Gerne, oft in aufflammender Begeisterung, hörten sie Bächtold zu, griffen sich aber dann und wann an die Köpfe, über die er doch eigentlich hinwegsprach. So konnten sie nicht glauben, was sie nur in Bruchstücken erfaßten. Und es konnte etwa geschehen, daß Bächtold nach einer Parteiversammlung, nach einem Referat vor den Delegierten oder

¹²⁹ Vgl. Basler Nachrichten vom 17. Jan. 1926 über den Vortrag Bächtolds im positiven Gemeindeverein St. Peter: «Was können wir zur Hebung unseres kirchlichen Gemeindelebens tun?»

dem Zentralvorstand heimkam und erklärte: „Sie waren alle begeistert von Ideen und Vorschlägen — morgen werden sie wohl wieder dagegen sein!“¹³⁰

Hermann Bächtold und die Evangelische Volkspartei der Schweiz hatten sich seit 1920 ganz verschieden, vor allem in völlig unterschiedlicher Schnelligkeit entwickelt. Bächtolds Rücktritt Ende 1922 war unvermeidlich.

3. Die wesentlichen Schwierigkeiten der Evangelischen Volkspartei

Vielleicht muß es als besonders unglückliche Fügung gelten, daß der Eidgenössische Verein nicht bis 1919 am Leben blieb. Für die Sache einer evangelischen Politik war seine Auflösung folgeschwer. Der Proporz, für den er durch Jahrzehnte gekämpft, kam nun der „materialistischen“ Politik der Bauernpartei und der Sozialdemokratie zugute. Das Erbe des Eidgenössischen Vereins wurde nur zu kleinen Teilen von der Liberalen und schließlich von der Evangelischen Volkspartei gerettet. Der Bruch zwischen dem Untergang der großen protestantisch-konservativen Bewegung und dem Aufkommen einer sozial aufgeschlossenen evangelischen Partei erwies sich als verhängnisvoll. Ein Jammer, daß die meisten protestantischen Politiker des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts wie auch viele kirchlichen Führer die Bedeutung der sozialen Frage nicht richtig erfaßten! —

Jede politische Neugründung steht in der Schweiz vor gewaltigen Schwierigkeiten. Unsere Demokratie ist durch Jahrhunderte gewachsen. Ihre Bewährung wurde nicht erst im 19. Jahrhundert zur Tatsache. Wer im politischen Kräftespiel unseres Volksstaates das Vertrauen der zumeist noch nicht entwurzelten Wähler gewinnen will, muß es sich langsam „abverdienen“, durch aufbauende Mitarbeit in Gemeinde, Kanton und Bund.

¹³⁰ Bericht von Bächtolds Witwe.

Blieb der Eidgenössische Verein zeitlebens ein „Verein ohne Volk“, so krankte die Evangelische Volkspartei umgekehrt ständig am Mangel an Persönlichkeiten. Damit fehlten aber auch Zugkraft und finanzielle Mittel, was wiederum eine eigene Tagespresse ausschloß.

Zwar erfolgte der Aufbau der neuen Partei „richtig“ für unsere Auffassung von Demokratie: von unten herauf. Wir fragen uns, ob nun doch diese Neugründung nicht weit bessere Aussichten zu haben schien als z. B. extremistische, wurzellose Gebilde von der Art kommunistischer oder faschistischer Parteien und „Fronten“. Wie erklärt sich die entmutigende Erfolglosigkeit einer evangelischen Partei auch in den bewußt christlichen Kreisen der überwiegend evangelischen Kantone und Gemeinwesen?

Wir müssen die wesentliche Schwäche der Partei mit Bächtold selbst in ihrer besonders anfangs deutlichen Prägung als „Gemeinschafts- und Sektenpartei“ erblicken.¹³¹ Verständnis und Bereitschaft für eine aktive Beteiligung am öffentlichen Leben war ja beispielsweise in den Reihen der Methodistenkirche weitaus größer als gemeinhin in den Kreisen der Landeskirchen. Unterstützung und Einfluß von dieser und andern „Gemeinschaften“ her erwiesen sich aber in der Folge als schwere Belastung.

„Sondertum und ‚Sektiererei‘ . . . ist dem bei uns herrschenden landläufigen Empfinden widerwärtig“ schreibt Bächtold 1922. Unter Sondertum erwähnt er die Bestrebungen der Partei zugunsten der freien Schulen und die Gründung einer eigenen, evangelischen Gewerkschaft. Entscheidend aber ist die „Sektiererei“. Denn „für viele Landeskirchenangehörige genügt es schon, wenn auch nur ein erheblicher Prozentsatz unserer Mit-

¹³¹ Typisch ist das Beispiel des ersten Zentralpräsidenten Arnold Muggli. Nach Mitteilungen seines Sohnes Arnold, des eidgenössischen Rationierungschefs im Zweiten Weltkrieg, war sein Vater während langen Jahren «Prediger in Deutschland und der Schweiz in einer inzwischen völlig verschwundenen Bewegung, genannt ‚Zion‘.» Später lebte er als Kaufmann in Bern, wo er zwar Mitglied der Landeskirche war, «aber doch nicht selten . . . die Abendpredigt» in einer Methodistenkapelle hielt. — Heute noch großer Prozentsatz Methodisten, in der EVP des Kantons Zürich z. B. — Siehe auch oben S. 15 f. und 37.

glieder Gemeinschaftschrsten sind, um sich von uns fernzuhalten.“

Bächtold aber, der sich „zur Landeskirche hält“, hat „vor allem Sympathien mit dem Organisationsprinzip der Gemeinschaften, mit den „lebendigen Gesinnungseinheiten“ . . .

Gewiß bedeutete die Mitarbeit der „Gemeinschaftschrsten“ auch einen wichtigen Vorteil für die Partei. Diese Männer waren von ihrem Bekenntnis zur „Gemeinschaft“ und von ihrer dortigen Aktivität her längst gewohnt, sich zu exponieren, Hohn und Spott auf sich zu nehmen und wenig nach „weltlichem“ Erfolg und Ansehen zu fragen. — Das gilt in vorderster Linie auch für Parteigenossen aus dem Blauen Kreuz. — Als Minderheit zu glauben und zu handeln, war ihnen fast selbstverständliche Uebung geworden.

Eben darin lag nun aber auch ein schwerer Nachteil: Wer sich in Glauben und Lebenswandel stets abseits hält, seit Jahrzehnten sein Sonderröblein oder -Züglein zu besteigen pflegt, lebt meistens in engen Horizonten, wird eng und beschränkt in Haltung und Urteil, leicht auch intolerant, sogar gegenüber Gleichgesinnten. Von Haus aus waren diese „Gemeinschaftschrsten“ meist recht wenig oder einseitig gebildet. Das führte zu Unklarheiten nun auch in ihrem politischen Denken und häufig zu einer merklichen Abneigung gegenüber Intellektuellen. Manch fähiger Kopf, der aus Interesse oder Verantwortungsgefühl einer evangelischen politischen Bewegung recht nahe stand, wurde abgeschreckt durch solche Eigentümlichkeiten.

Recht zahlreich dürften auch jene Männer sein, die sich nicht auf ein „positives“ evangelisches Glaubensbekenntnis verpflichten konnten und deshalb glaubten, dieser „frommen“ Partei fernbleiben zu müssen.

Es schloß sich wie so oft auch hier ein „circulus vitiosus“: Die Partei trug einen „Stempel“, der den Großteil der Gesinnungsverwandten fernhielt, was nur dazu führen konnte, daß der verpönte „Gemeinschaftseinfluß“ umso schwerer wog. Und eben deshalb gelang es nur in spärlichem Maße, fähige und finanzkräftige Mitglieder zu gewinnen, sodaß der völlige Mangel an einer einflußreichen Presse wiederum jede wirksame Aufklä-

rung über die in der Tendenz gar nicht engherzig geplante und geleitete Partei unmöglich machte.

Recht aufschlußreich ist es, die Auswirkungen ihres „Sekten-Charakters“ auf die politische Meinungsbildung und Arbeit innerhalb der Partei zu betrachten.

Charakteristisch für die christlichen „aggressiven“ Sekten war zu allen Zeiten ihre Forderung nach einer Reform von Kirche und Welt. Einerseits führte dies vor allem zu innerkirchlichen Reformbestrebungen, bei deren Mißlingen dann erst zur eigentlichen Sektenbildung. Andererseits wurden die Forderungen nach einer Umgestaltung der „Welt“ mächtig, besonders in den Sektenbildungen während und nach der Reformation des 16. Jahrhunderts. Da erging schon bei den Täufern der Ruf nach einer „zweiten“, einer „neuen“ Reformation. Der Reform des Glaubens sollte die Reform des Lebens folgen, eine Forderung, die ja der Reformation selbst immanent war. Das Leben des Gläubigen, sein „Wandel“, hatte besonders im Calvinismus die Bewährung zu sein für die Früchte des Glaubens, schließlich vor allem auch der persönlichen Heilsgewißheit zu dienen.¹³²

Der Calvinismus, später der Pietismus aller Schattierungen, hatte eine ausgeprägte Tendenz zur Bildung von Heiligungsge-meinden. Es ging um die Heiligung des Einzelnen, um seine „progressive Vervollkommnung“¹³³.

Die Tendenz auf Heiligung und Innerlichkeit gewann bald auch eine Komponente nach „außen“ und erstrebte die Heiligung der Welt.¹³⁴ Die gleichen Christen, die „ein Neues“ suchten, die sich nicht einfach mit den gegebenen Zuständen im Innern des Menschen und in der äußern Weltordnung abfinden wollten, hatten sehr oft einen eminent realen Blick für die Schäden und Hindernisse, also für die Notwendigkeit von Reformen auch im politisch-wirtschaftlichen „Unterbau“.¹³⁵

¹³² Vgl. Troeltsch, S. 775 f.

¹³³ Ebenda S. 644.

¹³⁴ Ebenda S. 622.

¹³⁵ Das gilt für Calvin selbst: vgl. Troeltsch, S. 709 — dann gilt es für Calvinismus und Puritanismus. — Vgl. weiter die Kontinuität zwischen dem Quäkertum und dem Sozialismus Owens, dann die Aufnahme dieser Linie

Für unsere Betrachtung der Evangelischen Volkspartei ist das ständige Nebeneinander und Durcheinander dieser beiden Haupttendenzen des reformierten Radikalismus von entscheidender Bedeutung.¹³⁶ Wie das Streben nach „Bewährung“ gleichzeitig sich auf den innern Menschen und auf seine Umgebung, die „Welt“, richtete, läßt sich am Methodismus leicht feststellen. Für unsere Zwecke ist eine nähere Betrachtung dieses Ausläufers des Pietismus sehr instruktiv, denn wir haben gesehen, wie wichtig für die Partei gerade die Unterstützung aus methodistischen Kreisen war.

Etwas von der aggressiven Sekte und ihrem Radikalismus lebt bis heute im *Methodismus* fort. Gründer und Führer der Evangelischen Volkspartei waren sich auch bewußt, von dieser Seite her etwas vom englischen religiösen Sozialismus zu übernehmen. Allerdings nennt Max Weber den Methodismus einen „entarteten Puritanismus“, der unter der Forderung nach „Weltarbeit“ nur noch die Berufsarbeit begreife.¹³⁷

Es trifft zu, daß die besonders in Nordamerika rasch mächtig gewordene Bewegung ja auch sehr bald sich als Kirche organisierte.¹³⁸ Bald unterschied sie sich von den alten reformierten Kirchen fast nur noch durch die Art ihrer Frömmigkeit, die besonderes Gewicht auf die „Wiedergeburt“, auf den sich daraus ergebenden „Wandel“ und dessen „Werke“ legte. Diese Werke waren, aus dem Mißtrauen gegen alles „Weltliche“ heraus, meistens typisch pietistischer Art. Politische, überhaupt öffentliche Tätigkeit galt mit den oft damit verbundenen Ehren als gefährlich, war sie doch voller Versuchungen.

Diese Einstellung zu den „Dingen dieser Welt“ wandelte sich unter dem gewaltigen Eindruck des Weltkrieges, wenn auch nur bei einer Minderheit der Methodisten. Immerhin erwachte dieses Neue doch bedeutend rascher in der Methodistenkirche als in den eigentlichen Sekten unseres Landes. Verglichen mit den

durch den christlichen Sozialismus: Troeltsch, S. 844. Die gleiche Wurzel für die Innere Mission und die Karität der protest. Kirchen: Troeltsch, S. 945. — Vgl. auch oben S. 2, 5 und 14.

¹³⁶ Vgl. oben S. 2 f.

¹³⁷ Max Weber, *Religionssoziologie*, S. 150 f.

¹³⁸ Vgl. Nuelsen, *Methodismus*, S. 761.

Landeskirchen kam anderseits der Methodistenkirche ihre beschränkte Größe, vor allem aber ihr Organisationsprinzip als Bekenntniskirche zugute, sodaß ihre Mitglieder weit umfassender und rascher von der Notwendigkeit einer christlichen Sozialpolitik überzeugt werden konnten.¹³⁹

Johann Hasler sieht die Entwicklung ähnlich: Seine Partei wurde hauptsächlich gegründet „von suchenden evangelischen Christen, die nicht mehr so sehr im Winkel bleiben wollten.“ Diese Christen spürten eben eine neue, erweiterte Verantwortung, die sich im „Winkel“ nicht durch Taten bewähren ließ. In erster Linie gilt das für die Methodisten, dann für kleinere Grüppchen aus eigentlichen Sektenkreisen.

Hasler berichtet auch über eine rege Beteiligung von Täufern an der Parteiarbeit der ersten Jahre. Aus ihrer Oppositionsstellung gegen Kirche und Staat heraus interessierten sie sich für eine christliche Bewegung, die nicht von der Kirche ausging und dem modernen Staat in vielem skeptisch gegenüber trat. Gleichzeitig brachten sie allerdings noch weit mehr als die Methodisten ein Mißtrauen gegen alles Amtliche, Staatliche in die Partei hinein. Die eigentliche christliche Politik war den echten Täufern zuwider, bedeutete sie doch den Versuch, die Stimme des Evangeliums mit dem Mittel staatlicher Institutionen zur Geltung zu bringen.

Und doch ist gerade im erweiterten Begriff ihrer Verantwortung bei diesen aktiven Christen noch manches vom alten radikalen Sekten-Ideal sichtbar.

„Nur wo die gegebenen Verhältnisse eine Reform verlangten, wo die Zeitgeschichte die Deutung auf eine von Gott herbeizuführende baldige Katastrophe irgendwelcher Art nahe legte und damit die Erwartung des Gottesreiches neu belebte, erhob sich das Sektenideal zu seiner vollen Energie“, sagt Troeltsch.¹⁴⁰ Wer sähe nicht in der Gründungsgeschichte der Evangelischen Volkspartei eine neue Bestätigung dieser alten Wahrheit? Bächtolds Artikel liefern manche Belege zu Troeltschs Erkenntnis.

¹³⁹ Vgl. oben S. 8.

¹⁴⁰ Troeltsch, S. 961.

Die genannten Einflüsse verstärkten noch den sektiererischen Charakter der Partei und hielten dann eben weite Kreise, die für eine Korrektur hätten sorgen können, von der Partei fern.

So wurde diese gegen den Willen ihrer Gründer und Leiter in gewissem Sinne selbst eine Art „Sekte“. Was Troeltsch als „puritanische Praxis“ des 17. Jahrhunderts beschreibt¹⁴¹, finden wir mit einiger Verblüffung weitgehend wieder, wenn wir die interne Arbeit der Partei betrachten. Wie dort der „Puritanismus im engeren Sinne“, so ermöglichte hier die politische Organisation von „Männern der verschiedensten kirchlichen Gruppierungen“ eine Zusammenarbeit, die „eine rein praktische Bewährung des christlichen Glaubens“ anstrebte. Manche Parteiversammlungen oder Vorstands-Sitzungen, unzählige mündliche und schriftliche Äußerungen klingen deutlich an jenes „studium pietatis“ der englischen Puritaner an. Die innere Verwandtschaft zeigt sich in Sprechweise und Gehaben, in laienpriesterlichen Tendenzen, in der „methodischen Heiligung und Selbstkontrolle“, die nicht nur von einzelnen Parteimitgliedern geübt, sondern oft auch auf die Parteiarbeit selbst angewandt wird. Jene „Vermeidung aller profanen Lustbarkeiten und die strenge Selbstunterscheidung von den Kindern der Welt oder des Naturstandes“ schwingen hie und da deutlich in politischen Diskussionen mit. Endlich glauben wir oft in diesen politisch Tätigen des 20. Jahrhunderts die Nachfahren jener englischen Glaubensstreiter zu erkennen, die in der „Arbeitsamkeit“ das „beste Mittel seelischer und körperlicher Disziplin“ sahen, sich durch „praktische Lebenstüchtigkeit, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit in allen Berufen“ und durch ihre „Einfachheit des Lebens in Kleidung und Komfort“ auszeichneten.

Allerdings ist dieser „englische Puritanismus“ der Evangelischen Volkspartei stark vermischt mit Einflüssen aus dem kontinentalen lutherischen Pietismus. Wir können in dieser also mit gewissem Recht als „pietistisch“¹⁴² bezeichneten Partei eigentlich drei grundlegende Tendenzen unterscheiden.

¹⁴¹ Troeltsch, S. 775 ff.

¹⁴² Vgl. oben S. 12 ff. und 37.

Da ist einmal die *q u i e t i s t i s c h* - pietistische Strömung. Wir können sie auf Luthertum und Pietismus zurückführen. Ihr gilt die eigene und die *S e e l e* des Mitmenschen als entscheidendes Ziel. Es geht ihr um die „Ewigkeitsinteressen“¹⁴³. Frei von den „Gütern dieser Welt“, allen materiellen Interessen abhold, hüte sich der Christ vor Zeit- und Kraftverschwendung in der gefährlichen Beschäftigung mit äußern Dingen. Diskussionen um staatliche oder wirtschaftliche Ordnung lenken nur vom Wichtigsten ab, von der Sorge um die unsterbliche Seele. Um deren Heil soll sich der Mensch kümmern und sich mit den von Gott gegebenen äußern Zuständen abfinden. — Wenn es sich aber zeigt, daß nun eben die Politik die Möglichkeit der „Seelenpflege“ verbauen oder aber ungehindert offen lassen kann? Dann kann es Christenpflicht werden, in die Politik einzutreten. So fühlen sich diese „frommen“ Kreise 1919 aufgerufen, der materialistischen Interessenpolitik entgegenzutreten. Nicht die äußere Not des Proletariates, nicht die Notwendigkeit einer christlich inspirierten Sozialpolitik hat diese Männer aus ihrem Winkel hervorgerufen. Sie erscheinen in der politischen Arena aus Sorge um die innere Not besonders der Arbeiter.

Die Partei-Mitglieder aus diesen Kreisen sind folgerichtig fast unfähig zu einer vorurteilsfreien Betrachtung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Die Wirtschaftsordnung und die staatliche Gewalt, also das „Schwert der Obrigkeit“, gelten ihnen als Selbstverständlichkeiten. Im Privatunternehmen kommt für sie nur ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in Frage. Irgendwie scheint ihnen, es beginne die Pflicht, ein tätiger Christ zu sein, erst innerhalb der privaten Sphäre: Die gegebenen Verhältnisse, von Gott „gesetzt“, sind unantastbar. Kommen Uebel, Schäden in Staat und Gesellschaft an den Tag, so bleibt nur das Gebet als wirklich christliches Mittel zur Abhilfe. Auch für die Behörden,

¹⁴³ Diese «Ewigkeitsinteressen» muß die EVP «über die Interessen dieser Welt» stellen (EVZ, Juli 1920). — «Die Christen machen noch besondere Gründe für die Ablehnung der Politik geltend.» Neben Familie und Beruf haben sie nur Interesse, Zeit und Kraft für die «Reichsgottesarbeit». Dort aber «ist die Arbeit am Einzelnen, seine Erneuerung, die Erlangung des Heils, damit seine ewige Existenz gesichert ist, oft der Brennpunkt, das Wichtigste.» (EVZ, August 1920).

ihre Einsicht und Fähigkeit, soll der Christ beten, statt sich in Kritik aufzulehnen. — Diese Haltung kennzeichnet Hasler: „Viele Christen begrüßen das alles (die ersten ‚Richtlinien‘), doch glauben sie mit ihren Gebeten das Uebel beseitigen zu können.“¹⁴⁴

Eine zweite Strömung möchten wir als puritanisch-pietistisch bezeichnen. Sie erinnert an die innerweltliche Askese des Calvinismus in ihrer „methodischen Disziplinierung der Sinnlichkeit“, ihrem „Drang zum handeln“ und besonders in ihrer utilitaristischen Verurteilung der Trägheit¹⁴⁵.

Für ihr Denken und Empfinden ist vieles am modernen bürgerlichen Lebensstil selbstverständlich. Diese modernen Puritaner gehen im Berufsleben auf, bemühen sich allerdings meistens ebenso um ein christliches Familienleben wie ihre historischen Vorbilder. Vorbildlich tüchtig sind sie in ihrer Arbeit für Lebensunterhalt, Existenz der Familie, Erwerb und Erhaltung eines Vermögens. Sie stehen so sehr mit beiden Füßen im Erwerbsleben, daß ihnen die modernen Fehlentwicklungen auf diesem Gebiete kaum zum Problem werden. Ueberwucherungen des Konkurrenzkampfes, Aufreizung der Genußgier im rücksichtslosen Streben nach Absatz und die andern von Bächtold so scharf gegeißelten Auswüchse werden ihnen selten bewußt. Darauf aufmerksam gemacht, sind sie zu einem Protest im Sinne Bächtolds kaum fähig, denn sie glauben nicht recht, daß dies alles anders werden könne. Vor allem haben sie schwer, gegen ihre bestimmte Ueberzeugung anzukämpfen, daß die herrschende Ordnung doch nicht so übel sei.

Wohl kennen sie das Wort: „Einer trage des andern Last“ — doch das ist für sie nur eine Aufforderung zu privater Wohltätigkeit und persönlichem sozialem Verhalten. Das „irdische Glück“ ist ja nicht entscheidend! So bemühen sie sich zwar, irdisches Unglück ihrer Mitmenschen womöglich zu verhindern oder zu lindern. Von der Oeffentlichkeit und vom Staate aber mittelst einer Wohlfahrts- und Sozialpolitik zu verlangen, daß die mate-

¹⁴⁴ Johann Hasler: 25 Jahre EVP.

¹⁴⁵ Vgl. Troeltsch, S. 645 ff., 656, 734 f.

rielle Not generell bekämpft werde, das ist ihnen irgendwie „materialistische Politik“, der sie höchstens zögernd zustimmen.¹⁴⁶

Die dritte Strömung schließlich läßt sich die puritanisch-radikale nennen. Sie weist eine deutliche aktivistische¹⁴⁷ Haltung auf und geht wohl eindeutig auf die puritanische, aktive Askese zurück. „Meisterung des Gesamtlebens“¹⁴⁸ als Ziel jener innerweltlichen Askese läßt sich schon innerhalb der soeben geschilderten, „puritanischen“ Strömung beobachten. Hier aber, in der radikalen „Gruppe“, zielt die überweltliche Zwecksetzung der „asketischen“ methodischen Arbeit im Beruf und in jeder sonstigen weltlichen Arbeit nicht mehr auf das Seelenheil, sondern deutlich auf das Reich Gottes¹⁴⁹. Die Wirtschaftsordnung, der „mammonistische“ Kapitalismus und der moderne bürgerliche Lebensstil sind diesen Christen äußerst verdächtig und fragwürdig. Die äußere und innere Not des Proletariates bedeutet eine ernste Belastung für ihr Gewissen. Arbeitsloses Einkommen ist ihnen ein Greuel, denn „im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen!“ Es ist höchste Zeit, „ein Neues zu pflügen“. Christliches Privatleben, fromme Gewohnheiten und Worte, Barmherzigkeit und Wohltätigkeit genügen nicht mehr. Das Jammern über die unchristliche „Welt“ und die überhandnehmende Gottlosigkeit vergißt ob den Symptomen die

¹⁴⁶ Im Bericht über das Referat eines evangelischen Gewerkschaftssekretärs wird „allgemeine Gewissensweckung“ der „Umänderung der äußern Gesetzgebung“ vorgezogen (EVZ, 20. Juli 1923). — Ein anderer Einsender befürchtet, die Partei werde in einem baldigen Fiasko oder aber „mit Notwendigkeit beim Bolschewismus endigen“, wenn sie Bächtolds »Utopien« Gefolgschaft leiste (EVZ, 14. Jan. 1922).

¹⁴⁷ So erklärt Zentralpräsident Muggli in der EVZ vom Juli 1920: »Die Zeit wird kommen, wo man einsieht, daß Christentum und Politik ebenso wenig voneinander getrennt werden dürfen als Christentum und Beruf.«

¹⁴⁸ Vgl. Troeltsch, S. 959.

¹⁴⁹ Dafür lassen sich nur schon in den ersten Ausgaben der EVZ leicht ein Dutzend Belege finden, da mit dem Redaktor Bächtold weitaus die meisten Einsender zu diesen »Radikalen« gehörten. Wir begnügen uns mit dem Hinweis auf die Nummern 2 und 3 des Blattes. Da spricht z. B. der Schaffhauser Stadtrat Konrad Leu vom »Bau des Reiches Gottes« auch durch »Maßnahmen von Behörden« und von der Pflicht, »ganz unerbauliche Dinge dieser Welt vom Standpunkt des Christen, des Reiches Gottes aus zu beurteilen und zu behandeln«. — In Nummer 2 übernimmt ein anderer Einsender die Gottesreichs-Auffassung von P. Trautvetter, die er aus dem religiös-sozialen »Aufbau« zitiert.

materiellen Wurzeln des Übels. Bessere soziale Verhältnisse zu schaffen, ist das dringendste Gebot christlicher Liebe und bietet das weiteste moderne Betätigungsfeld für den tätigen Glauben: ganz im Sinne des calvinistischen „Deo soli gloria“.¹⁵⁰

Natürlich wächst aus diesem Gottesreichs-Verständnis eine starke Neigung zum religiösen Sozialismus. Weitaus die meisten Parteiglieder dieser Richtung sind aber von Bächtolds Politik völlig befriedigt. Nur wenige denken entschieden religiös-sozial und stehen hinter Ragaz oder Kutter.

Allen aber ist der Sozialismus nicht eine verabscheuungswürdige Verirrung und Anmaßung, sondern eher eine gottgewollte Bewegung, die zumindest als aufrüttelnde Drohung für das satte Bürgertum und als Aufforderung zur tätigen Buße für das laue Christenvolk nur heilsame Folgen haben kann.

Wir sehen, daß die beiden ersten Gruppen eigentlich unpolitische Männer enthalten, die nur in die Politik eingetreten sind, um die spezifisch christlichen Belange in Parlamenten, lokalen Behörden und Presse nach Möglichkeit wahren zu helfen. Die erste Gruppe sorgt vor allem dafür, daß man „nicht Schaden nehme an seiner Seele“. Also hütet sie sich davor, „die Welt zu gewinnen“. Die zweite Gruppe will ganz protestantisch „in der Welt die Welt überwinden“. Nur die dritte stellt sich gegen die bestehende „Welt“, will sie umwandeln und eine neue bauen, und nun eben mit dem Mittel einer energischen Sozialpolitik.

Es ist allerdings nicht ganz richtig, von eigentlichen „Gruppen“ zu sprechen. Die drei Strömungen lassen sich nie deutlich unterscheiden, weder in Versammlungen noch in Zeitungsartikeln oder Protokollen. Wir begegnen ihnen vielmehr meistens in vielgestaltiger Verflechtung, wobei selbst an einzelnen Parteimitgliedern der Widerstreit zweier oder aller drei Tendenzen sichtbar wird.

¹⁵⁰ Beispielsweise findet sich dieser Radikalismus in einer Einsendung an die EVZ vom April 1921: «Also aller Besitz, der über das tägliche Bedürfnis an Nahrung und Kleidung hinausgeht, wird solange anderen geschuldet, als noch Mangel am Nötigen vorhanden ist. Wenn wir also vom evangelischen Standpunkt aus Steuerpolitik machen wollen, so haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die großen Vermögen, die großen Einkommen zu belasten bis zur Dezimierung. Die Grenzen werden uns nur gezogen durch die Rücksicht auf die Erhaltung der Steuerkraft.»

Zu der so sich ergebenden wechselnden Einstellung vieler Mitglieder und der Partei als solcher kam als weitere Komplikation noch hinzu die völlig *heterogene Zusammensetzung* der Evangelischen Volkspartei.¹⁵¹ Vom idealen Standpunkt aus konnte diese Vielfalt zwar nur begrüßt werden. Die praktische Politik der Partei aber wurde fast lahmgelegt durch den ewigen Widerstreit der Interessen. Um Preise und Löhne, Zoll- und Steuerpolitik beispielsweise ging auch hier unaufhörlich der Kampf zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Bauern und Arbeitern — offen oder versteckt, wenn auch durch die christliche Zielsetzung stark abgeschwächt.

Die großen Auseinandersetzungen der Zeit, die das Volk zu zerreißen drohten, spalteten doch immer wieder auch die Partei. Auch diese Christen waren eben Menschen, bei allem guten Willen nicht gefeit gegen Egoismus oder gegen einseitige Auffassungen mehr gefühlsmäßiger Art.¹⁵² Eine gewisse unklare, unsichere Haltung, der gerade ein gewissenhafter Christ in politischen Fragen leicht verfallen kann, trug ebenfalls sehr viel dazu bei, daß die Partei — in ihren kleinsten Ortsgruppen wie auch als schweizerische Organisation — stets viel leichter zu kulturpolitischen als zu sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen konnte.

Da befand sich die kleine Partei oft in einer wenig beneidenswerten Situation. Nahm sie zu solchen „heikeln“ Fragen nicht Stellung, so versagte sie in ihrer wesentlichen Aufgabe: Die Stimme des christlichen Gewissens ertönen zu lassen. Wenn sie jedoch diese Stimme erhob, verletzte sie gewiß jedesmal die eine oder andere „Schicht“ ihrer Mitglieder.

Was Bächtold schon in seinem ersten Leitartikel und dann immer wieder energisch gefordert hatte, wäre tatsächlich bitter notwendig gewesen: *A b k l ä r u n g* der verschiedenen Auffassungen, Besinnung und Einigung auf ein gemeinsames christliches „Programm“. Das erwies sich aber bis 1925 als unmöglich¹⁵³ und kam dann in mancher Beziehung zu spät.

¹⁵¹ Siehe auch oben S. 37 f. und 78.

¹⁵² Siehe unten S. 123 und 130.

¹⁵³ Siehe oben S. 103.

Wer eine gründliche Auseinandersetzung und die möglichen schlimmen Folgen fürchtete und immer wieder hinausschieben wollte, fand stets genügend Zuzug von Seite jener Parteigenossen, die den Kampf intern und nach außen möglichst vermeiden und die evangelische Politik auf die allgemeinen christlichen Belange beschränken wollten. So wurde es möglich, daß Bächtold noch im September 1922, nach zwei Jahren Redaktionsarbeit, in der EVZ erklären mußte:

„Mir persönlich ist es kürzlich in einer Parteiversammlung passiert, daß, als ich mich mit der Mehrheit der Anwesenden in einer bestimmten Frage und von da aus auch in grundsätzlicher Beziehung in Widerspruch befand, aufgefordert wurde, denn einmal zu sagen, welches hinsichtlich der Orientierung und Tätigkeit der Partei meine Anschauungen eigentlich seien. Wenn also die Parteimitglieder sich unklar sind über die Anschauungen, die ich über die Aufgabe der Partei hege und die doch wahrhaftig genügend zu Worte kommen, wie nötig ist dann im allgemeinen die Abklärung der Frage, wie der Rückgrat der Partei eigentlich verlaufen soll, vor allem auch: ob aufrecht und gerade oder verkrümmt und geknickt.“

Wir können auch diese ewige Scheu vor der entscheidenden Abklärung als verhängnisvoll für die junge Partei bezeichnen. Ohne eindeutigen Kurs, ohne mutiges, konkretes Programm läßt sich eben schwer eine fruchtbare Werbetätigkeit entfalten.

Allerdings: zu erklären ist diese „Unterlassungssünde“ nur allzu leicht. Die Evangelische Volkspartei hatte gleichzeitig mit ihrer Gründung schon ins aktive politische Leben eingegriffen. Zwar hatten ihr viele schöne Worte und edle Motive zu Gevatter gestanden, doch wurde sie dort, wo sie erfolgreich aufgetreten war, durch eben diese Erfolge und weiterhin günstige Aussichten sofort in Werbefeldzüge, größere Aktionen und Wahlkämpfe hineingezogen. Die ersten Erfolge sollten mit allen Kräften gesichert, Rückschläge vermieden werden.

Die praktische Politik, mit einem gewissen Maß von Opportunismus unweigerlich verbunden, ließ nur allzubald auch den einen und andern Kompromiß als unvermeidlich be-

trachten. Da und dort war die Partei sehr rasch zu einer der „gewöhnlichen“ kleinen, bürgerlichen Parteien geworden, die alle genug Sorgen haben, um ihre Existenz, um die Aufrechterhaltung ihrer Position, besonders auch in lokalen Behörden. Diese schwachen politischen Gruppen empfinden natürlich nach theoretischer, programmatischer Auseinandersetzung in den eigenen Reihen selten ein dringendes Bedürfnis.

Aus eigener Erfahrung kennen wir die Schwierigkeiten einer Alltagspolitik, die sich von christlicher Warte aus mit den zu- meist „unchristlichen“ Angelegenheiten unserer Gemeinden, unseres Kantonal- oder Bundesstaates auseinanderzusetzen hat. In den meisten Sach- und Wahlgeschäften wirkt ein Wort christlicher Besinnung oder christlichen Bedenkens irgendwie moralisierend, belehrend, oft gar pharisäerhaft. Nur sehr schwer ist zu vermeiden, daß sich Grundsätze und Ideale an der „Kunst des Möglichen“ gründlich abschleifen. Will sich beispielsweise die christliche Politik die Möglichkeit einer Mitarbeit christlicher Männer in den Dorfgemeinde-Behörden verschaffen oder bewahren, so steht sie fast von Fall zu Fall vor dem Dilemma: Kompromiß und Wahrung des christlichen Einflusses — oder kompromißlose, gesinnungstreue Tapferkeit und damit Verlust der „bürgerlichen“ Verbündeten, Wahlniederlage, also Verlust des unmittelbaren Einflusses.

In unzähligen Fällen ließ und läßt sich heute noch beobachten, daß der Entscheid zu Gunsten des Mitmachens, gegen ein Beiseitestehen, durch „realpolitische“ Ueberlegungen der Vorstände der Evangelischen Volkspartei bestimmt wird. Auch für diese spielt eben die Macht der Zahl ihre zwar „demokratische“, aber unchristliche Rolle. Selten nur ist ein Vorstand bereit, um einer Politik auf lange Sicht, einer Politik des innern Rechtes und des völlig „guten Gewissens“ willen die Verantwortung für einen Mißerfolg, für den damit zwangsläufig verbundenen Rückgang an Anhängern und Wählern auf sich zu nehmen. Man bangt verständlicherweise um das mühsam errungene „Terrain“ — vor allem aber fehlt das Mittel, um die wahren Grundlagen und Motive einer christlichen Politik genügend bekannt zu machen: es fehlt die Presse! So kommt Mal für Mal auch intern ein Kompro-

miß zustande, indem man sich zu einem halb christlichen, halb realpolitisch-erfolgverheißenden Schritt entschließt.

Die „kleinen Verhältnisse“, in denen die Partei stets lebte, ließen immer jeden großen Zug, jeden idealen Schwung verebben. Für prinzipielle, tiefschürfende Auseinandersetzungen fanden auch die führenden Männer kaum Zeit. Eine deutlich erkennbare klare Linie konnte sich nie für längere Zeit durchsetzen.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis der evangelischen Partei zur evangelischen Gewerkschaft, das nie eindeutig positiv gestaltet werden konnte. Im Gegensatz zum Zwiesgespann der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften kam hier keiner der beiden Partner auf seine Rechnung, denn weder die Evangelische Volkspartei noch der SVEA erfuhr entscheidende Unterstützung durch die geistig verwandte Organisation. Daß beide relativ klein und schwach blieben, liegt auch in diesem ihrem gegenseitigen Verhältnis begründet.¹⁵⁴

So sehen wir hier besonders deutlich, was wir am Schluß des letzten Abschnittes feststellten: Weder Bächtold noch seine Partei blieben, was sie zur Zeit der Partei-Gründung gewesen waren. Dort, wo sie sich in gleicher Richtung entwickelten — nennen wir als Beispiel die Frage der Freien Schulen — waren doch Intensität und Tempo dieser Entwicklung beim Redaktor unvergleichlich größer als auch bei seinen engsten Gesinnungsfreunden.

Dies erklärt wohl hinreichend, was sonst vielleicht an all den internen Differenzen, unter denen Bächtolds Arbeit zu leiden hatte, nicht ohne weiteres zu verstehen wäre. Daß die Verschmelzung der verschiedenen Elemente und Tendenzen, die schon in jenen ersten vier Richtlinien enthalten waren, auf viele Jahre hinaus nicht gelang, offenbarte im Februar 1930 besonders kraß ein Ausspruch Dr. Hoppelers im Zentralvorstand: „Es gibt keine Politik der Schweizerischen EVP. Unsere Auffassungen sind zu verschieden. Die Redaktion (der EVZ) muß eine Meinung haben . . .“

¹⁵⁴ Siehe Anmerkung 156.

Man hätte ja wohl erwarten dürfen, daß es in einer Partei, die sich so klar unter das Evangelium der Demut und Liebe stellte, eher leichter als in irgend einer andern politischen Organisation gelingen würde, sich immer wieder gütlich zu einigen. Doch Bächtold hatte es in seinem ersten Artikel selbst vorausgesehen: „Schwerer als andere Parteien werden wir in vielen Dingen zu einhelligen Entschlüssen kommen . . .“ Denn wer konnte den Mitgliedern von Fall zu Fall unzweideutig Gottes Willen zeigen?¹⁵⁵

Bitter war es, daß alle diese Unzulänglichkeiten und Zwiespältigkeiten zu einer eigentlichen Lähmung der Partei führten. Sie konnte sich nicht zu einer schlagfertigen Partei entwickeln, weder nach innen noch nach außen. Die Zahl ihrer Mitglieder wie auch die Abonnentenzahlen ihrer Zeitung stagnierten bedenklich. Die Evangelische Volkspartei blieb im wesentlichen dort stehen, wo sie am Schluß ihres ersten Lebensjahres gestanden hatte.¹⁵⁶

Allerdings ist die Bedeutung der evangelischen Parteiarbeit nicht in Zahlen zu ermessen. In hohem Maße gilt auch von der Partei, was Johann Hasler 1944 von Bächtold schreibt: „Wer heute die sozialpolitischen Richtlinien Bächtolds liest, wird eines feststellen müssen, nämlich daß diese ausgestreuten Samenkörner reichlich aufgegangen sind, nicht nur innerhalb unserer Partei . . .“ Ähnliches darf wohl allgemein gesagt werden über die Evangelische Volkspartei und ihre Wirkung, die wohl bedeutend größer war und ist, als dies sonst für eine politische Gruppe mit rund 2000 Mitgliedern zutrifft.

Daß vielerorts in Sach- und Personenfragen auch an das

¹⁵⁵ Siehe unten S. 138 f., Anmerkung 177 und S. 139 f.

¹⁵⁶ Der SVEA wuchs immerhin recht regelmäßig. Er zählte an Mitgliedern in den Jahren 1920, 1930, 1940, 1950: 2244, dann 6510, 11 482, 16 556. — Die EVP der Schweiz dagegen gewann schon im ersten Jahr rund 2000 Mitglieder, blieb aber bis heute ungefähr bei dieser Zahl stehen. Die Zahl der Abonnenten der EVZ schwankte zwischen 1500 und 2400. Sie ist erheblich angewachsen, seit das Blatt nicht mehr von der Partei, sondern von der «Protestantischen Pressegenossenschaft» verwaltet wird (ab 1949). Heutige Abonnentenzahl. rund 4500. Name seit 1953: «Evang. Woche». — In den kantonalen Parlamenten war die Bedeutung der evangelischen Fraktionen nie groß, es sei denn als «Zünglein an der Waage». Im Kanton Aargau schwankte die Vertreterzahl der EVP zwischen 1 und 4, gegenwärtig verfügt sie über 4 Sitze. Die entsprechenden Zahlen sind für Baselland 2—5, heute 1; für Baselstadt 1—4, heute 5; für Schaffhausen 0—3, heute 2; für Thurgau 1, heute 2; für Zürich 1—8, heute 3. Im Berner Großen Rat war die Partei nie vertreten.

christliche Gewissen appelliert wurde, daß in manchen Behörden wenigstens eine kleine Minderheit die Stimme christlicher Verantwortung und Bruderliebe erhob, wollen wir nicht gering schätzen. Auch in 100—200köpfigen Parlamenten zeigte es sich immer wieder, daß evangelische Fraktionen oder auch nur einzelne evangelische „Mahner“ starken Widerhall fanden und oft überraschenden Einfluß ausüben konnten. Die Vertreter der Partei erschienen eben häufig als die eifrigsten Wahrer einer christlichen Tradition, die besonders die bürgerlichen Parteien doch nicht offen abstreifen mochten.

Diese achtungsgebietende „Mission“ genügte aber doch nicht, um den „Evangelikern“ ihre schwierige Rolle wesentlich zu erleichtern. Für Spott und Hohn war fast stets reichlich gesorgt. Mit Vorliebe wurden sie als „Fromme“ oder „Brave“ lächerlich gemacht, weniger in den Parteien selbst als in der Tagespresse, am schlimmsten „links“. So darf uns nicht verwundern, daß es bei weitem nicht nach jedes bewußten Protestanten Geschmack sein konnte, im Namen dieser Partei im Feuer zu stehen oder auch nur sich als Mitglied zu ihr zu bekennen. Weitaus die meisten fähigen Persönlichkeiten blieben ihr bis heute fern, ebenso die finanziell starken Kreise.

Zwar konnten der „sektiererische“ Zug und die viel kritisierte „Enge“ der Partei mit der Zeit weitgehend überwunden werden. Doch ist bis heute dem protestantischen Empfinden weitherum „jede Vermischung von Politik und Konfession“ widerwärtig. Ein politischer Zusammenschluß der Protestanten wird daher in deren eigenen Reihen oft als „katholisch“ abgelehnt, eben in scharfer Kritik der Methoden des politischen Katholizismus.

Darum unterblieb wohl auch bis heute jeder neue Versuch, eine evangelische Politik auf breiter Basis ins Leben zu rufen. Noch steht der weitaus größte Teil der „aktiven“ Protestanten außerhalb jeder Politik oder bleibt doch in den hintern Reihen einer unserer bürgerlichen Parteien. Bächtolds Worte von der „Bedeutungslosigkeit des Christentums in öffentlichen Dingen“¹⁵⁷ gilt heute beinahe wie damals.

¹⁵⁷ Siehe oben S. 58.

Und doch haben die beiden Weltkriege und die totalitären Parteien und Staaten dazu geführt, daß auch in unserem Lande manche Christen „erwacht“ sind.¹⁵⁸ Man ist sich weitherum der modernen Gefahren und der eigenen Verantwortung in höherem Maße bewußt geworden.

Für dieses Erwachen hat wohl gerade die Evangelische Volkspartei wertvollste Vorarbeit geleistet, ebenso für den großen Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet: Die Eidgenössische Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung und die Gesamtarbeitsverträge haben alte Postulate dieser Partei verwirklicht. Doch wenn auch heute da und dort in Kreisen der Parlamentarier und der regierenden Männer ein mannhaft christliches Wort, ein eindeutig christlicher Vorstoß gewagt wird — das große Thema „Christ und Politik“ ist nach wie vor besonders für den Protestanten eine komplizierte, nur schwer zu überblickende oder gar zu beantwortende Frage.

4. Die Problematik jeder evangelischen Politik

Für den Katholiken bietet die Frage einer christlichen Politik keine großen Schwierigkeiten. Er hat „die wesentlichen Elemente: politische Doktrin, einheitliche Autorität und kirchliche Disziplin.“¹⁵⁹

Dem Protestanten fehlt dies alles. Immerhin haben *B i b e l* und *R e f o r m a t o r e n* mit ihrer Lehre von Obrigkeit, Staat und Gesetz eine feste Grundlage geschaffen. Klar steht nicht nur die Gehorsamspflicht des „Untertanen“ da, sondern auch die Verantwortung der Obrigkeit. Sie ist verantwortlich für die Schaffung und rechte Handhabung von Gesetzen, die dem göttlichen Gesetz möglichst entsprechen sollen. Die Verwirklichung „der in den Schöpfungsordnungen Gottes begründeten Gerechtigkeit“¹⁶⁰

¹⁵⁸ Ein weiterer wichtiger Faktor war bis 1939 die Tätigkeit der Oxfordgruppe, im Zweiten Weltkrieg die Politik des Gotthardbundes.

¹⁵⁹ Max Huber, S. 198.

¹⁶⁰ Vgl. Emil Brunner, Gerechtigkeit, S. 321. Siehe auch seine Ausführungen über Luthers und Calvins Staatsauffassung: a. a. O., S. 318.

ist ihre Aufgabe. Der Protestant versteht den Staat als von Gott gesetzt und von Gott begrenzt.

Auf die heutigen Schweizer Verhältnisse mit ihrer direkten Demokratie übertragen, trifft die volle Verantwortung ohne Zweifel jeden einzelnen christlichen „Stimmbürger“. Seine Emanzipation gilt für Rechte und Pflichten. Jeder ist gleichsam ein Erbe des christlichen Staatsmannes, für den die Staatslehre der Reformatoren bestimmt war. Kein Christ kann sich dieser Verantwortung entziehen. So stellt sich die Frage der „evangelischen Politik“ heute ganz anders als beispielsweise ums Jahr 1800. Der einzelne Protestant hat die Pflicht, nach Kräften und Möglichkeiten alles zu tun oder zu unterstützen, was der Verwirklichung der Gerechtigkeit dienen kann. Dabei geht es ja vor allem um die soziale Gerechtigkeit. Das ergibt sich schon aus der weitgehenden Verwirklichung der politischen Postulate — obschon auch die rein politischen Verhältnisse einen kräftigen Zuschuß von christlicher Besinnung und Verantwortungsbereitschaft durchaus noch ertragen!

Ist die Bejahung einer „öffentlichen“ Mitverantwortung des Protestanten für politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zustände recht leicht zu begründen, so wird die Frage sofort weit schwieriger, wo es sich um den konkreten Inhalt oder gar um die Methoden einer evangelischen Politik handelt. Hiefür enthalten natürlich weder Bibel noch reformatorische Schriften ein „Programm“ oder praktische Anweisungen.

Es drängt uns, noch weitere schweizerische protestantische Denker nach ihrer Stellung zur politischen Verantwortung des Christen zu befragen, um sie wenigstens in einer kurzen Uebersicht Hermann Bächtold gegenüberzustellen.

Wenn Ragaz „links“ steht, Bächtold sich in der Mitte hält, so sind Z w i n g l i, M a x H u b e r und E m i l B r u n n e r eher „rechts“ zu suchen. Auch diese drei verkündigen zwar das Reich Gottes, die „göttliche Gerechtigkeit“, die Liebe Gottes.¹⁶¹ Sie legen aber besondern Nachdruck auf die Tatsache, daß wir täglich und stündlich nicht „reinen Herzens“, daß wir „Schelmen“ sind.

¹⁶¹ Vgl. oben S. 51 ff.

und daß deshalb die sündhafte, „prästhafte“ menschliche Gerechtigkeit aushelfen muß. Das sehen wir deutlich in der Betonung des Zwiespaltes zwischen göttlicher Forderung und menschlichem Verhalten bei Zwingli, des „unüberbrückbaren Wesensgegensatzes“ zwischen Politik und Evangelium bei Brunner, der „unlösbarer Spannung“ zwischen Reich der Natur und Reich der Gnade bei Huber.¹⁶²

Auf dieser Grundlage erhebt sich dann sofort die Bedingung für jedes fruchtbare politische Wirken des Christen. Sie gipfelt in Hubers und Bächtolds „Erneuerung“.¹⁶³ Von Muralt weist darauf hin, daß Zwingli die Darstellung seines Glaubens bewußt und ausdrücklich an den Anfang seiner Schrift „Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit“ stellte.¹⁶⁴ Brunner setzt als Theologe wohl Erneuerung und Glauben bei seinen christlichen Lesern voraus und definiert Glauben „als das Aufgeschlossenwerden von dieser Liebe und für diese Liebe“ Gottes.¹⁶⁵

Ist nun diese Bedingung erfüllt und damit eine politische Betätigung des Christen sinnvoll und aussichtsreich geworden, so folgt aus Gottes Liebesgebot die Verantwortung auch auf der politischen Ebene für den Schutz des Christentums, für eine wahre Gemeinschaft und für die Rechte des Mitmenschen. In den Schriften aller drei Autoren finden wir von hier aus mannigfache Bezüge auf Bächtolds Ideen und Forderungen.¹⁶⁶

So ergibt sich eine sehr weitgehende Uebereinstimmung aller fünf christlichen Denker in der Frage der grundsätzlichen politischen Verantwortung des Protestanten. In bezug auf Möglichkeiten und Form einer „protestantischen (evangelischen) Politik“ gehen aber ihre Ansichten stark auseinander. Ragaz steht mit seinem religiösen Sozialismus allein, doch auch eine evangelische Politik im Sinne Bächtolds findet weder Hubers noch Brunners eindeutige Billigung.

¹⁶² Vgl. Zwingli, Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, darin von Muralts Einführung S. 21 f., 46. — Brunner, Politische Verantwortung, S. 8. — Huber, S. 90.

¹⁶³ Vgl. Huber S. 104 ff.

¹⁶⁴ Siehe dort, S. 12.

¹⁶⁵ Emil Brunner, Gerechtigkeit, S. 149.

¹⁶⁶ Vgl. z. B. Zwingli/von Muralt, a. a. O., S. 45. — Brunner, Politische Verantwortung, S. 9 f. — Brunner, Reformierte Staatsauffassung, S. 15 und 19. — Huber, S. 104, 216, 236.

Emil Brunner weist vor allem darauf hin, daß man über die praktische Anwendung der biblischen Geschichte „in den Einzelfragen der Tagespolitik in guten Treuen verschiedener Meinung sein“ kann.¹⁶⁷ Wie wir sahen, war eben diese Wahrheit eines der größten Hindernisse für die Entwicklung der Evangelischen Volkspartei.

Max Huber äußert sich in mehreren Aufsätzen und Reden ausführlich über die ganze Problematik. Die Bibel gibt dem politisch Handelnden ja wirklich weder ein „Programm“ noch einzelne Rezepte. Alle die unzähligen kleinen oder großen Entscheide hat der Christ aus seinem Gewissen und seinem Glauben heraus selbst zu treffen.¹⁶⁸ „Das Christliche ist ja weniger eine Sache bestimmter, konkreter Programmpunkte, denn eine Frage der Grundeinstellung des Menschen zur Politik als Folge seiner Grundeinstellung zu seinem Nächsten.“¹⁶⁹

Allerdings: „Eine christliche Politik hat ihre letzten Ziel-punkte außerhalb der Welt; aber sie steht realistisch in der Welt, weil sie keine Illusionen über den Menschen hat und keinen Glauben an Systeme als solche.“ Maßgebend ist die Wirklichkeit, welche durch eine politische Maßnahme hervorgebracht wird, nicht die Uebereinstimmung dieser Maßnahme „mit einem Grundsatz, der wohl ein christliches Gepräge hat, sich aber keineswegs notwendig in christlichem Geiste auswirkt.“¹⁷⁰

Die Politik ist eben nicht nur die „Kunst des Möglichen“, sondern auch die Kunst des Wirklichen. „So trägt notwendigerweise jede reale Politik den Anschein eines berechnenden Kompromisses, auch da, wo sie unbeirrbar einem hohen Ziele folgt.“

Die tiefste Not des christlichen Politikers ist es, daß er so vieles, das er als Privatmann im Glauben wagen könnte, als Politiker nicht wagen darf. Denn er darf nicht aus seinem persönlichen Glauben heraus ein Risiko für das ganze Volk oder für Volksteile eingehen. Das gilt natürlich besonders scharf für das Gebiet der Außenpolitik. Doch auch in der innern Politik „han-

¹⁶⁷ Politische Verantwortung, S. 14.

¹⁶⁸ Vgl. Huber, S. 90.

¹⁶⁹ Ebenda S. 199.

¹⁷⁰ Ebenda S. 103 f.

deln wir nie als Einzelne, sondern als Genossen eines Ganzen, als Organe einer Gemeinschaft, die immer das Ergebnis des gemeinsamen Handelns und nicht die Richtigkeit ihres persönlichen Handelns, für sich allein genommen, im Auge haben dürfen. Da liegt die Selbstentäußerung des politisch Handelnden.“¹⁷¹

Die „Eigengesetzlichkeit“ der Politik und der Wirtschaft bringt es mit sich, daß diese Gebiete „nicht in gleicher Weise wie das persönliche Leben unter dem Ruf zur Nachfolge Christi“ stehen. „Da nun aber doch die Politik, wie die Wirtschaft, eine unentrinnbare soziale Notwendigkeit ist, so müssen in einem christlichen Volke auch Christen den politischen Ruf auf sich nehmen. Sie erfüllen damit eine Aufgabe, einen von Gott gewollten Dienst an ihren Mitmenschen, durch den sie zwar in besonders schwere Konflikte mit dem Gebot Gottes kommen, bei dem sie sich aber der göttlichen Gnade getrösten dürfen. Der christliche Staatsmann steht gewissermaßen am gefährlichsten Punkt der Kampfesfront eines christlichen Volkes in dessen Ringen mit den Mächten dieser Welt.“¹⁷²

Max Huber nahm sie in hohem Maße auf sich, solche Aufgaben, solchen Dienst. In der Frage einer evangelischen Innenpolitik jedoch unterscheidet sich seine Haltung wesentlich von der kompromißlosen Bächtolds. „Das besondere Anliegen einer protestantischen Partei“ muß zwar auch nach seiner Auffassung sein, soziale Postulate „auf christlicher Grundlage im weltanschaulichen Unterschied zur Sozialdemokratie“ zu vertreten. Er hegt aber starke Zweifel, ob eine solche Partei nötig oder auch nur zu begrüßen sei.

Er sieht eigentlich mehr die fast unvermeidlichen Gefahren, die den christlichen Belangen gerade von seiten einer evangelischen Partei drohen. Diese gerät in Versuchung, als große Volkspartei eine Kompromißpolitik zu betreiben, im Ausgleich der in der Partei vorhandenen Interessen — oder, als wirtschaftlich homogene Partei, „die Wahrung der Interessen ihrer Glieder als eine christliche Forderung zu betrachten.“¹⁷³

¹⁷¹ Ebenda S. 99 f.

¹⁷² Ebenda S. 92.

¹⁷³ Ebenda S. 200 f.

Jede Politik muß als Kunst des Möglichen und Wirklichen „nach ihren tatsächlichen Auswirkungen beurteilt werden; sie muß deshalb auch alle Faktoren in Berücksichtigung ziehen, die fördernd oder hemmend“ eine politische Aktion und die Auswirkungen eines Gesetzes oder eine Institution beeinflussen. „Die Politik muß daher ihrem Wesen nach opportunistisch und realistisch sein; weder die Logik der Gedanken noch die Reinheit des Willens verbürgen eine richtige Politik.“

Hier, in diesem Opportunismus und Realismus liegt der eine Pol der gerade für eine christliche Politik unvermeidlichen Gefahren. Der andere Pol aber droht ihr, sobald sie dem ersten durch ein prinzipielles, „biblisch begründetes“ Programm auszuweichen bestrebt ist. Da gerät sie leicht in Gefahr, den Mächten des Beharrens zu dienen oder aber wirklichkeitsferne oder zerstörend wirkende Postulate aufzustellen.¹⁷⁴

Der Christ muß einen Standpunkt über den Parteien haben, auch wenn er diese als notwendig bejaht. Das hat sogar der Standpunkt einer christlichen Partei selbst zu sein, sonst ist es um ihre Christlichkeit übel bestellt.¹⁷⁵

Bei all ihrer echt protestantischen, verantwortungsbewußten Haltung gegenüber „Welt“, Staat, Politik und Wirtschaft betonen offenbar Huber und Brunner in der Frage einer „evangelischen Politik“ vor allem deren Schwierigkeiten und Gefahren.

So stellt sich uns immer neu die Kardinalfrage: Ist eine „christliche“, „evangelische“ Politik überhaupt möglich? Sind wir doch alle „Schelmen“ vor der göttlichen Gerechtigkeit! Erfahren wir doch immer wieder, daß wir im Grunde Christi Lehren gar nicht befolgen wollen, daß wir uns auflehnen gegen Gottes Willen. Steht also nicht jede christliche Politik in Gefahr, Hybris zu werden, weil sie aus der Sünde heraus will?¹⁷⁶

Und dann das „praktische“ Hauptproblem einer evangelischen Politik, besonders in der modernen Demokratie: Wel-

¹⁷⁴ Vgl. Huber, S. 187 f.

¹⁷⁵ Ebenda S. 202.

¹⁷⁶ «Der Mensch im Widerspruch» (Emil Brunner). — Vgl. von Mural, Ueber Bismarcks Glauben, S. 82, 87 f.

ches ist Gottes Anruf an mich, Gottes Willen für mich, für uns in den konkreten Entscheidungen politischer Tätigkeit? Und wie soll, wie kann überhaupt der von uns erkannte Wille Gottes einer Partei und gar den Wählern „beigebracht“ werden?

Wenn auch der Begriff der Verantwortung gleichsam als „Klammer“ dienen kann zwischen innerem und äußerem Leben des Christen, so ergibt sich damit höchstens für uns persönlich eine Lösung. In bezug auf die Wirkungsmöglichkeiten aber stellt sich hier die Frage des Vertrauens.¹⁷⁷

Und doch: Soll und darf diese ganze, schwere Problematik den Protestanten abschrecken? Tut er wirklich besser daran, sich von der Politik zu distanzieren? Ist dies der richtige, oder etwa nur der bequemste Weg? Wird denn die Politik besser, wenn sie unter Ausschluß der Christen von andern „Schelmen“ gemacht wird? Ist in der direkten Demokratie die Verantwortung abzuwälzen auf Regierung und Parlament oder auf eine „Elite“ besonders Berufener, Begabter? Trifft die Verantwortung nicht ganz besonders die Christen?

Kein Zweifel, daß der christliche Staatsmann eine ungeheure Last auf sich nimmt. Niederdrückend und entmutigend sind nur allzu oft auch die Erfahrungen des evangelischen Politikers. Schwierig ist die Aufgabe des evangelischen „Stimm-

¹⁷⁷ Bismarck als christlicher Staatsmann, wie wir ihn mit von Muralt verstehen, nahm die Verantwortung auf sich und ertrug die ungeheure Spannung zwischen «innerem» und «äußerem» Leben, christlicher Forderung und politisch-sozialen Gegebenheiten. Er war dazu fähig, im Glauben. Bächtold stand gewiß mindestens auf gleich festem Glaubensgrunde, seiner Politik fehlte aber nicht nur die Macht des Staatsmannes Bismarck, es fehlte auf die Dauer besonders das Vertrauen seiner eigenen Parteigenossen und der Stimmbürger. Wir wissen, wie Bismarck eben in dem Maße über seine Macht verfügen konnte, als er das Vertrauen seines Monarchen besaß oder immer wieder erlangte. Bächtolds evangelische Politik dagegen war in drückend enge Grenzen gewiesen und konnte letzten Endes nicht sehr viel evangelischer, christlicher sein als seine Partei. Seine Politik konnte auch nur in dem Maße «anders christlich» sein, als dies das Verständnis seiner Auftraggeber oder Gefolgsleute zuließ. Die Ergebnisse dieser Politik waren schließlich allzu sehr abhängig von den souveränen Stimmbürgern der baslerischen oder eidgenössischen direkten Demokratie. — Vgl. von Muralt, Ueber Bismarcks Glauben: Gewissen und Verantwortung, S. 53—55; Vertrauen, S. 47, 51, 65 f., 91; Verantwortlichkeit, S. 67 ff., 91. — Vgl. auch den Versuch der Oxfordgruppe, später der «Moralischen Aufrüstung», das erwähnte «Hauptproblem» durch «Stille» und «Führung» zu meistern. Quellen dazu siehe unter: Buchman, Howard, Russell.

bürgers“, im unübersichtlichen Gewirr der Tagespolitik unbeirrbar einen festen Kurs einzuhalten.

Und doch: Im Glauben ist die Last nicht untragbar, drücken die Erfahrungen nicht mehr, werden die Aufgaben des Staatsmannes, des Politikers und des Bürgers lösbar.⁽¹⁷⁷⁾ Und ein Blick auf die „große“ und „kleine“ Politik in unserem Lande genügt, um uns wieder unsere persönliche Verantwortung ganz ins Zentrum rücken zu lassen. Diese Verantwortung wächst bei näherem Zusehen, denn die politischen Möglichkeiten für den Einzelnen oder für kleine Gruppen sind in unserem Staate mit seiner weitgehenden Gemeinde-Autonomie unendlich viel größer, als sich der „Laie“ träumen läßt. Eine Handvoll entschlossener, opferbereiter Männer genügt, um in stiller Arbeit oder tapferm öffentlichen Auftreten dafür zu sorgen, daß christlicher Glaube und christliche Haltung in einer Dorfgemeinde bedeutendes Gewicht erlangen oder bewahren.

Solchen christlichen Persönlichkeiten oder Gruppen stehen zwei Wege offen: Sie haben einerseits die Möglichkeit, innerhalb irgendeiner Partei zu der stets kleinen wirklich aktiven Minderheit zu gehören und damit in Sach- und Personen-Fragen Einfluß zu gewinnen. Sie können anderseits der Evangelischen Volkspartei eine bitter nötige Verstärkung bringen und in deren Reihen wirken, vielleicht auch dahin wirken, daß wenigstens die Führung dieser Partei sich klar wird über gewisse Illusionen, die vom religiösen Sozialismus her immer wieder eindringen und im Denken der Parteimitglieder die „beiden Reiche“ zu vermengen drohen.¹⁷⁸

In beiden Fällen läßt sich bei der Bestellung der Behörden ein gewichtiges Wort mitreden. Je aktiver ein Christ da oder dort mitarbeitet, umso größer wird sein Einfluß. Wer wirklich die Last der Politik in irgendeiner Form auf sich zu nehmen bereit ist, kann oft in Dingen der Kirche, der Schule, des Armenwesens, der Gemeindeverwaltung weit über seine eigenen Erwartungen hinaus segensreich wirken.

Nicht so günstig liegen die Verhältnisse in der kantonalen und eidgenössischen Politik. Die Evangelische Volkspartei hat da

¹⁷⁸ Vgl. oben S. 135.

nirgends eine starke Position. Um aber von einer andern Partei als Kandidat für eine der Legislativen in vorderster Linie vorgeschlagen und dann vom Volk auch wirklich gewählt zu werden, muß sich ein Mann über Parteiverdienste oder über eine ansehnliche „Popularität“ ausweisen. Beides ist für ihn schwer zu erreichen, wenn er es ablehnt, für den Schutz bestimmter Interessen einzutreten.

Doch bleibt ja dem Christen keine Wahl. Seien die Aussichten gut oder schlecht, er muß sich auch für unsere „große“ Politik verantwortlich fühlen und zur Verfügung stellen, wo immer sich eine Möglichkeit zeigt. Oft wird er eben auf Grund seiner Tätigkeit in der Gemeinde auch für größere und schwerere Aufgaben in Frage kommen.

Die politischen Wirkungsmöglichkeiten der Christen sind oft auch deshalb in verblüffendem Ausmaß vorhanden, weil es fast überall immer wieder schwer hält, die äußerst zahlreichen öffentlichen Aemter gut zu besetzen. Dem weit überwiegenden Teil unserer Bürger fehlt jeder politische Ehrgeiz, aus mancherlei Gründen. Unter diesen „Unpolitischen“ aber finden sich stets viele fähige Köpfe und lautere Charaktere, die sich zum Schaden der Gesamtheit von jeder öffentlichen Tätigkeit fernhalten. Es ergäben sich ungeahnte Perspektiven, sobald da oder dort die Christen in größerer Zahl ihren „Winkel“ verlassen und plötzlich eine Mehrheit oder eine starke Minderheit der politisch aktiven fähigen Köpfe bilden würden. Wir wissen aus den Erfahrungen vieler Jahre in Gemeinde und Kanton, daß eine solche überraschende Entwicklung absolut im Bereiche des Möglichen läge, wenn sich die Protestanten aufrütteln ließen . . .

In der Gleichgültigkeit oder Abneigung gegenüber aller Politik liegt nun allerdings das schwerste Hindernis. Offenbar braucht es weit schwerere Zeiten, weit größere Gefahren für Kirche und Glauben, Staat und Wirtschaft, bis ein „Erwachen“ im nötigen Ausmaß eintreten kann.

Wer aber seine Verantwortung schon heute spürt, wird nicht übersehen können, daß die innenpolitische Situation unseres Landes im wesentlichen die gleiche ist wie zu Bächtolds Zeiten. Wenn

auch die sozialen Verhältnisse sich ganz entscheidend gebessert haben, so sind doch der Probleme und der unerfüllten Postulate genug, um uns die Verantwortung nicht leicht nehmen zu lassen. Bedenken wir nur die zunehmende Veräußerlichung und „Materialisierung“ des modernen Lebens, erinnern wir uns der ständig sich verschärfenden Bedrohung der Freiheit — auch der christlichen — durch innen- und außenpolitische Entwicklungstendenzen!

Gerade das „ewige“ Evangelium ist und bleibt eine Botschaft der wahren Freiheit und der wahren Gemeinschaft für alle Lebensgebiete.¹⁷⁹ Kein noch so verwickeltes Problem, keine noch so sicher zu erwartende Schwierigkeit darf den Glauben und das Verantwortungsgefühl des Christen erschüttern. Jeder Christ prüfe, ob er nicht mitarbeiten müsse. Jeder stelle sich zur Verfügung nach Maßgabe seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten, sei es auf Hubers Spuren innerhalb der gegebenen Verhältnisse, sei es mit Bächtold oder gar mit Ragaz im Rahmen eines sozialen „Umbau-Programms“.

Jeder Berufene bedenke Brunners Vorschlag, der 1944 eine politische Schulung der Christen, Aufklärung über den Zusammenhang von Politik und Glauben für nötig erachtet.¹⁸⁰ Es dürfte vielleicht auch für viele an der Zeit sein, ihre Stellung gegenüber der Evangelischen Volkspartei zu revidieren. Auch Emil Brunner kommt ja darin 1944 zu einer positiven Haltung: Er begrüßt die Existenz einer protestantischen Partei, der er die entscheidende Aufgabe zuweist, die Christen „an ihre politische Verantwortlichkeit zu mahnen . . . , die Kirche . . . zu nötigen, die Bibel so auszulegen, daß der Grund und die Richtung dieser politischen Verantwortlichkeit deutlich und einem jeden Glied der christlichen Gemeinde auf die Seele gebunden wird. Jeder Christ muß wissen, daß er seinem Herrn Jesus Christus auch einen Dienst am Vaterland schuldet, einen Dienst, wie ihn nur ein Glied der christlichen Gemeinde zu leisten imstande ist.“¹⁸¹

Hören wir auch auf von Muralt, der im Namen Zwinglis er-

¹⁷⁹ Vgl. Emil Brunner, Politische Verantwortung, S. 14.

¹⁸⁰ Ebenda S. 19.

¹⁸¹ Ebenda S. 22.

klärt: Der Christ kann sich nicht beruhigen bei einem Kompromiß. „Er muß grundsätzlich die volle Annäherung“ der Gesetze des Staates an das göttliche Gesetz, die „göttliche Gerechtigkeit“ anstreben, wenn er sich auch bewußt sein soll, daß „die Frage des Verhältnisses des Christen zum Staat nicht gelöst, nicht auf eine ruhende und beruhigende Formel gebracht werden“ kann. „Die ständige Unruhe innerhalb der menschlichen Gegebenheiten ist die Lage des Christen, die allein im Glauben an die Gnade Gottes aufgehoben ist.“¹⁸²

Diese ständige Unruhe erfüllte Hermann Bächtold im höchsten Grade. Er, der sich nie auf Zwingli berief, handelte doch ganz in dessen Sinne, wenn er sein politisches Programm nach Grundsätzen richtete, die er aus der Bibel ableitete.¹⁸³ Aus dieser Quelle flossen auch seine Postulate für die Wirtschaftsordnung.¹⁸⁴ Seine grundlegende Forderung für eine evangelische Sozialpolitik war die der „Gesamtgerechtigkeit“. Wir haben oben dieses sein höchstes sozialpolitisches Ziel ausführlich erläutert und gegenüber dem religiösen Sozialismus abgegrenzt.¹⁸⁵ Wie kompromißlos er seine Umwelt sah, kritisierte und zu heilen trachtete, haben wir gezeigt. Die große Frage nach Berechtigung und Notwendigkeit einer evangelischen Politik bejahte er in fünfzehnjähriger Mitarbeit restlos und kämpfte zähe darum, Inhalt und Postulate dieser Politik zu formulieren und durchzusetzen.

Auch wenn wir ihm nicht überall zu folgen bereit sind, bleibt uns Hermann Bächtold dennoch das große Vorbild eines evangelischen Christen, der voll und ganz ernst machte mit Glauben und Leben. Er stand mit diesem Ernst, mit seinem Puritanismus ganz nahe bei Leonhard Ragaz. Der Zürcher Theologe forderte schon 1917 „einen neuen Puritanismus . . . in neuen Formen“, der namentlich nicht auf Zwang, sondern auf freier Einsicht beruhen sollte.¹⁸⁶ Johan Huizinga vollends formulierte dieses Anliegen im

¹⁸² Von Muralt, Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, S. 45 f.

¹⁸³ Vgl. von Muralt über die Bibel als «Verfassungsgrundgesetz» in der Politik Zwinglis: Geschichte der Schweiz, S. 352.

¹⁸⁴ Siehe Emil Brunner, Politische Verantwortung, S. 14: «. . . unverbrüchliche Postulate».

¹⁸⁵ Vgl. oben S. 48 ff., 51 f.: Bächtold, Reformation und Reich Gottes.

¹⁸⁶ Ragaz, Die neue Schweiz, zitiert bei Ernst Staehelin, Vom Ringen um die christliche Grundlage . . .

Jahre 1935 großartig: Um den Weg aus Chaos und Bedrohung zu finden, ist eine neue Askese nötig, eine „Askese der Selbstbeherrschung und der gemäßigten Schätzung von Macht und Genuß“. — Sie „wird eine Hingabe sein müssen. Hingabe an das, was als das Höchste zu denken ist. — Glücklicher, für den jener Grundwert nur den Namen dessen tragen kann, der sprach: ‚Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben‘.“¹⁸⁷

Hermann Bächtolds übermächtiges Suchen, Wollen und Kämpfen hat uns im Innersten ergriffen, sein Schicksal erschüttert. „Er rang mit seinem Feuergeist darnach, das gegenwärtige und zukünftige Leben unseres Volkes nach letzten Normen zu gestalten und auf letzte Ziele auszurichten.“¹⁸⁸

Wir haben uns in seine Worte vertieft und sind, wie Ernst Staehelin vorausgesagt, „auf eine überlegene Warte gestellt“ worden, wo wir „mächtige Impulse für unser Wirken empfangen“ haben.¹⁸⁸

Unser Wirken . . . ?!

Bächtolds Appell zwingt uns zur Selbstbesinnung: Tun wir unsere Christenpflicht?

Unsere Arbeit möchte mit all ihrer Begrenztheit und Unvollständigkeit nicht münden in Forderung und Aufruf, vielmehr in Besinnung und Bescheidung. So bekennen wir uns abschließend zu den Worten, die Max Huber ein Jahr nach Hermann Bächtolds Tod gesprochen:

„In dem Maß, in dem der Mensch abnimmt, um dem in Christus offenbarten Willen Gottes Platz zu machen, wird er frei, um selbstlos seinem Volke und seinen Mitmenschen zu dienen . . . Und darum ist es so schwer und so verantwortungsvoll, über das Thema: ‚Der Christ und die Politik‘ zu sprechen. Denn das, wovon wir reden als von unserer Pflicht, das sollten wir auch tun.“¹⁸⁹

¹⁸⁷ Huizinga, *Im Schatten von morgen*, S. 193.

¹⁸⁸ Ernst Staehelin 1937 in der Aufforderung zur Subskription auf Bächtolds *Gesammelte Schriften*.

¹⁸⁹ Max Huber, S. 110.

Quellen

1. Mündliche Quellen

Frau M. Bächtold-Rahm, die Herren Dr. P. Roth und J. Hasler † in Basel;
Herr C. Mäder † in Bülach.

2. Ungedruckte Quellen

a) Akten im Besitze von Dr. E. Vischer, Glarus:

Hermann Bächtolds Nachlaß; Korrespondenz anlässlich der Edition von Bächtolds Gesammelten Schriften; Gedenkworte Vischers über Hermann Bächtold, gesprochen an der ersten Tagung der Historischen Arbeitsgemeinschaft Basel im Juli 1934.

b) Akten der Evangelischen Volkspartei der Schweiz:

Daraus speziell benützt: Protokolle des Zentralvorstandes, 1919—1931; Rückblick J. Haslers: «25 Jahre EVP»; einzelne Blätter zur Gründungsgeschichte. (Im Besitze des EVP-Zentralsekretariates in Zürich)

c) Akten der Evangelischen Volkspartei Basel-Stadt, 1919—1930:

Protokolle, Jahresberichte, Korrespondenz, Flugblätter, Inserate, Zeitungsartikel, Rechnungswesen.

(Im Besitze von Dr. P. Roth, Staatsarchivar, Basel)

3. Gedruckte Quellen

a) Bächtold Hermann: Gesammelte Schriften, herausgegeben von Eduard Vischer, Aarau 1939.

— Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz und unser Verhältnis zu Deutschland, Basel 1916.

— Freie Schule oder Staats-Schule? Eine Frage an christliche Eltern. Basel 1921.

Für alle weiteren Arbeiten Bächtolds siehe:

Bibliographie der Schriften und Vorträge von Professor Hermann Bächtold, Separatdruck aus der Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Bd. 35, 1936.

b) Evangelische Volkszeitung, Jahrgänge 1919—1931.

Basler Nachrichten, Jahrgänge 1919—1923.

c) Buchman Frank: Für eine neue Welt, München 1949.

Howard, Peter: Welt im Aufbau, Hamburg 1951.

Russell A. J.: Nur für Sünder, Gotha und Zürich 1932.

Literatur

1. Allgemeine Literatur

- Barth, Karl: Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert, ihre Vorgeschichte und ihre Geschichte; Zollikon 1947.
- Below, Georg v.: Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen, Leipzig 1916.
- Objektive Geschichtsauffassung; Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur, Januar 1922.
- Gedächtnisschrift für Georg v. Below, Stuttgart 1928.
- Brunner, Emil: Das Gebot und die Ordnungen, Tübingen 1932 (Die Macht, S. 433 ff.; der handelnde Christ im handelnden Staat, S. 446 ff.).
- Die reformierte Staatsauffassung, Zürich und Leipzig 1938.
- Gerechtigkeit, Eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung; Zürich 1943.
- Die politische Verantwortung des Christen, Zürich 1944.
- Dürr, Emil: Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik, Basel 1928.
- Huber, Max: Glaube und Kirche, Gesammelte Aufsätze Band II; Zürich 1948.
- Huizinga, Johan: Im Schatten von morgen, Bern und Leipzig 1935.
- Kutter, Hermann: Sie müssen, Zürich 1904.
- Ich kann mir nicht helfen, Zürich 1915.
- Reden an die deutsche Nation, Zürich 1916.
- Meinecke, Friedrich: Straßburg, Freiburg, Berlin, Erinnerungen von Friedrich Meinecke; Stuttgart 1949 (Seite 26).
- Meyer, Paul: Zwinglis Soziallehren; Zürcher Diss., Zürich 1921.
- Muralt, Leonhard von: Zwingli als Sozialpolitiker, in «Zwingliana» 1931.
- Zwinglis religiöse Grundgedanken, in: Geschichte der Schweiz, 1. Band, Zürich 1932.
- Ueber Bismarcks Glauben, Historische Zeitschrift 176, 1953.
- Ragaz, Leonhard: Das Evangelium und der soziale Kampf der Gegenwart, Basel 1907.
- Sinn und Werden der Religiös-Sozialen Bewegung, Zürich 1936, Separatdruck aus «Neue Wege».
- Mein Weg, Zürich 1952.
- Rinderknecht, Peter: Der Eidgenössische Verein 1875—1913; Zürcher Diss., Zürich 1949.

- Stae helin**, Ernst: Vom Ringen um die christliche Grundlage der Schweizerischen Eidgenossenschaft seit der Geltung der Bundesverfassung von 1874; Basler Universitätsreden, 10. Heft, Basel 1939.
- Troeltsch**, Ernst: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen; Gesammelte Schriften, I. Bd., Tübingen 1912.
- Volkswirtschaftliches Handbuch der Schweiz**, Bern 1939.
- Weber**, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus; Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920.
- Ziegler**, Alfred R.: Die evangelisch-soziale Bewegung der Schweiz; Zürcher Diss., Zürich 1939.
- Ziegler**, Theobald: Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts, Berlin 1911.
- Zwingli**, Huldrych: Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, Zürich 1934. Darin besonders L. von Muralt's Einführung.

2. Literatur über Hermann Bächtold

- Büchi**, Hermann: Emil Dürr und Hermann Bächtold; Basler Jahrbuch 1936, S. 102 ff.
- Greiner**, Martha: Professor Hermann Bächtold; Schweizerisches Evangelisches Schulblatt vom 5. Juli 1946.
- Roth**, Paul: Hermann Bächtold (Trauerreden an Bächtolds Grab), Basel 1934.
- Schmidt**, Georg C. L.: Hermann Bächtold; Neue Schweizer Rundschau, Juni 1940, Heft 2, Seite 91 ff.
- Stamm**, Rudolf: Hermann Bächtold; Neue Schweizer Rundschau, Juni 1935, Heft 2, S. 112 ff.
- Vischer**, Eduard: Edition von Bächtolds Gesammelten Schriften (Würdigung Bächtolds als Mensch, Historiker und Politiker), Aarau 1939.

Lebenslauf

Als Sohn des Emil Ammann-Kaegi und seiner Frau Hanna 1915 in Winterthur geboren, verlor ich meinen Vater schon 1920. In Wetzikon (Zürich) besuchte ich die Primar- und die erste Klasse der Sekundarschule. Von 1928 an wohnte unsere Familie in Zürich. Meiner lieben, tapferen Mutter bin ich herzlich dankbar, vor allem für eine christliche Erziehung, dann für ihre großen Opfer, die mir den Besuch des Literargymnasiums, die Maturität 1934 und schließlich das Studium an der Universität ermöglichten. Zwei Semester galten dem sogenannten „Primarlehrramtskurs“, die folgenden fünf der Ausbildung zum Sekundarlehrer, mit dem Hauptfach Französisch, den Nebenfächern Deutsch und Geschichte.

Seit Frühjahr 1939 amte ich als Sekundarlehrer im aufgeschlossenen Industriedorf Rüti (Zürich), seit 1946 bin ich verheiratet.

Zeitereignisse und Aktivdienst, Lehrtätigkeit und Anteilnahme am öffentlichen Leben drängten mich zum Studium der Geschichte und der neuern deutschen Literatur. Im Frühjahr 1946 immatrikulierte ich mich von neuem an der Universität Zürich, wo ich im Februar 1952 das Doktorexamen bestand.

